Mittwoch, 10. Dezember 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 287 - 50. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 8, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 s, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850

Heute in der WELT



Auf strahlende Bilanzen verweisen – wieder einmal – die deutschen Messegesellschaften. Es wird stark expandiert und die gestiegene Internationalität verleiht Flair. Ein WELT-Report beleuchtet auf 32 Seiten die deutsche Messe- und Kongreßlandschaft. Wie kommt es, daß jährlich viele Millionen Besucher zu den Messen eilen? Der Report behandelt dieses und andere aktuellen Messethemen.

Zehn Wünsche an die neue Bundesregierung

Die Weichen in eine neue Zukunft müssen gestellt werden. Weichensteller wird die neue Bundesregierung sein. An sie richtet der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Siegfried Mann, zehn Wünsche der Wirtschaft. Wenn sie erfüllt würden, ließen sich tiefgreifende Veränderungen der Weltmärkte, das neue Tempo des technischen Fortschrittes, die Auswirkungen des Geburtenmangels und das Rentenproblem lösen. Seite 12

POLITIK

Südafrika: Mit massiver Kritik an Pretoria hat die Bundesregierung auf Berichte über die Internierung von Kindern in Südafrika reagiert. Bonn forderte, die Inhaftierungen sollten unverzüglich aufgehoben werden. Rechtsstaatliche und menschenrechtliche Prinzipien würden verletzt. (S. 5)

Frankreich: Französische Studenten halten an der für heute geplanten Großdemonstration fest, obwohl das umstrittene Hochschulgesetz zurückgezogen ist. Der Protest gilt auch dem Vorgehen der Polizei. (S. 2 und 5)

Sambia: Drastische Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel haben in den Zentren des Kupferbergbaus zu schweren Unruhen mit Plünderungen geführt. Die Regierung in Lusaka hat eine Nachrichtensperre verhängt.

Neue Heimat: Nach Serien von Verhandlungen mit den 150 Gläubigerbanken will der ehemalige Vorstandschef der Hessischen Landesbank, Heinz Sippel, morgen bekanntgeben, ob er den Vorsitz der NH-Auffanggesellschaft übernimmt. Gleichzeitig tagt die Gewerkschaftsholding BGAG.

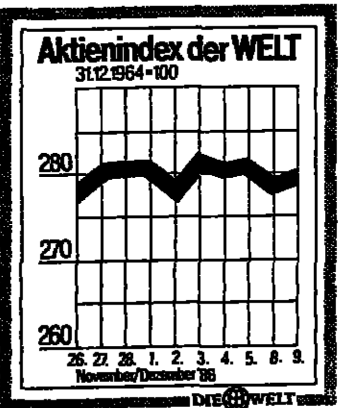
Medien: Im Vorfeld der am 18. Dezember in Bonn anstehenden Ministerpräsidenten-Gespräche über einen Medienstaatsvertrag erwägt Baden-Württemberg eine Kündigung des Staatsvertrags über die Rundfunk-Gebühren.

Untergetaucht: Der bulgarische Gewichtheber-Weltmeister Naum Scalamanov hat sich am vergangenen Wochenende nach dem Weltcup im australischen Melbourne von seiner Mannschaft abgesetzt und ist untergetaucht.

WIRTSCHAFT

Zypern: Die Insel schreibt ihre wirtschaftliche Erfolgsstory fort, Seminare in Frankfurt und Hamburg fanden großen Zulauf, das Off-shore-Geschäft blüht ebenso wie der Tourismus. Nur eine Lösung des Zypern-Problems, die Überwindung der Teilung, ist zwölf Jahre nach dem türkischen Einmarsch weiter entfernt als je zuvor. – Ein WELT-Report.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten war die Tendenz gestern bei ruhigem Geschäft uneinheitlich. Auf dem Rentenmarkt hielten sich die Kurse der öffentlichen Anleihen und DM-Auslandsanleihen auf Vortagesniveau. WELT-Aktienindex 279,74 (280,42). BHF-Rentenindex 106,606 (106,627). BHF-Performance-Index 108,209 (108,200). Dollarmittelkurs 2,0100 (2,0099) Mark. Goldpreis je Feinunze 386,80 (389,60) Dollar.



KULTUR

Christine Brückner: Sie ist mit beginnendem Alter nicht strenger, sondern weiblicher und weicher geworden. Ihre „Desdemona" wurde für viele zur Lieblingslektüre. Der 65. Geburtstag. (S. 19)

Nobel: Die Schecks, die Ernst Ruska und andere Preisträger heute entgegennehmen, werden einen um elf Prozent höheren Betrag ausweisen als 1985. Die Stiftung bleibt grundsolide. (S. 19)

SPORT

Tennis: Ivan Lendl bleibt unangefochten bester Spieler der Welt. Im Finale des Masters-Turniers besiegte er Boris Becker mit 6:4, 6:4, 6:4 und gewann damit das Turnier zum vierten Male. (S. 8)

Sporthilfe: Josef Neckermann wurde in seinem Amt als Vorsitzender der Stiftung Deutsche Sporthilfe bestätigt. Stellvertreterin ist Erika Dienstl, Präsidentin des Fechter-Bundes. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Karibik: Das prächtige Hotel, in dem einst das Leben bis in die Nächte pulsierte, steht leer. Verstaubt sind die Räume des Oloffson (Foto) auf Haiti, das seine Blütezeit in den 50er Jahren erlebte, von Prominenz schier belagert war und nun vergammelt. „Das alte Oloffson ist tot". (S. 20)

Brautkleider: Ein Traum in Tüll für tausendundeinen Tag. Arabische Länder werden zum gewinnbringenden Markt für Modemacher. Reich bestickte Brautkleider sind gefragt. (S. 20)

Westmächte bremsen Diepgens Pläne für Reise zu Honecker

Frankreichs Außenminister: Nichts tun, was die Teilung verewigen könnte

H.-R. KARUTZ, Berlin

Für Berlins Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) sind zur Zeit die Chancen, Erich Honeckers Einladung zum „DDR"-Staatsakt beim Berlin-Geburtstag am 23. Oktober 1987 anzunehmen, auf Null gesunken: Die drei Schutzmächte sind gegenwärtig offenbar nicht bereit, einem solchen Unternehmen zuzustimmen. Zu dieser Analyse fügte Frankreichs Außenminister Jean-Bernard Raimond jetzt in einer Grundsatz-Rede in Berlin einen weiteren Mosaikstein: Er mahnte Diepgen indirekt, bei allen Schritten „mit doppelter Sorgfalt" darauf zu achten, alles zu unterlassen, „was die Teilung der Stadt verewigen könnte".

Dies war die unmißverständliche Botschaft der Berlin-Passage, die Raimond am Montagabend bei seiner Rede während des traditionellen Jahresessens der „Berliner Pressekonferenz" vortrug. Dabei ging Raimond auch deutlich auf Diepgens „dynamische Interpretation" des Berlin-Status ein. Raimond: „Es ist falsch, zu behaupten, die Zeit könne Verträge brüchig machen und ihre Auswirkungen (könnten) durch Druck vermindert werden."

Diepgen hatte in Paris mit seiner Formulierung Verwunderung erregt, der Status müsse – wie ein Haus – „ab und zu mal eine Modernisierung" vertragen. Sonst käme eines Tages die Enkel-Generation und beschließe: „Wir reißen es ab."

Raimond ließ keinen Zweifel daran, daß Frankreich seine „Rechte und Verpflichtungen uneingeschränkt" wahrnehme. Nach den Bindungen zum Bund, zur EG und den westlichen Staaten setzte Raimond erst ans Ende der Aufzählungen das, was für Berlin bedeutsam sei, seine „unmittelbare Umgebung".

Wie Staatspräsident Mitterrand bei seiner Berlin-Visite 1985 vermied auch Raimond damit die Bezeichnung „DDR". Indirekt betonte Raimond den Vorrang von Vorteilen für die Berliner in beiden Teilen der Stadt gegenüber Begegnungen von Politikern auf der Ost-West-Ebene: „Die Erfahrung der letzten 15 Jahre hat gezeigt, daß es möglich ist, Abmachungen zu treffen, die in erster Linie der Berliner Bevölkerung zugute kommen."

Raimond fuhr fort: „Unser Wunsch für Berlin ist, daß alles, was unternommen werden kann, auch unternommen wird, aber mit doppelter Sorgfalt, nämlich nichts zu tun (rien faire), was die Teilung der Stadt verewigen könnte, und hingegen alles zu tun, damit ihre Einwohner das Gefühl bewahren, an derselben Gemeinschaft (même communauté) Anteil zu haben." Frankreichs Berlin-Präsenz sei „kein Überbleibsel der Vergangenheit". Raimond beschwor die „Zukunft der wiedererlangten Einheit Berlins", zu der auch Frankreichs Anwesenheit an der Spree beitrage.

Die hochpolitische, auf Europas Eigengewicht angelegte Rede Raimonds spiegelte den erstrangigen Stellenwert Berlins in der französischen Außen- und Deutschlandpolitik wider.

Die kühle Reaktion der Schutzmächte auf die Senatspläne war auch Inhalt eines Gesprächs zwischen Außenminister Genscher und dem Berliner FDP-Chef Rasch in Berlin.

DER KOMMENTAR

Späte Gerechtigkeit?

CARL GUSTAF STRÖHM

Wenn eine weit verbreitete kommunistische Zeitschrift Jugoslawiens die Rehabilitierung von Milovan Djilas zur Dikussion stellt, dann kann von einer politischen Sensation gesprochen werden. Djilas, der heute 75 Jahre alt ist und in Belgrad lebt, ist nicht nur der Urvater aller Dissidenten und Regimekritiker des Kommunismus. Er gehört auch zu jenen seltenen Menschen, die um ihrer Überzeugung willen bereit sind, auf Macht und Karriere zu verzichten – und, wenn notwendig, ihr Leben zu opfern.

Er, der seinen Weg als kommunistischer Revolutionär, als Partisanenführer und als Vertrauter Titos und Gesprächspartner Stalins begann, nahm ein Jahrzehnt Einkerkerung und den tiefen Absturz in persönliche Einsamkeit und Verfemung auf sich, weil er sich zum Anhänger pluralistischer, demokratischer und liberaler Ideen gewandelt hatte.

Die kommunistischen Führer Jugoslawiens halten Djilas auch Jahre nach dem Tode Titos – der dem „Abtrünnigen" wie ein enttäuschter Vater mit persönlichen Rachegefühlen gegenüberstand – in einem Zustand halber Gefangenschaft. Sie verweigern ihm einen Reisepaß. Sie belegen ihn mit einem Publikationsverbot in Jugoslawien. Dabei hat einer der prominentesten jugoslawischen KP-Führer, der jüngst verstorbene Vladimir Bakaric, Djilas in einem Beitrag für die „Encyclopedia Britannica" als einen der zwei bedeutendsten zeitgenössischen Schriftsteller Jugoslawiens charakterisiert. Kann sich das moderne Jugoslawien auf die Dauer leisten, einen solchen Mann als „Unperson" zu behandeln?

Die Schlachten, um die es zwischen Djilas und seinen einstigen Gesinnungsfreunden ging, sind längst geschlagen. Die Gefährten, die ihm später so böse mitspielten, sind fast alle ins Grab gesunken – allen voran Tito. In Belgrad aber wartet ein Mann immer noch darauf, daß ihm Gerechtigkeit widerfährt.

Shultz wirbt um Vertrauen Europas

McFarlane bringt US-Außenminister aus der Schußlinie / Poindexter verweigert Aussage

FRITZ WIRTH, Washington

Der amerikanische Außenminister George Shultz ist zuversichtlich, daß er auf seiner Europareise den außenpolitischen Vertrauensverlust seiner Regierung wegen der Iran-Affäre wettmachen kann. Eine wichtige Hilfe bedeutet für ihn dabei der Ausgang der jüngsten Kongreßanhörungen. Sie machten deutlich, daß das Operationszentrum des Iran-Debakels im Weißen Haus lag, das besonders in den vergangenen zehn Monaten das amerikanische Außenministerium in dieser Affäre wiederholt ausschaltete oder umging. Shultz lag daran, dies offen zu demonstrieren. Das ist der Grund, warum er den außergewöhnlichen Weg wählte, in seiner Kongreßanhörung einen Eklat zu inszenieren und herauszustellen, daß sein Botschafter in Libanon hinter seinem Rücken vom Weißen Haus in diese Affäre eingespannt wurde.

Ziel dieser Enthüllung, die im Weißen Haus Verärgerung auslöste, war es nicht nur, seine eigene Integrität zu unterstreichen, sondern auch die seiner Außen- und Anti-Terrorismuspolitik. Es herrscht allgemein Übereinstimmung in Washington darüber, daß Shultz gestärkt aus dieser Anhörung herausgekommen ist, obwohl es in der republikanischen Partei immer noch einflußreiche Stimmen gibt, die seinen Rücktritt fordern.

Eine wichtige Hilfe war für Shultz die Aussage des ehemaligen Sicherheitsberaters McFarlane, daß Shultz nur im Anfangsstadium dieser Initiative in die Vorgänge eingeweiht und im Jahre 1986 praktisch aus dem Entscheidungsprozeß um das Iran-Geschäft ausgeklammert war. Vor wenigen Wochen noch hatte McFarlane Shultz mit der Behauptung belastet, er sei in dieser Affäre ständig auf dem Laufenden gehalten worden.

Aufsehen erregte McFarlane, der wie Shultz unter Eid aussagte, mit der Feststellung, daß Präsident Reagan bereits im August 1985 indirekte Waffenlieferungen an Iran authorisiert habe. Bisher hatte das Weiße Haus behauptet, daß der Präsident erst im nachhinein von der ersten Lieferung an Iran erfahren habe. Mit stoischer Mine erklärte McFarlane, das Ziel dieses Unternehmens sei zunächst gewesen, einen Dialog zu den gemäßigten Kräften Irans herzustellen.

Der von Reagan entlassene Vize-Admiral Poindexter weigerte sich, vor dem Kongreß auszusagen. Die zunehmende Distanzierung des Außenministeriums von dieser Affäre hat im Weißen Haus eine Art Belagerungsmentalität geschaffen, die sich in einem erstaunlichen Artikel des Kommunikationsdirektors Ronald Reagans, Patrick Buchanan, in der „Washington Post" widerspiegelt. Buchanan greift darin scharf das Verhalten des republikanischen Establishments an und wirft „dem ganzen verfluchten Haufen" vor, sich in Deckung begeben zu haben. Sie fordern den Rücktritt des Stabschefs Donald Regan und meinen in Wahrheit Präsident Reagan, schreibt Buchanan und spricht von einem „klassischen Porträt der Undankbarkeit".

Aus der KP ein Plädoyer für den Dissidenten Djilas

Aber Belgrad fürchtet die Folgen einer Rehabilitierung

C. GUSTAF STRÖHM, Belgrad

Die politische Rehabilitierung des wohl „ersten Dissidenten" der kommunistischen Welt wird gegenwärtig in Belgrad gefordert. Milovan Djilas, ehemals Mitglied des Politbüros der KP Jugoslawiens und einer der engsten Vertrauten Marschall Titos, wird – wie das jugoslawische Nachrichtenmagazin „Danas" berichtet – von einem namentlich nicht genannten prominenten Parteimitglied zur Rehabilitierung vorgeschlagen.

Das besagte Parteimitglied habe der kommunistischen Parteiführung zahlreiche Dokumente vorgelegt und gefordert, neben Djilas – der sich vom überzeugten Kommunisten zum Regimekritiker wandelte – auch den gleichfalls bei Tito in Ungnade gefallenen und inzwischen verstorbenen ehemaligen Polizeichef Aleksandar Rankovic zu rehabilitieren. Begründung: Es handle sich hier um zwei Persönlichkeiten, ohne deren Einsatz die jugoslawische Revolution „verarmen" würde.

„Die Frage der Rehabilitierung einzelner Persönlichkeiten läßt sich nicht mehr von der Tagesordnung der Parteigremien absetzen", erklärt das Zagreber Nachrichtenmagazin. Das Blatt nennt auch die Namen mehrerer jugoslawischer Kommunisten, die damals verfolgt worden seien, weil oder obwohl sie einzelne Entwicklungstendenzen – etwa die Frage der albanisch-serbischen Spannungen im Kosovo – besser erkannt hätten als die Parteiführung und Tito selber.

Es gebe aber, wie „Danas" schreibt, in der KP Angst vor den möglichen Folgen dieser Rehabilitierungen. Das müsse zur „Disqualifizierung" jener Parteimitglieder führen, welche die Ausschaltung und die politische Verurteilung der nun zu Rehabilitierenden aktiv betrieben hätten.

Das Zagreber Blatt gibt in der gleichen Ausgabe zu verstehen, daß gegenwärtig in der KP Jugoslawiens drei gegensätzliche Fraktionen im Spiel seien: eine Gruppe, die ein titoistisches Wirtschaftsmodell anstrebe, eine weitere, die eine „Wirtschaft der Solidarität" - also gleichmäßige Verteilung zwischen Armen und Reichen – und eine dritte, die eine „klassische Marktwirtschaft" für Jugoslawien wünsche.

„DDR hat Schießbefehl nicht gelockert"

Windelen: Blutige Zwischenfälle ein Signal nach innen / „Wir kaufen keine Kriminellen frei"

DIETHART GOOS, Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat vor Vermutungen gewarnt, die „DDR" habe ihren Schießbefehl gelockert. Die Zwischenfälle in jüngster Zeit mit gezielten Schüssen auf Flüchtlinge lieferten den klaren Beweis, daß der Schießbefehl weiterhin gelte und unerbittlich angewendet werde, sagte der CDU-Politiker, der gestern die Bilanz seiner Arbeit zog.

Die Häufung blutiger Grenzzwischenfälle wertete der Minister gestern als „Signal nach innen". Die SED-Führung habe damit der eigenen Bevölkerung unzweideutig klargemacht, daß jeder Fluchtversuch mit einem tödlichen Risiko verbunden sei.

Offensichtlich habe Ost-Berlin dem Eindruck entgegenwirken wollen, der Schießbefehl sei gelockert worden. Angehörige der „DDR"-Grenztruppen hatten nach ihrer Flucht davon berichtet. Diese Meldungen waren auch von den Fernsehanstalten der Bundesrepublik Deutschland verbreitet worden, deren Programme in der „DDR" verfolgt werden. Diese Berichte über absichtliche Fehlschüsse der Grenzsoldaten hätten, wie Windelen berichtete, offenbar Besorgnis im SED-Politbüro ausgelöst und zu Weisungen auf strikte Einhaltung des Schießbefehls geführt.

In diesem Jahr haben nach Angaben des Ministers etwa 200 Flüchtlinge Mauer und Stacheldraht überwinden können. Weitere 2000 „DDR"-Bewohner gelangten über Drittländer in die Bundesrepublik. Etwa 20 000 Personen wurde von der „DDR" die Übersiedlung in die Bundesrepublik genehmigt.

SEITE 2:
Ungeschminkter Systemvergleich

Der Minister teilte Einzelheiten über den Freikauf politischer Häftlinge aus „DDR"-Zuchthäusern mit: Nach Angaben von Windelen wurden im vergangenen Jahr 2500 Häftlinge freigekauft. In diesem Jahr sei mit einer geringeren Zahl zu rechnen, da die Bundesregierung die Kriterien für politische Häftlinge strenger auslege. Sie wolle jenen Menschen helfen, „die nach unserer Rechtsordnung unschuldig sind" und nicht Kriminelle freikaufen. Auch müsse darauf geachtet werden, keine „Begehrlichkeit der DDR" zu wecken.

Der CDU-Politiker bezeichnete die in der Öffentlichkeit genannte Zahl von 6000 bis 8000 politischen Häftlingen in der „DDR" als zu hoch gegriffen. Für diese Annahme habe die Bundesregierung „mehr als nur Indizien", sagte Windelen. Nach Bonner Erkenntnissen befinden sich gegenwärtig etwa 2000 „DDR"-Bewohner in Haft, die aus politischen Motiven abgeurteilt worden sind.

Vor der Bundestagswahl will Ost-Berlin nach Darstellung Windelens die ausgehandelten Abkommen über Umweltschutz sowie Wissenschafts- und Technologieaustausch nicht unterzeichnen. Nach dem 25. Januar werde sich das Verhandlungsklima wieder verbessern, meinte der innerdeutsche Minister.

Antes legt Geständnis ab

DW. Berlin

Der ehemalige CDU-Baustadtrat von Berlin-Charlottenburg, Wolfgang Antes, hat gestern überraschend ein Geständnis abgelegt. Vor der 10. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts räumte Antes erstmals ein, sich der Bestechlichkeit schuldig gemacht zu haben und gab zu, rund 300 000 Mark erhalten zu haben. Ihm sei klar gewesen, daß die Gelder nicht völlig isoliert von seinen Amtshandlungen zu betrachten seien und daß er sie nicht hätte annehmen dürfen.

Seite 4: Antes zermürbt

Kennedy darf nicht nach Polen

DW. Warschau

Die polnische Regierung läßt den amerikanischen Senator Edward Kennedy nicht ins Land. Er wollte Weihnachten den beiden Regimegegnern Adam Michnik und Zbigniew Bujak Menschenrechtspreise überreichen. Regierungssprecher Jerzy Urban sagte, der für den 22. bis 25. Dezember geplante Besuch könnte wegen der Überfülle bereits vorgesehener politischer Veranstaltungen nicht stattfinden. Kennedy hatte geplant, auch mit Arbeiterführer Lech Walesa zu sprechen.

Angebot der Chemie-Arbeitgeber

DW. Frankfurt

Die Chemiearbeitgeber sind bereit, im kommenden Jahr mit der IG Chemie einen sogenannten Entgelttarif zu vereinbaren, der die Unterschiede zwischen den Arbeitern und Angestellten verringern soll. Der Bundesarbeitgeberverband Chemie schrieb in seinem gestern in Frankfurt veröffentlichten „Informationsbrief für Führungskräfte", die bestehenden Diskrepanzen zwischen Arbeitern und Angestellten seien vielfach nicht mehr gerechtfertigt.

Die Verhandlungen für die rund 600 000 Beschäftigten sollen im Frühjahr aufgenommen werden. Sollte dieser seit Jahren diskutierte „Jahrhundertvertrag" zustande kommen, wäre die Chemieindustrie die erste große Branche in der Bundesrepublik, die Arbeiter und Angestellte mit einem vergleichbaren Entgelt bezahlen würde. Bislang haben sich Arbeitgeber und die IG Chemie auf 13 Entgeltgruppen geeinigt.

RAF verfügt über „Bombenwerkstatt"

W.K./DW. Bonn/Karlsruhe

Die linksterroristische „Rote Armee Fraktion" (RAF) verfügt nach Ermittlungen der Bundesanwaltschaft vermutlich wieder über eine zentrale Werkstatt für Bombenhüllen und Container für Sprengsätze. Bei mehreren Anschlägen waren jeweils quaderförmige Bomben-Mäntel mit auffällig gleichartiger Konstruktion verwendet worden.

Bereits unter Andreas Baader besaß die RAF in Frankfurt eine „Bombenwerkstatt". Nach mehr als drei Jahren Fahndung war 1975 ein Maschinenbauer als Lieferant für Baader verhaftet worden. Über Mittelsmänner hatte die RAF zunächst Aufträge ohne terroristischen Hintergrund erteilt und den Hersteller danach erpreßt. Nach seiner Verhaftung legte der Metallbildhauer ein Geständnis ab, mit dem die Terroristen Baader und Meinhof als Auftraggeber einer Bombenserie im Mai 1972 überführt werden konnten.

Höffner gegen jede Hilfe für Rebellen

DW. Tegucigalpa

Die katholische Kirche in Deutschland verurteilt nach den Worten des Kölner Kardinals Joseph Höffner sowohl die Hilfe für die Rebellen in Nicaragua als auch für die linke Guerilla in El Salvador. Beide Kräfte könnten die Spannungen in Mittelamerika nicht lösen, sagte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa.

Es sei „nicht gerecht, nicht richtig und nicht gut", daß zwei Großmächte ihre Politik auf dem Rücken von Mittelamerika austragen, betonte der Kardinal angesichts der sowjetischen Unterstützung für die Sandinisten und der US-Hilfe für die in Nicaragua kämpfenden Contras.

Die industrialisierten Nationen seien verpflichtet, den Ländern Zentralamerikas bei der Überwindung der Schwierigkeiten zu helfen, jedoch durch Hilfestellung und nicht durch Beherrschung.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Keine frohe Botschaft

Von Peter Gillies

Gerechter Zorn packt alljährlich Millionen von Arbeitnehmern, wenn sie ihre Lohnabrechnung über das Weihnachtsgeld erhalten (falls sie eines erhalten). Von den Segnungen der Gratifikation bleibt oft nur ein magerer Bodensatz übrig, denn zuvor haben sich Finanzamt und Sozialversicherungen daran schadlos gehalten. Steuerfrei sind lediglich 600 Mark; die Ballung von normalem Lohn und Gehalt mit der Sonderzahlung läßt die Abgabenlast emporschnellen.

So liegt die Forderung, das Weihnachtsgeld steuer- und abgabenfrei zu stellen, auf der Hand. Sie politisch zu erheben, mag populär sein, ist jedoch wenig seriös. Der Einnahmeverzicht für den Staat überstiege locker zweistellige Milliardenbeträge. Wie soll das finanziert werden? Wer das Gesetz einbringen will, muß nicht nur für die Mehrheit, sondern auch für die Deckung sorgen. Beides ist nicht abzusehen (wiewohl erstrebenswert, angesichts der zögerlichen Steuerentlastungspolitik jedoch leider unwahrscheinlich). Hinzu kommt die absurde Regelung, daß dieser Freibetrag nur Arbeitnehmern zusteht, nicht aber Freiberuflern (als glaube das Finanzamt, daß Selbständigkeit die Feier unterm Christbaum ausschlösse).

Politiker, die vorschnell Versprechungen abgeben, täten besser daran, die Steuerlast nicht nur zu Weihnachten verringern zu wollen, sondern das ganze Jahr über. Sie ist in der Bundesrepublik viel zu hoch getrieben worden und gehört dringend abgebaut. Wenn dies endlich kraftvoll und spürbar geschähe, hätten die Menschen auch mehr von ihrem Lohn – und das sogar zur Sommerzeit.

Das jährliche Erschrecken über die fiskalische Gier ausgerechnet zu Weihnachten ist ein Lehrstück über die Wirkungsweise der Steuerprogression. Sie ist zu rüde, im Verlauf zu steil. Sie entmutigt und fördert die Schwarzarbeit. Die Bürger haben das sehr gut begriffen. Sie müssen jedoch wissen, daß weniger Geld für den Staat auch bedeutet, weniger von ihm zu fordern. Gewiß ist der beste Aufbewahrungsort für das verdiente Einkommen die Brieftasche des Verdieners, aber er muß es sich abschminken, seine Forderungen an öffentliche Leistungen, Subventionen und Fürsorge aufrechtzuerhalten oder gar aufzustocken.

Weniger für die Bauern

Von Hans-Jürgen Mahnke

Minister und Präsident gehen inzwischen pfleglich miteinander um. Constantin Freiherr Heereman greift Ignaz Kiechle nicht mehr an, wenn dieser die Situation in der Landwirtschaft aus dem Blickwinkel der Bundesregierung etwas rosiger darstellt als der Bauernverband. Denn einige Verbesserungen werden ja doch sichtbar – und offenbar auch anerkannt.

Aus dem Umstand, daß die Einkünfte der Landwirte im Wirtschaftsjahr 1985/86 gegenüber dem niedrigen Niveau des Vorjahres noch um 0,4 Prozent nominal gesunken sind, zieht der Verband den Schluß, die Situation habe sich verschlechtert. Das ist verständlich, und nicht nur, wenn man in Betracht zieht, daß der Einkommensabstand zu dem größer geworden ist, was außerhalb der Landwirtschaft verdient wird; da stiegen die Realeinkommen um etliche Prozentpunkte jedes Jahr.

Richtig ist auch, daß nach den vorliegenden Berechnungen über einen längeren Zeitraum die Einkünfte der Landwirte nicht stiegen, sondern real abgenommen haben. Allerdings bestehen erhebliche Zweifel darüber, ob die Betriebe, die vom Verband in der Rechnung berücksichtigt werden, repräsentativ sind.

Wichtiger aber ist die Frage, ob es im laufenden Wirtschaftsjahr besser wird oder nicht. Der Verband meint: nein; Ignaz Kiechle ist sicher, daß es besser wurde. Er weist darauf hin, daß die Bauern auch bei den Sozialabgaben entlastet werden. Das schlägt sich zwar nicht im Gewinn nieder, aber doch in den Kassen. Und darauf kommt es doch letztlich an.

Daß die Einkommenssituation der Bauern sich bisher so wenig erfreulich entwickelt hat, lag in erster Linie daran, daß wegen der gewaltigen Überschüsse weitere Preisanhebungen in der EG nicht mehr finanzierbar sind. Wenn es jetzt darum geht, die Grundlagen für höhere Preise durch eine Reform der EG-Agrarpolitik zu schaffen, dann ziehen Minister und Verband an einem Strang. Allerdings muß sich erst noch zeigen, ob sie die anderen EG-Partner – und darum geht es in Brüssel – mitreißen können.

Neubeginn an der Seine

Von Peter Ruge

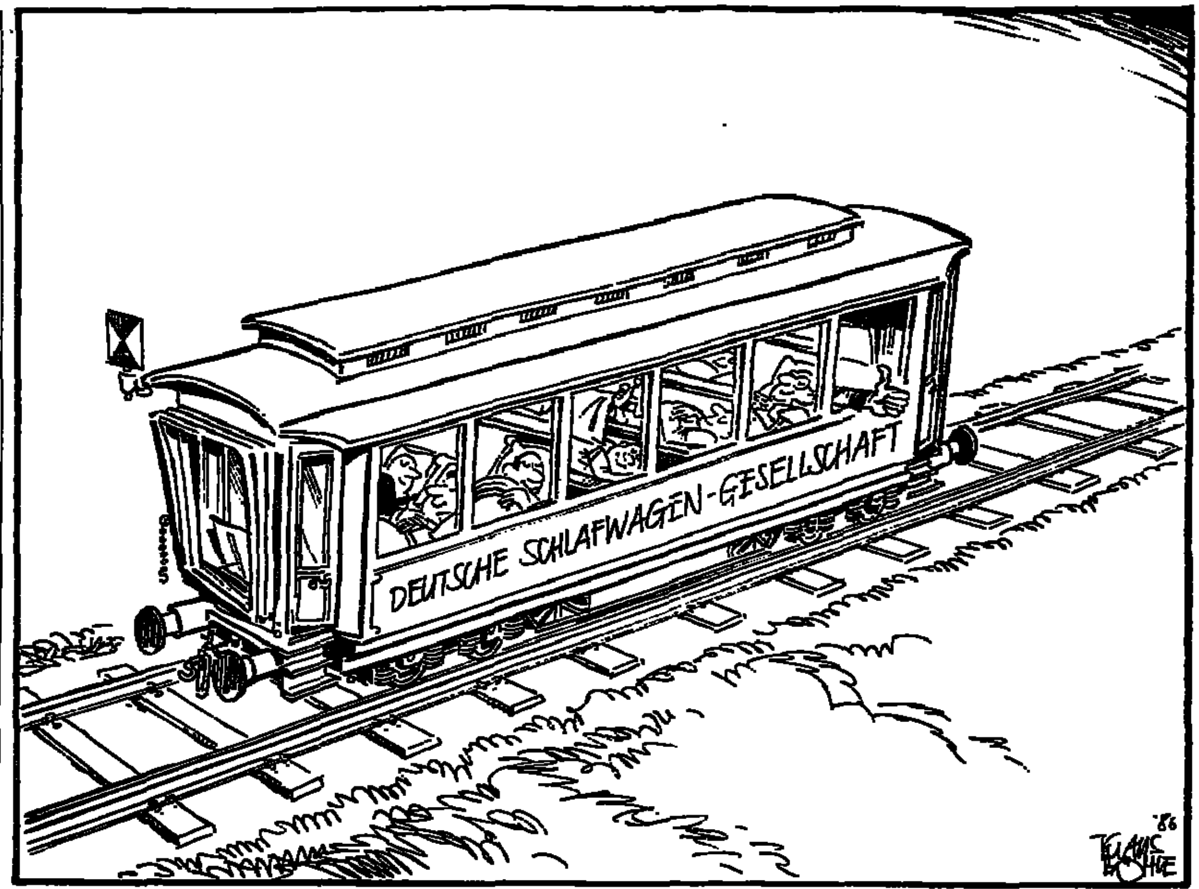
In der V. Republik lecken sich alle die Wunden. Ein Neubeginn wird erkennbar. Ein Dialog über die Universität von morgen ist jetzt in Frankreich möglich.

Die Studenten manifestieren zwar heute noch einmal. Aber ihr Verlangen nach einem Generalstreik hat einem Aufruf zum Gedächtnismarsch für den umgekommenen Kommilitonen Platz gemacht. Die Parole ist ausgegeben, in Würde, in Ernsthaftigkeit, in Sicherheit die Veranstaltung ablaufen zu lassen. Statt Aufruhr setzt Rückbesinnung ein: „Wir haben einen zu hohen Preis für die Rücknahme des ‚Plans Devaquet' bezahlt – ein Toter ist zuviel für ein bißchen Tinte auf einem Stück Papier."

Die Regierung hat nun auch ihren Hochschulminister preisgegeben. Doch der Schaden ist damit nicht eingegrenzt. Die Reputation der bürgerlichen Mehrheit hat gelitten, als sie über Tage sich mit Teilrückzügen zu retten suchte. Jacques Chirac handelte schließlich konsequent, aber zu spät. Der Premierminister, der mit so viel Schwung und Energie sein Land reformieren wollte, muß mit einer Enttäuschung fertig werden, die ihm ausgerechnet eine Jugend bereitete, für deren Zukunft er seine Politik durchsetzen wollte. Das ist die wohl bitterste Lehre aus den Pariser Unruhen.

Diese Jugenderhebung war zielgerichtet auf ein Projekt. Versuche der Linken, daraus einen Protest gegen die bürgerliche Mehrheit zu formen, schlugen fehl. Versuche der Gewerkschaften, die Arbeiter zu mobilisieren, scheiterten ebenfalls. Das läßt den Schluß zu, daß diese V. Republik über eine stabile Basis in der nachwachsenden Generation verfügt.

Wer aber eine kritische Jugend bejaht, muß ihr auch das Recht zugestehen, sich Gehör zu verschaffen. Einen Fehler macht, wer die Jugend auf zu großen Abstand hält oder Partnerschaft als eine Einbahnstraße von oben nach unten ansieht. Daß sich der Geist der V. Republik in diesem Sinne wandeln könnte, ist gerade für viele Alt-Gaullisten schwer verdaulich. Jacques Chirac hat soeben klargemacht, daß er bereit ist, sich auch darin von der Erblast seiner Vorgänger zu trennen.



Wahlkampf-Zug unter Dampf KLAUS BÖHLE

Der Wandel im Auswärtigen

Von Herbert Kremp

Bundeskanzler Kohl hat den „kleinen Parteitag" der CDU dazu genutzt, ein nachbarschaftliches Wort an die Sowjetunion zu richten. Er verwies auf die vergangenen vier Jahre, in denen sich seine Regierung um mehr Sicherheit und bessere bilaterale Beziehungen bemüht hat, sagte aber gleichzeitig, daß weitere Fortschritte vom Verhalten Moskaus abhängig seien.

Die gemessene, balancierte Art, in der er sich äußerte, unterscheidet sich merklich von einem Interview seines Außenministers am gleichen Tage. Hans-Dietrich Genscher rückt die deutsch-sowjetischen Beziehungen immer auffälliger in den Rang einer Priorität, für die das westliche Bündnis gewissermaßen einen zuverlässigen Service zum Arrangement von Abrüstungsforen bereitzustellen hat. Sind das nur Nuancen, die ein Spiel mit verteilten Rollen ermöglichen, oder sind das widersprüchliche Positionen in der deutschen Außenpolitik?

Wie dem auch sei – verschieden gefärbte Töne dieser Art enthalten für den Zuhörer Sowjetunion Informationen, die dort falsch eingeschätzt werden können. Von Moskau aus betrachtet, gliedert sich die Bundesrepublik in vier Einfluß-Gruppen: In die „Kanzler-Gruppe", die man gegenwärtig mit der zeitlichen Sündenstrafe des Kontakt-Boykotts überzieht; die „Außenminister-Gruppe", der man mitteleuropäische Ambitionen im Gesamtkomplex eines „europäischen Hauses" (Gorbatschow) unterstellt; die „Oppositions-Gruppe", die man als Stichwortgeber benutzt, um in den Wahlkampf eingreifen zu können (Beispiel: Am Wochenende warf die SPD der Regierung vor, sie wolle – bei Kurzstreckensystemen – nachrüsten, am Montag wurde dieser „Vorwurf" lautverstärkt in der sowjetischen Presse wiederholt); schließlich die „Industriellen-Gruppe", der die Sowjets unterstellen, sie würde bestimmter Geschäftsinteressen wegen (nach Art der Schwerindustrie der Weimarer Zeit) Richtungsdruck auf die Bonner Politik ausüben.

Man kann nicht sagen, daß die Gruppen-Aufteilung und die damit verbundene spezifische Gruppen-Beeinflussung überhaupt nichts bewirken würden. Es entstehen punktweise lebhafte innenpolitische Diskussionen, die aber im gegebenen Fall keineswegs im Sinne sowjetischer Erwartungen verlaufen. Der Bundeskanzler wirkt weithin glaubwürdig mit seinen wiederholten Bekundungen, daß er um gute Beziehung zur Sowjetunion bemüht sei. Er stellt sie in das zeithistorische Bezugsfeld des westlichen Bündnisses, das für ihn selbstverständlich Priorität genießt, und der nationalen Aufgabe, ein „freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa" (Kleiner Parteitag der CDU) zu verwirklichen.

Der Außenminister erwähnt die nationale Zielsetzung, die auf das Verhältnis zur Sowjetunion nicht ohne Einfluß bleiben kann, höchstens beiläufig. Seine Politik konzentriert sich auf Abrüstung und – in zweiter Linie – auf Menschenrechte, erreicht aber nicht mehr den Rang einer langfristigen, unbeirrbaren Strategie für Deutschland. Die Opposition der SPD und der Grünen wiederum möchte die Bundesrepublik aus dem Bezugsfeld des Bündnisses und der deutschen Freiheit herauslösen.

Wie kommt es nun, daß Helmut Kohl, der als Kanzler ja auch die Richtlinien der Außenpolitik bestimmt, für sein Bild der Bundesrepublik in den Ganzheits-Bezügen bei der Mehrheit der Deutschen (einschließlich der Mitteldeutschen) so regen Zuspruch findet? Es genügt, zwei Gründe dafür zu nennen: 1. Kohls Konzeption, die ein Europa ohne Hegemonie zum Ziel hat, erscheint als ein sinnhaftes und werthaftes Vorhaben, das eine langfristige Anstrengung lohnt. Es mutet kreativ, phantasievoll und gleichzeitig maßvoll an, wie alles, was sich mit dem Begriff der Freiheit definieren läßt. 2. Die Angst, die in der Bundesrepublik geisterte, ist seit dem Ende der großen Nachrüstungsdebatte von 1983 keine Kategorie der Außenpolitik mehr. Sie hat sich auf Umweltprobleme verlagert (das war die Wende von Tschernobyl).



Zeitliche Sündenstrafe: Gorbatschow FOTO: POLY PRESS

Die auf Abrüstungsfragen konzentrierte Politik des Außenministers ist ein Restbestand aus dieser Ära, vermag aber nicht mehr politische Ganzheits-Strategien zu behindern. Die Gleichung „Spannung kommt aus Rüstung" hat sich aufgelöst zugunsten der Gleichung, „Rüstung ist die Folge ungelöster politischer Probleme". Das außenpolitische Denken in der Republik besitzt damit ein neues Prinzip.

Es kann sein, daß die sowjetischen Taktiken der Beeinflussung diesem Wandel, der sich aus der Wende entwickelte, noch nicht gefolgt sind. Sie gehen offenbar nach wie vor von einem „Gruppen-Dissens" aus, der in der Bundesrepublik jedenfalls in Gestalt einflußreicher politischer Formationen nicht mehr existiert. Dies sollte uns nicht zur Ungeduld verleiten. Die russische Politik wirkte stets gewaltig (seit Preußens Zeiten), hat sich aber oft zu langsam bewegt – auf allen Gebieten. Sie ist „ein Jahr und eine Idee" zu spät – von der „Armee" würde heute auch Rivarol in diesem Zusammenhang nicht reden. Ihr Versuch, durch ausgewählte Mißfallensäußerungen das deutsche Gemüt zu beeinflussen und zu ängstigen, ist offenkundig zum Scheitern verurteilt.

Die Bundesrepublik benötigt in Zukunft jedoch eine am Bild der Ganzheitsbezüge orientierte, unverbraucht administrierende Außenpolitik, die sich mit dem Bundeskanzler identifiziert und durch klare Begriffe die Fehleinschätzungen der sowjetischen Politik auf das Niveau des Unvermeidlichen senkt.

IM GESPRÄCH Heinz Schemken

Kolping heißt lernen

Von Gernot Facius

Die katholischen Verbände waren über Jahrzehnte hinweg Trainingsstätten für politische Talente, die sich später in Bund und Ländern entfalteten. In den fünfziger und sechziger Jahren erwuchs der politische Impetus jedes zweiten Politikers in Bonn aus religiösen Bindungen und aus Erfahrungen in der Jugendbewegung, im Kolpingwerk, der Katholischen Arbeiterbewegung und anderen Verbänden. Das ist Vergangenheit, auch wenn das Kolpingwerk stolz auf zehntausend Mandatsträger in Gemeinde, Land und Bund verweisen kann. „Wir müssen aber", so der neue Kolping-Zentralvorsitzende Heinz Schemken, „möglichst viele Kolpingsöhne in der Politik haben, denn Kolping muß in den politischen Raum hineinwirken, wenn wir den von uns vertretenen Werten größere Wirkung verschaffen wollen."

Schemken (51), der seine politische Laufbahn im Rat der Stadt Velbert begann und seit 1983 dem Bundestag als CDU-Abgeordneter angehört, greift auf des „Gesellenvaters" Adolf Kolping zentrales Ziel zurück: Qualifikation im Beruf. „Diese Aufgabe müssen wir noch höher veranschlagen." Bundesweit sollen durch Förderung der Aus-, Fort-, Weiterbildung und Umschulung zwanzigtausend junge Menschen neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten.

Für den Vater von drei erwachsenen Kindern steht „die junge Familie und ihre finanzielle Förderung im Mittelpunkt". Schemken: „Im Jahre 2030 werden 25 Millionen Deutsche älter sein als 60 Jahre. Nichts wäre schlimmer als ein Verteilungskampf unter den Generationen. Uns geht es um eine Versöhnung der Generationen." Sein politisches Mandat, so hofft Schemken, werde nicht zu einer Interessenkollision mit dem Vorsitz in dem katholischen Verein führen. Im Gegenteil, er spricht von der Möglichkeit, „noch einmal an den Inhalten zu arbeiten und diese auch in die



Fortbildung, Gentechnik, Kernenergie: Neuer Kolpingchef Schemken FOTO: DIE WELT

Politik einzubringen, aber umgekehrt auch die Politik auf die Arbeit im Kolpingwerk wirken zu lassen". Denn in der Tat besteht die Gefahr, daß Entscheidungen sich immer weniger an religiösen Wertvorstellungen orientieren.

Der Politiker und Verbandsvorsitzende sagt „ja zur Technik", wenn sie dem Humanum dient. Die Entwicklung der Gentechnologie verfolgt er mit großer Sorge. Die Politik werde Grenzen ziehen müssen. Und dem Kolpingwerk bleibt, wie allen Verbänden, die Auseinandersetzung um die Kernenergie nicht erspart. Immerhin forderte die Zentralversammlung kürzlich in Mainz einen „baldigen Ausstieg" in Ost und West und unterstützte eine verstärkte Förderung alternativer Energiequellen.

Mit Frau und Kindern hat der gelernte Kunst- und Bauschlossermeister vor seiner Kandidatur („Ich habe mich nicht danach gedrängt") „sehr eingehend alles besprochen". Schemken: „Schließlich möchte ich nicht über etwas reden, was ich selbst nicht praktiziere, nämlich Familie."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Demonstrationen in Frankreich wurden in vielen Blättern kommentiert:

LE FIGARO

Jacques Chirac hatte solide Gründe, dem Druck der Straße nachzugeben. Hier seien zwei genannt: Die Spannung in Paris wurde unerträglich. Es war nicht möglich, die Ausweitung von Provokation und Repression weiter andauern zu lassen. Nichts ließ auf ein Ende der Gewalt hoffen. Offensichtlich war ein Teil der Regierungsmehrheit dabei, Chirac fallenzulassen ... Die Reform ist jedenfalls begraben. Die heutigen und künftigen Studenten werden als erste die Folgen zu tragen haben. Das ist schade, aber es ist ihre Wahl, und sie können weder von ihrem Fehler überzeugt werden, noch können sie gezwungen werden, ihn einzugestehen. Um so schlimmer für sie. (Paris)

LIBERATION

Es reicht nicht zu verlieren, man muß auch die Niederlage nutzen können. Jacques Chirac hat es nicht verstanden. Er wird in den nächsten Stunden und Tagen einen grausamen Vergleich bestehen müssen. Auch Mitterrand hat eine ideologische und politische Niederlage bei der Privatschule einstecken müssen. Auch er hat sein Projekt zurückziehen müssen. Daraus hat er aber mit dem „Volksentscheid über den Volksentscheid" das Sprungbrett für einen politischen Gegenangriff gemacht und vor allem die Regierung gewechselt. Fabius folgte Mauroy und änderte allein schon durch diese Tatsache das Bild der Linken. Chirac hat diese Möglichkeit nicht. Er kann das Bild der Regierung nicht ändern, er kann nicht einmal seine Minister wechseln, da sein parlamentarischer Spielraum zu klein ist. Für ihn hat die Niederlage einen bitteren Geschmack. Im Unterschied zu Mitterrand ist er ihr Gefangener. (Paris)

THE TIMES

Die Glaubwürdigkeit des französischen Ministerpräsidenten Jacques Chirac hat durch seine zwiespältige Haltung gegenüber dem Terrorismus im eigenen Lande nicht so stark gelitten wie im Ausland. Gestern jedoch wurde die Schwäche des den starken Mann Spielenden im eigenen Wahlkreis offenbar ... Gelegentlich wird die Regierung auf das Thema der Universitätsreform zurückkommen müssen. Bis dahin wird sie vielleicht aus ihren jetzt gemachten Fehlern gelernt haben. Im Augenblick hat sie sich sowohl Studenten als auch Eltern entfremdet. Sie hat die legitime Aufgabe einer Ausbildungsreform geschwächt. Auch hat sie die Wesensart der Regierung selbst in Frage gestellt. (London)



Da hat einer sein Leben lang hart gearbeitet, jede Mark dreimal umgedreht, sich was aufgebaut, einen Laden aufgemacht in Frankfurt. Und dann kommt da eine Meute Chaoten und schlägt ihm alle Scheiben kaputt. Ein Scherbenhaufen in Frankfurt, weil sich politische Fanatiker nicht mit Ereignissen in Paris abfinden wollen. Aber was haben Frankfurter Geschäftsleute mit französischer Politik zu tun?

Endlich wieder ein ungeschminkter Systemvergleich

Materialien zur Lage der Nation, östlicher Teil, für das Windelen-Ministerium / Von Diethart Goos

Dieser Tage stellte ein Bundestagsabgeordneter die Regierung zur Rede: von welchem Wissensstand Bundeskanzler Kohl von Tausenden politischen Gefangenen in der „DDR" habe sprechen können. Es klang, als habe der Fragesteller noch gar nicht mitbekommen, daß es in der „DDR" überhaupt politische Gefangene gibt.

Die Antwort – daß der Bundesregierung 1025 politische Häftlinge in Honeckers Zuchthäusern namentlich bekannt sind und daß darüber hinaus Tausende inhaftiert sind, deren Namen man „auf Grund der Gegebenheiten" nicht ermitteln könne – erhielt der Antragsteller vom Innerdeutschen Ministerium. Hat sie ihn überrascht? Er war nämlich nicht der neue Abgeordnete des Wahlkreises Krähwinkel, sondern der frühere Justizminister und dann deutschlandpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Schmude (SPD).

Sein Gegenüber, der Innerdeutsche Minister Heinrich Windelen, ist jedenfalls kein Freund geschönter Bilanzen. Wer die Sperranlagen der „DDR" in westlicher Richtung überwinden will, begibt sich in Lebensgefahr, wie die schrecklichen Ereignisse der letzten Wochen an der Berliner Mauer bewiesen haben. Auf diese nach wie vor real existierende Gefahr hat Windelen unmißverständlich hingewiesen.

Für den Minister sind es Scheininformationen, was von einer gemilderten Praxis oder gar der Aufhebung des Schießbefehls erzählt wird, auch wenn diese Gerüchte von geflüchteten Angehörigen der „DDR"-Grenztruppen im Westen verbreitet worden sind. Allzu gut ist bekannt, daß Ost-Berlin das Mittel der gezielten Desinformation ebenso bedenkenlos einzusetzen versteht wie das Mittel des gezielten Schusses und daß das Regime dabei immer wieder in der Bundesrepublik Deutschland offene Ohren findet.

Es war notwendig, daß die Bundesregierung auf der laufenden Wiener KSZE-Folgekonferenz nach den jüngsten tödlichen Schüssen auf diese eindeutige Verletzung der Schlußakte von Helsinki hingewiesen hat. Natürlich versuchte der „DDR"-Vertreter in Wien, die Bonner Demarche am Konferenztisch als Einmischung in innere Angelegenheiten abzutun. Windelen sagt mit Recht, daß der Schießbefehl ein eklatanter Verstoß der „DDR" gegen das Friedensgebot ist; mit Recht kündigt die Bundesregierung an, auch künftig diese Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. Offenbar geht es Ost-Berlin darum, trotz aller internationalen Verachtung klarzumachen, daß jeder Fluchtversuch über Mauer und Stacheldraht ein lebensgefährdendes Risiko ist und bleibt.

Dennoch wählten in diesem Jahr wiederum etwa zweihundert sogenannte Sperrbrecher den direkten Weg, um vom unfreien in den freien Teil Deutschlands zu gelangen. Ihr Wagemut läßt sich aus der Sicht des innerdeutschen Ministers nur mit einer ausweglosen Lage nach mehrfach abgelehnten Ausreiseanträgen erklären. Die Bilanz des CDU-Politikers hat aber auch positive Seiten. Ohne jeden Stolz wußte er von etwa zweihunderttausend „DDR"-Bewohnern zu berichten, die in diesem Jahr – ohne das Rentenalter erreicht zu haben – in dringenden Familienangelegenheiten für durchschnittlich zehn Tage in den Westen reisen durften. Das ist eine Verdreifachung der Besucherzahl gegenüber 1984.

Auch die freigekauften politischen Häftlinge sind für Windelen kein Tabu. Mehr als zweieinhalbtausend waren es im letzten Jahr, 1986 werden es wohl einige weniger sein. Das liegt aber nicht an mangelnder Zahlungsbereitschaft der Bundesregierung. Bonn will den politischen Häftlingen helfen und setzt entsprechende Maßstäbe. Kriminelle sind beim Freikauf unerwünscht.

Dies ist ein überaus sensibles Gebiet der innerdeutschen Beziehungen. Windelen spricht vom äußerst schmalen Grad Bonner Einwirkungsmöglichkeiten. Auch dürfe man mit großzügiger Freikaufbereitschaft Ostberliner Begehrlichkeiten nicht leichtfertig heraufbeschwören. Der nahezu unstillbare Devisenhunger des Honecker-Staates ist bekannt genug. Immer wieder gilt es abzuwägen, was im Interesse der Menschen finanziell verantwortbar ist.

Dazu gehören sicher nicht die maßlos überhöhten mehr als zwei Milliarden harte Deutsche Mark, die von der „DDR" dafür eingefordert werden, falls sie gemäß westlichen Wünschen den Reisezug-Verkehr auf der wichtigsten Interzonenstrecke zwischen Helmstedt und Berlin dem Intercity-Standard der Deutschen Bundesbahn anpaßt.

Nach zwölfjähriger Unterbrechung hat Windelen eine gute Übung aufgegriffen, die ihm nicht nur professionelle „DDR"-Forscher danken werden. Namhafte Wissenschaftler mit Professor Thalheim an der Spitze haben in seinem Auftrag einen umfangreichen Materialienband für den Bericht zur Lage der Nation zusammengestellt. Endlich wird wieder der ungeschminkte Systemvergleich ermöglicht, der längst überfällig ist.

Die endlose Tragödie – Ugandas Rückfall in die Steinzeit

Hoffnung keimte auf, als vor fast einem Jahr der Bürgerkrieg in Uganda zu Ende ging. Doch die Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung trog. Guerrilla-Kämpfe, Bandenkriege und Stammesfehden verwandeln vor allem den Norden in ein Totenreich.

Von WILLY LÜTZENKIRCHEN

An Straßensperren nördlich von Kampala kontrollieren Kindersoldaten die Pässe, durchsuchen Busse und Lastwagen. Knirpse in Kampfuniform, 13 oder 14 Jahre alt, geben die Befehle zur Weiterfahrt mit bitterernsten, wachsamen Mienen, die Kalaschnikow geschultert. Nördlich der Hauptstadt beginnt eine Landschaft des Todes, viele Städte und Straßen existieren nur noch auf der Karte.

Neben der Schlammpiste werden Menschenschädel und Skelettreste zu Knochenhaufen geschichtet oder auf Bastmatten gereiht. Reliquien eines mörderischen Befreiungskrieges, Knochenpyramiden, die mattgrau im Regen schimmern. Noch immer werden jeden Tag neue Massengräber entdeckt, in den Ruinenstädten, den verwilderten Feldern, im Sumpf, an den wenigen freigeschlagenen Wegen.

Zerschossene, kaum noch lesbare Blechschilder weisen zu Ortschaften, Schulen, Kliniken und Betrieben, Farmen und „Tea Rooms", die längst nicht mehr existieren. Im Busch versinken die Wracks von Bussen, Autos und Panzern, zerstörte Maschinen, Brunnen, Zuckermühlen und Kirchen. Aus der herankriechenden Pflanzenmasse ragen die Reste einer „Caltex"-Tankstelle wie die Ruinen eines anderen Zeitalters. Daneben stehen Kinder vor den Gebeinen ihrer Eltern und Geschwister: schmutzverklebte Totenschädel, auf Stöcke gespießt oder zu langen Reihen geordnet, schwarzgraue Leichen- und Skelettbündel, oft noch mit Kleidungsresten. Mahnmale eines erst vor Monaten beendeten Krieges, die wie Altäre einer prähistorischen Jägerkultur wirken.

In Stoffetzen gekleidete Männer mit Speeren tauchen für Augenblicke auf dem Fahrweg auf, verschwinden als Schemen im Dschungel. Zerlumpte Kinder klettern aus dem Wrack eines abgeschossenen Panzers, strekken mit hungrigen Blicken die Hände aus. In den Ruinen einer namenlosen Ortschaft irren Halbwüchsige mit fiebrigen Augen herum, auf der Suche nach eßbarer Beute in Vogelnestern und Termitenbauten, verstörte Waisen und Krüppel, die sich ohne Eltern und Schule seit Jahren durch die Wildnis schlagen.

In den Trümmern der Städte wie Kapeka und Nakaseke haben sich Aaskäfer, Hornissen, Termiten und Schlangen eingenistet. Die Menschen, die überlebt haben, sind aus den Ruinen geflohen und verkriechen sich in winzigen, kugelförmigen Grashütten am Rand ihrer schmalen, aus dem Busch gebrannten Felder, wo sie Mais- und Cassava anbauen. Von den früher 30 000 Einwohnern Kapekas sind zwei Drittel ermordet, verhungert, vertrieben. Die Stadt ist eine zerschossene, gefledderte Ruinenwelt, die langsam vom Dschungel erstickt wird. Gegen Abend tönt aus dem Busch das rasende Gebell der verwilderten Hunde, die in den Leichenbergen jahrelang ihre Nahrung fanden.



Reliquien aus der Zeit des Blutrausches: Von vielen Orten blieb kaum mehr als solch ein Mahnmal FOTO: PETER SCHICKEL

In den sumpfigen Niederungen flackern die Feuerstellen wie Grablichter auf einem Friedhof. Im Luwero-Dreieck nördlich von Kampala ist buchstäblich jede Ortschaft zum Trümmerfeld, zum Massengrab geworden. Zwischen den Hügelkämmen sind ganze Landstriche verkohlt und verwüstet, Felder und Plantagen eingeäschert oder verwildert. Das fruchtbare, früher dichtbesiedelte Herzstück Ugandas erlebte einen Rücksturz in die Steinzeit. Handel und Verkehr, die Versorgung mit Strom, Trinkwasser und Treibstoff sind zusammengebrochen.

1980 lebten im Luwero-Distrikt etwa 750 000 Menschen. Am Ende des Bürgerkrieges, im Januar 1986, waren noch etwa 100 000 Menschen übriggeblieben. Etwa 300 000 bis 350 000 Zivilisten sind nach Schätzungen internationaler Hilfeorganisationen hier ums Leben gekommen, der Rest gilt als vermißt, vertrieben, verschleppt. Luwero hat sich bis heute nicht von den Gewaltorgien erholt, die den ugandischen Bürgerkrieg zum Völkermord werden ließen.

Zwei Millionen starben durch Gewalt und Hunger

Die Truppen der gestürzten Machthaber Milton Obote und seines Nachfolgers Tito Okello hatten sich hier gegen die vorrückenden Guerrillas der „Nationalen Widerstandsbewegung" von Yoweri Museweni verschanzt. In seiner letzten Phase hatte sich der Krieg in einen hemmungslosen Blutrausch gesteigert – und in eine Abrechnung zwischen den verfeindeten Nord- und Süd-Stämmen Ugandas, aus denen sich die Soldaten Obotes und Musewenis rekrutierten.

Die Machtkämpfe in Uganda haben einen für Afrika beispiellosen Blutzoll gefordert. Seit 1971, dem Machtantritt Idi Amins, sind in Uganda durch Krieg und Hunger etwa zwei Millionen Menschen getötet worden, schätzen Mitarbeiter von UNO-Hilfeorganisationen in Kampala. Im Januar wurde Yoweri Museweni zum neuen Präsidenten ernannt, nachdem der „Nationale Widerstand" die Hauptstadt Kampala erobert hatte. Ende März konnten die von Libyen unterstützten Rebellen die letzten, noch von Regierungstruppen Obotes und Okellos gehaltenen Distrikte im Norden einnehmen.

Für ein paar Monate schien es so, als ob der listenreiche, charismatische Buschkämpfer Museweni den blutigen Reigen von 15 Jahren Terror, Massenmord, Chaos und Anarchie beenden könne. „Licht am Ende des langen Tunnels", meldeten westliche Diplomaten, die sich mit Waffen, Funkgeräten, Stacheldraht und Leibwächtern in ihren Villen auf dem Kololo-Hügel verschanzt hatten. Nach der Ausrottungspolitik Obotes erschien Museweni als der „Retter Ugandas", der den „nationalen Wiederaufbau" des ruinierten Landes versprach.

Knapp ein Jahr nach der Machtübernahme durch Museweni haben sich viele Hoffnungen zerschlagen. Die politischen Hypotheken, an denen seine Vorgänger scheiterten, lähmen auch den neuen Präsidenten. Die ugandische Tragödie nimmt kein Ende: Die Gegensätze zwischen den Bantu-Bauern des Südens und den nilotischen und nilohamitischen Völkern des Nordens, Viehzüchter und teilweise noch Nomaden mit islamischem oder animistischem Glauben, haben einen neuen Krieg entfacht.

Die Anhänger der gestürzten Machthaber Amin, Obote und Okello haben den Kampf gegen Musewenis Armee, die aus dem Süden und Südwesten rekrutiert wurde, nicht aufgegeben. In ihren Stammesgebieten im Norden Ugandas wütet ein blutiger Guerrilla- und Bandenkrieg gegen die Truppen der neuen Regierung: Städte und Garnisonen, Schulen, Grenzposten, Kliniken und Lkw-Konvois werden überfallen, Beamte, Lehrer und Polizisten erschossen. Mindestens 5000 Rebellen stehen unter Waffen, greifen Städte wie Gulu und Kitgum an, plündern die Dörfer, rauben Vieh und Ernten, lähmen den Verkehr. In Süd-Sudan sollen 10 000 weitere Guerrillas für den Kampf bereitstehen, angeblich unterstützt von Ex-Diktator Idi Amin, der im saudiarabischen Dschidda im luxuriösen Exil sitzt.

Völlig chaotische, vorkoloniale Zustände sind im Stammesgebiet Karamoja, im Nordosten, ausgebrochen. Die Regierung hat jede Kontrolle über die 350 000 Nomaden, Stammeskrieger und professionellen Viehdiebe verloren. Die als „wilde Bergmenschen" geächteten Karamojong, nach Ansicht des britischen Völkerkundlers Colin Turnbull ein „Volk ohne Liebe", rächen sich an ihren Nachbarn und für die zivilisatorischen Zwangsmaßnahmen früherer Regierungen.

Ganze Stammesgruppen waren für die Gründung des Kidepo-Nationalparks zwangsweise umgesiedelt worden, die Regierung verbot das Tragen von Pfeilen und Speeren, das nackte Auftreten, die Jagd und das Weiden von Vieh im Nationalpark. Junge Männer wurden zu Tausenden für die Regierungstruppen zwangsrekrutiert, nach Aussagen von Landeskennern als „Kanonenfutter" für die Schlachten Obotes und Okellos. Damit fielen den räuberischen Bergstämmen automatische Waffen in die Hände, Munitionslager wurden geplündert. Jetzt terrorisieren die Karamojong ihre verhaßten Nachbarstämme und rauben nicht nur Vieh, das nach Kenia, Sudan, Somalia und Äthiopien verkauft wird.

„Die Bevölkerung fühlt sich völlig alleingelassen"

Sie rächen sich mit brutalen Beutezügen, greifen Dörfer, Lkw-Transporte, Polizeiposten und Versorgungslager an, verschleppen Frauen und Kinder, die in den Bergen als Sklaven und Konkubinen mißbraucht werden. Ein deutscher Missionar: „Über dem ganzen Gebiet liegt ein Gefühl der Angst und Unsicherheit. Man sieht weit und breit keine Soldaten oder Polizisten. Die Bevölkerung fühlt sich völlig alleingelassen. In den meisten Schulen sind viele Lehrer und Schüler erschossen worden. An der Grenze verbreiten 5000 bewaffnete Karamojong-Viehräuber Furcht und Schrecken und bringen die Bevölkerung zur Verzweiflung."

Neben den politischen Wirren haben alle Plagen Afrikas das Land zugrunde gerichtet, das nach der Unabhängigkeit mit Wirtschaftskraft, Industrie, Verkehrserschließung und Bildungswesen einen Spitzenplatz auf dem Kontinent einnahm. Heute sind fast alle Infrastrukturen und öffentlichen Einrichtungen zerstört. Jährlich sterben etwa 70 000 Kinder an Hunger und Krankheiten. Malaria und Schlafkrankheit haben sich wieder rasend ausgebreitet.

Im Elend der verwüsteten Landschaft des Luwero-Dreiecks blüht ein schwunghafter Handel mit Menschenschädeln, die nach Kenia und Zaire geschmuggelt werden. Hexer in Zaire und Hochschulen im Ausland sollen Uganda als Quelle für den Schädel- und Skeletthandel entdeckt haben.

Ein Wechselspiel zwischen Prediger und Volkstribun

Er kämpft für seine Partei, die SPD. Den Kandidaten erwähnt er kaum. Oskar Lafontaine im Wahlkampf, das ist eine Mischung aus Machtpolitiker, Visionär und Realist.

Von ULRICH REITZ

Seine früheren Klassenkameraden aus dem bischöflichen Konvikt haben sich auf die hinteren Bänke der schmucklosen Stadthalle am Ortsrand zurückgezogen. Oskar Lafontaines ehemalige Mitschüler sind wohl keine potentiellen SPD-Wähler, auch wenn es jetzt ein leibhaftiger Ministerpräsident versucht – im Eifelstädtchen Prüm ein nicht alltäglicher Anblick. „Wir haben eine andere Meinung als er", sagt einer. Schnell fügt er hinzu: „Aber wir sagen Ihnen nichts über ihn."

Auch heute noch, nach mehr als 20 Jahren, ist die Gemeinschaft der ehemaligen Schulkameraden lebendig. Ein Grund, warum der als Wahlkämpfer angereiste Lafontaine, als er in die „Bütt" steigt, zunächst einmal seine Zuhörer darauf vorbereitet, „daß wir hier schnell machen, damit ich mit meinen Freunden noch einen trinken gehen kann". Zwei Stunden Einstimmung auf „den Besten für Deutschland", Johannes Rau (dessen Name aus dem Mund Lafontaines nur einmal fällt, ohne Temperament, das bei ihm sonst innere Überzeugungen begleitet, hingeworfen), werden es dann schließlich doch.

Der SPD-Linke streitet nicht vorrangig für den Mann auf dem Plakat, das hinter ihm an den altersschwachen Vorhang gepinnt worden ist. Er streitet für die SPD, die Willy Brandt – der Lafontaine von einem Konterfei am anderen Ende der Halle zulächelt – verkörpert. Der Gast aus Saarbrükken macht Wahlkampf nur mit bundespolitischen Themen. Zur Enttäuschung so mancher Genossen, die einige Worte zur Unterstützung ihres wenig charismatischen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im Mai, Rudolf Scharping, erwartet hatten.

Wenn Lafontaine über die Wirtschaftspolitik spricht, dann über seine Lieblingsthemen Kernenergie und Rüstung, schließlich auch über das Verhältnis der SPD zu den Grünen. Dann präsentiert er sich als Vordenker, erweckt den Eindruck, das Saarland werde für ihn nur eine – wenn auch wichtige – Episode bleiben. Ein, wie er hinterher sagt, ungewollter Eindruck: „Sie wissen ja, daß ich mich nicht nach dem Job dränge." Der Job, das ist die Kanzlerkandidatur oder der SPD-Vorsitz nach der Ära Brandt, für den ihn Niedersachsens Oppositions-Führer Schröder schon ins Gespräch brachte.

Überhaupt, Schröder: „Dazu sage ich nichts", erklärt Lafontaine, der allerdings nicht unglücklich darüber zu sein scheint, daß ihn aus dem Auditorium niemand danach fragte. Aus seinem Umfeld belegt man den Vorstoß des zweiten Brandt-„Enkels" hingegen mit drastischen Vokabeln: „Das war Sch ...", heißt es. Und dann wird der Verdacht geäußert, Schröder, von dem man im Saarland glaubt, daß er auf eine entsprechende Offerte nicht mit Nein antworten würde, wollte Lafontaine damit aus dem Rennen werfen.

Als Hors d'œuvre seines Wahlkampfthemen-Menüs serviert Lafontaine Wirtschaftspolitisches, weil, wie er später sagt, „leider" das Gefühl ökonomischer Prosperität die Wähler-Entscheidung bestimmt. Und er tut es im Stil seines Parteigenossen Helmut Schmidt – kühl, ohne Pathos. Dozierend, so als müsse er seine Zuhörer in die Grundbegriffe sozialdemokratischen Wirtschaftens einführen, referiert Lafontaine über Preisstabilität („von jedermann zu begrüßen") und Wachstum („kann ohnehin in einer exportorientierten Wirtschaft von nationaler Politik nur begrenzt beeinflußt werden").

Ohne die Stimme auch nur um einen Ton zu heben, sagt er mit Blick auf das „Heer der Arbeitslosen": „Wir weigern uns, von erfolgreicher Wirtschaftspolitik zu sprechen, solange wir nach wie vor die höchste Arbeitslosigkeit nach dem Krieg haben" – spärlicher Applaus. Emotionslos empfiehlt er Arbeitszeitverkürzungen, mehr öffentliche Investitionen und ein öffentliches Nachfrageprogramm, „wie uns das die Japaner vorgemacht haben".

Nur zehn Minuten benötigt er für den ökonomischen Parforce-Ritt. Dann schwingt er sich zu „seinen" Themen auf, legt die Rolle des Machers ab wie einen alten Rock und schlüpft jetzt abwechselnd in die des Predigers und die des Volkstribuns. Totenstill wird es im Saal, als Lafontaine mit kaum noch hörbarer Stimme die seiner Meinung nach drohende Gefahr für die Menschheit heraufbeschwört: „Sind wir nicht dabei, immer größeren Katastrophen entgegenzugehen?"

Lafontaine ist um Glaubwürdigkeit bemüht, spricht von seinem persönlichen Anschauungs-Wandel: „Als ich mein Physikstudium aufnahm, glaubte ich, die Kernenergie würde alle Probleme lösen." Das habe sich geändert. „Plutonium hat eine Halbwertzeit von 500 000 Jahren. Noch nie haben wir die politische Verantwortung einer Entscheidung für die nächsten 500 000 Jahre gehabt."

Später von einem Grünen gefragt, warum er dann nicht aktiv „Widerstand" leiste, findet Lafontaine, der Machtpolitik so geschickt mit Visionen zu koppeln vermag, zu den Grenzen des Möglichen zurück, verweist auf die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag, die nun einmal nicht so seien. Den Grünen im Saal ruft er zu: „Sorgen Sie dafür, daß diese Bundesregierung nicht im Amt bleibt, dann sorge ich dafür, daß die Kernenergie-Ausbaupolitik gestoppt wird."

In seinem Verhältnis zu den Grünen ist Lafontaine geprägt von den Erfahrungen des saarländischen Vorwahlkampfes. Da hat er, wie er sagt, den Grünen ein Verhandlungsangebot gemacht, „doch die haben das abgelehnt. Der Wähler hat sich schließlich für eine absolute Mehrheit der SPD entschieden". Der SPD-Regierungschef stellt, um die eigene Partei aus der Schußlinie zu bringen, selbst die „Koalitionsfrage" an die Grünen: „Ihr habt den Klärungsprozeß, ob ihr Regierungsverantwortung tragen wollt oder nicht, noch nicht abgeschlossen." Deshalb sei „im Moment" der Boden nicht da für „solche Überlegungen".

Wenn Lafontaine den politischen Gegner beim Portepee packt, dann will er ihn mit den eigenen Mitteln schlagen. Er, der Verfechter von „Grundwerten", der sich, wie Erhard Eppler (welcher allerdings nicht über Lafontaines Machtinstinkt verfügt), als „wertekonservativ" versteht, sich auf die „Schöpfung" beruft und damit auch seine schulische Herkunft nicht verleugnet, hält den Christdemokraten polemisch das „C" vor: „Machen die christliche Politik, die sich als Waffenhändler profilieren?" fragt er und hat dabei die Blaupausen für Südafrika im Visier.

Und er fährt fort: „Am Morden in der Dritten Welt darf man nicht verdienen wollen. Das muß doch auch eine christliche Partei akzeptieren." Zum ersten Mal kocht der Saal. Lafontaine hat sich in Rage geredet, setzt gleich noch eins drauf, wettert gegen Reagan und Kohl: „Der Bundeskanzler sagt schneller ja, als Reagan irgendeine Forderung aufstellt." Freiheit bedeute eben Partnerschaft, und „die Wahrnehmung nationaler Interessen erschöpft sich nicht im Absingen der Nationalhymne".



Kanzlerkandidat Johannes Rau und sein Parteifreund Oskar Lafontaine: „Den Besten für Deutschland" FOTO: AP

Lafontaine, der überhaupt nichts dagegen hat, wenn man sein Denken mit dem de Gaulles vergleicht, fordert die „Souveränität für die Bundesrepublik, das Recht, selbst über einen Kriegseintritt zu entscheiden". Die militärische NATO-Integration sei der Schlüssel zu dieser Frage. Er beruft sich auf Frankreich und Spanien und ruft dann seine „persönliche Meinung" in den Saal: „Ich bin für die Aufhebung der militärischen Integration." Die Zuhörer, in der Mehrzahl Genossen, jubeln dem Regierungschef von der Saar zu. Der christdemokratische Parteichef von Prüm nimmt es zur Kenntnis.

Und Johannes Rau? Lafontaine hat viel von „Grundwerten" gesprochen. Und ohne den inneren Zusammenhang zu seinen Ausführungen läßt er den Satz abfallen: „Rau steht zu den Grundwerten, versucht auf dieser Basis, Antworten zu geben." Lafontaines einzige Antwort an diesem Abend zu diesem Thema.

Verständnis in der Union für SALT-Beschluß

rmc. Bonn

Die sowjetische Forderung, die USA sollten sich weiterhin an die Bestimmungen des SALT-2-Vertrages halten, ist für den verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, völlig unverständlich. Der stellvertretende sowjetische Außenminister Bessmertnych hatte Entsprechendes in Moskau verlangt und hinzugefügt, die UdSSR werde sich „vorläufig" nach dem Vertrag richten. Wimmer hatte in der vergangenen Woche Gespräche mit Vertretern der US-Administration und des Kongresses in Washington geführt. Daraufhin sagte er gestern vor Journalisten in Bonn, die USA hätten die Sowjetunion viele Male auf die von ihr zu verantwortenden Vertragsverletzungen hingewiesen. Dabei sei der Kreml auch aufgefordert worden, Wege vorzuschlagen, wie die Bestimmungen des Vertrages künftig wieder Geltung erlangen könnten.

Nach Wimmers Angaben haben die USA die Sowjets bereits im April unterrichtet, sie würden den 131. B-52-Bomber – neu ausgerüstet mit nuklear bestückten strategischen Marschflugkörpern – im Herbst wieder in Dienst nehmen, wenn sie bis dahin keine befriedigende Antwort zur SALT-Problematik erhielten. Darauf hätten die Sowjets jedoch nicht geantwortet. Nicht nur deshalb sei das Verhalten der USA für die deutsche Seite „gut zu verstehen".

Zermürbt legte Antes vor Gericht ein Geständnis ab

Baustadtrat kassierte 300 000 Mark Bestechungsgelder

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Zehn Stunden vor dem Berliner Wahlkampfabstecher von CDU-Chef Helmut Kohl konnte die Berliner Union gestern einen politischen Minuspunkt abhaken: Ex-Mitglied Wolfgang Antes, weit über Berlin hinaus unrühmlich bekannt gewordene Skandalfigur, legte gestern als „Weihnachtsgeschenk" für Gericht und Öffentlichkeit ein Geständnis ab: Er räumte ein, 300 000 Mark an Bestechungsgeldern kassiert zu haben – zwar auch für „persönliche Parteiarbeit", aber in erster Linie für die eigene Tasche.

Schon am Freitag fällt das Gericht sein Urteil – vermutlich mehr als fünf Jahre Freiheitsstrafe. Morgenstund' hatte gestern für die „Nibelungen"-Strafkammer des Landgerichts unter Richter Hagen Hillebrand Gold im Mund: Denn was sich in den vergangenen Tagen als Raunen hinter den Berliner Justizkulissen vernehmen ließ, trat ein. Am 43. Prozeßtag – knapp acht Monate nach dem Verfahrensstart am 25. April – gab der 42jährige Ex-Baustadtrat auf, zermürbt von Krankheit, Operation und Depressionen.

Nach wochenlanger Abwesenheit – Antes mußte unter das Messer und erholte sich im Universitätsklinikum –, verlas der Diplompolitologe und Ex-Chef der Charlottenburger CDU in der Anklagebank ein vierseitiges Statement. Mit seinem Geständnis riß Antes selbst seine mühsam errichteten Notkonstruktionen für den Geldfluß aus Bauherrentaschen ein.

Ihm sei, so sagte Antes, gestern morgen, „insbesondere auch in den letzten Monaten, eindeutig bewußt geworden, daß es in meiner damaligen Stellung einfach nicht möglich sein konnte ... und auch nicht möglich war, den Empfang der Gelder ... völlig isoliert von meiner Amtsstellung zu betrachten. Auch wenn ich mir, wie ich es heute noch bin, sicher war, daß mich die Zahlungen niemals veranlaßt hätten, pflichtwidrig zu handeln, so hätte ich sie doch niemals annehmen dürfen, da der Zusammenhang mit meiner Dienststellung einfach nicht wegdiskutiert werden kann." Dies alles sei ein „unentschuldbarer Fehler" gewesen.

Den größten Brocken, nämlich 150 000 Mark, strich Antes nach seinem eigenen Bekunden von dem Bauträger Kurt Franke ein, einem der bekanntesten Unternehmer der in Mißkredit geratenen Berliner Baubranche. Franke ließ Berliner Politikern aller Couleur – darunter auch dem damaligen CDU-Fraktionschef Eberhard Diepgen –, Parteispendengelder zukommen. Antes sagte gestern, im Falle Franke hätte es seines amtlichen Wohlwollens gar nicht bedurft, „weil die Bauinteressen von Herrn Franke von der Senatsebene lebhaft unterstützt wurden".

Wenn die Strafkammer übermorgen ihr Urteil fällt, wird vorerst ein Schlußstrich unter Berlins umfangreichsten Polit-Krimi gezogen: Er führte indirekt zum Rücktritt von Bürgermeister Heinrich Lummer (CDU), des Bauressortchefs Klaus Franke (CDU) und von Senator Horst Vetter (FDP). Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen geriet, da er auch als Berlins CDU-Parteichef amtiert, in eine Autoritätskrise.

Von den großen Skandal-Partien steht jetzt noch die juristische Aufarbeitung der Bestechlichkeitsvorwürfe gegen Ex-Staatssekretär Günter Schackow (CDU) bevor.

Deserteure werden für Moskau zum Problem

Schüsse am Todesstreifen auf Sowjetsoldaten könnten Friedensfeiern zum Berlin-Jubiläum konterkarieren

WERNER KAHL, Bonn

Unter den Bewohnern grenznaher Gegenden in Mitteldeutschland geht ein Gerücht um, über das jetzt auch prominente Besucher in Bonn berichten. Die Leute spekulieren dort, ob sowjetische Truppen wie schon bei Kriegsende 1945 wieder zur Sicherung der innerdeutschen Demarkationslinie am Todesstreifen eingesetzt werden. Dabei wäre es ihr Auftrag, sowohl sich in letzter Zeit wieder mehrende Fluchtaktionen von „DDR"-Bewohnern zu vereiteln als auch Deserteuren aus sowjetischen Kampfverbänden den Weg in den Westen zu verlegen.

Neue Nahrung dürften solche Mutmaßungen durch die offenbar zunehmenden Desertionen bei den Sowjets erhalten. Zum Wochenbeginn glückte zwei sowjetischen Soldaten die Flucht nach Niedersachsen (WELT vom 9. 12.). Eine Stunde vor Sonnenaufgang hatten die beiden 19jährigen Deserteure am Sonntag den Durchbruch gegenüber der Harz-Heide-Straße geschafft. In englischer Sprache baten die aus Estland stammenden Flüchtlinge den Landwirt Miehe im Grenzdorf Rohklum (Landkreis Wolfenbüttel), die Polizei zu rufen. „Intelligente Burschen", sagte die Bauersfrau der WELT. Nur mit Hose und Anorak bekleidet, hatten sie in der Nacht die tiefgestaffelten Sperranlagen überwunden.

Es handelt sich um Angehörige der 3. „Stoß-Armee", des stärksten Kampfverbandes der Russen, im Raum Magdeburg. Die Armee ist mit vier Panzerdivisionen entlang der Transitstrecke von Niedersachsen über Helmstedt-Marienborn nach West-Berlin eingesetzt.

Bei der Übergabe der Grenzsicherung unmittelbar an der Demarkationslinie zu Westdeutschland 1946 an die deutsche „Grenzpolizei", Vorläufer der heutigen Grenztruppen, gingen die Sowjets von der Strategie aus, die Masse ihrer Truppen zur Wahrung der politischen Ordnung in ihrer Besatzungszone einzusetzen. Deshalb sind Moskaus Streitkräfte in der Regel erst in einer Entfernung von etwa 50 Kilometern von der innerdeutschen Grenze tief gestaffelt. Viele Kasernen befinden sich in früheren Garnisonen der Reichswehr.

Wie ein Damoklesschwert muß jetzt die Jahreszahl 1987 über Beratungen zwischen der „DDR"-Führung und dem Sowjet-Oberkommando schweben. Die protzigen Feierlichkeiten des Regimes zum 750-Jahr-Stadtjubiläum Berlins im kommenden Jahr stellen Armee und Staatssicherheitsdienst vor das Problem, Fluchtaktionen zu vereiteln, ohne Blut zu vergießen.



West-Fernsehen und West-Sender bleiben tabu: Sowjetsoldat in der „DDR" FOTO: SVEN SIMON

Die Sowjets drückt dabei die Sorge, eine auch nur vorübergehende stillschweigende Aufhebung des Schießbefehls könnte auch bei ihren Einheiten ein sprunghaftes Ansteigen der Desertionen auslösen. Denn die Stimmung in den Garnisonen ist nach allem, was trotz größter Geheimhaltung nach außen dringt, hundsmiserabel. Den Soldaten wurde verboten, westliche Fernsehprogramme zu empfangen oder Radiosendungen aus dem Westen zu hören. Die Politoffiziere verdächtigen besonders das Werbefernsehen, die Soldaten zu demoralisieren. „Das macht einfach Appetit auf westliche Lebensart", sagte der frühere Oberstleutnant der „DDR"-Grenztruppen, Dietmar Mann, der WELT. Der im Sommer unweit der Stelle, an der am Sonntag die beiden Sowjetsoldaten die Grenze überwanden, nach Niedersachsen geflüchtete Bataillons-Kommandeur weiß, wovon er spricht.

In 18 Jahren Militärdienst hatte er stets Kontakte mit den Russen. Dennoch nimmt Dietmar Mann nicht an, daß die Sowjets die „DDR"-Organe bei der Grenzsicherung in vorderster Linie ablösen werden. Die Deutschen hätten sich bei der „Drecksarbeit" bewährt, auch wenn einige Posten offensichtlich Flüchtlinge nicht bemerken wollen und absichtlich danebenschießen.

Die Sowjets sähen sich aber auch nicht in der Lage, die Funktionen des elektronischen Sicherungsapparates entlang der innerdeutschen Grenze zu garantieren. Dieses hochtechnische Sperrsystem sei erstmals aus „DDR"-eigener Produktion aufgebaut worden, erklärte Mann der WELT. Den Russen fehle für die reibungslose Kontrolle und Wartung der logistische Apparat. Es mache sich bemerkbar, daß es an Fachleuten, gut ausgebildeten Handwerkern und Technikern, in der Truppe mangelt. Die Personaldecke der Nachschub- und Reparatureinheiten sei zu dünn. „Wenn die Sowjets direkt an der Grenzlinie auf Posten ziehen, würden viel mehr Russen fliehen", meinte Ex-Kommandeur Mann. Vor seiner Flucht wurden die Jagdkommandos zu monatlich drei bis vier Razzien nach sowjetischen Deserteuren im Hinterland der Grenze alarmiert.

NRW-Mediengesetz noch vor der Wahl?

breu. Düsseldorf

Die SPD will das umstrittene nordrhein-westfälische Mediengesetz nun doch noch in der kommenden Woche verabschieden. Der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Rau sowie SPD-Fraktionschef Farthmann befürchten offenbar, bei einem Aufschub bis nach der Bundestagswahl ihren von dem linken Parteiflügel abgelehnten Entwurf nicht mehr durchsetzen zu können. Nun scheinen auch die Düsseldorfer Oppositionsfraktionen CDU und FDP erneut eine Kompromißlinie zu suchen. Mehrere Verfassungsrechtler haben inzwischen die Auffassung vertreten, daß das geplante „Zwei-Säulen-Modell" – Programmgestaltung und Finanzierung sind strikt getrennt – in seiner jetzigen Gesetzesdefinition kaum einer Klage standhalten dürfte.

Bonn will Privatfunk weiter unterstützen

DW. Bonn

Der Bund wird auch zukünftig dafür eintreten, daß die Existenzbedingungen des privaten Rundfunks verbessert werden. Das versicherte der Medienbeauftrage der Bundesregierung, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, bei einer Begegnung mit Medienpolitikern sowie Vertretern von Verlagen, Verbänden und Fernsehanstalten. Einigigkeit bestand darüber, daß die Länder jetzt dringend einen gemeinsamen Medienstaatsvertrag abschließen sollten.

Der Bundestag als „Lernort"

ag. Bonn

Der Bund Deutscher Zeitungsverleger hat sich gestern beim Präsidium des Deutschen Bundestages für die Zusammenarbeit an dem Projekt „Zeitung in der Schule" bedankt. BDZV-Geschäftsführer Volker Schulze wies darauf hin, daß der Bundestag seit 1982 über 2000 jungen Zeitungslesern in 40 Seminaren die Möglichkeit gegeben habe, mit dem Bundestagspräsidenten und Abgeordneten aller Fraktionen über politische Themen zu diskutieren. Als Ergebnis dieser Bildungsarbeit überreichte Schulze die Dokumentation „Lernort: Deutscher Bundestag", mit dem der BDZV und das projektbegleitende „Institut zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren" Rechenschaft über die Kooperation von Presse und Parlament ablegen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Den DDR-Kommunen nicht anbiedern"

Frankfurter CDU rät bei Partnerschaften zur Zurückhaltung

D. GURATZSCH, Frankfurt

Der Frankfurter CDU-Fraktionsvorsitzende Gerhard Wenderoth hat zu einer „kritischeren Betrachtungsweise" beim Abschluß von Städtepartnerschaften mit „DDR"-Kommunen aufgerufen. Einen Tag, nachdem der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), im Saarländischen Rundfunk weitere Städte der Bundesrepublik zu Partnerschaften ermuntert hatte, riet Wenderoth in einem Gespräch mit der WELT, sich „nicht anzubiedern". Frankfurt jedenfalls, das wie einige andere Städte an einer Partnerschaft mit Leipzig interessiert wäre, werde „nach wie vor Zurückhaltung" üben.

Windelen hatte zwar auf die unterschiedliche Interessenlage westdeutscher und mitteldeutscher Städte beim Abschluß von Partnerschaften hingewiesen und betont, für „DDR"-Städte seien außenpolitische Aspekte wichtig, für Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland stünden dagegen Begegnungen mit Bürgern im Vordergrund. Dennoch hatte der Minister erklärt, die Bilanz der ersten derartigen Partnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt sei „positiv". Es habe sich gezeigt, daß die Vorteile die möglichen Belastungen überwiegen.

Demgegenüber meinte Wenderoth, der Minister habe sich hier offenbar „etwas weiter vorgewagt, als es die bisherige Politik der Bundesregierung war". Wenderoth zur WELT: „Wir sind nicht grundsätzlich gegen Städtepartnerschaften. Aber das Problem mit den DDR-Städten ist, daß zwar Begegnungen von Funktionären und Stadtoberen zustande kommen, aber der Bürgeraustausch auf erhebliche Schwierigkeiten stößt und daß die Funktionäre auch gar nicht so sehr erpicht sind, diesen Bürgeraustausch nach vorn zu bringen und darüber Gespräche zu führen, sondern über Abrüstung, atomwaffenfreie Zone und dergleichen mehr."

Auf die Frage, ob Städte mit einer zurückhaltenden Einstellung wie Frankfurt nicht den Anschluß verpassen könnten, da allein in Baden-Württemberg bereits 60 Kommunen Partnerschaften mit „DDR"-Städten in Betracht ziehen, antwortete der CDU-Politiker: „Die Angst habe ich eigentlich nicht. Wenn das solche Ausmaße annimmt, dann wird es ja allein schon von der Zahl her dazu kommen, daß jede DDR-Stadt und – Gemeinde mehrere Partnerschaften haben müßte." Leipzig wisse, daß Frankfurt durchaus Interesse habe. Das ergebe sich allein schon aus der Tatsache, daß zumindest die Frankfurter SPD-Fraktion im vergangenen Jahr in Leipzig gewesen sei und wegen einer Partnerschaft vorgefühlt habe. Aber sie sei „frustiert zurückgekommen". Wenderoth: „Die haben keinen Ton mehr drüber gesagt. Die bekamen zu hören: Das geht nicht. Punkt!"

Neues Abrüstungsangebot an den Warschauer Pakt

Frankreich nimmt an Verhandlungen teil / KSZE-Untergruppe

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Am kommenden Freitag wird die NATO am Schluß der Brüsseler Tagung der Außenminister ein neues Angebot an den Warschauer Pakt zur Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in ganz Europa unterbreiten. Der neue NATO-Ansatz für die konventionelle Abrüstung „vom Atlantik bis zum Ural" geht auf eine alte französische Idee zurück. Er wird wahrscheinlich dazu führen, daß die bisherigen Konferenzen, die sich wie die Wiener MBFR- und die Stockholmer KVAE-Runde mit konventioneller Abrüstung und Vertrauensbildung in Europa befaßten, in einer noch nicht genau erkennbaren Form in eine neue Konferenz integriert werden dürften.

Aus westlicher Sicht entscheidend dabei ist, welche Rolle in der neuen Konferenz Frankreich als „spiritus rector" des europaweiten Ansatzes spielen kann. Dies war dem Vernehmen nach bis vor kurzem noch innerhalb der NATO strittig. Paris achtet streng darauf, zwar politisch der Allianz anzugehören, militärisch will es aber eigenständig sein.

Inzwischen aber besteht Paris nicht mehr darauf, daß sich die europäische Abrüstungskonferenz ausschließlich im Rahmen des KSZE-Prozesses der 35 europäischen und nordamerikanischen Staaten bewegt, dem als Ergebnis der Schlußakte von Helsinki auch die neutralen und ungebundenen europäischen Länder angehören.

Zwischen Franzosen und Amerikanern ist dem Vernehmen nach ein Kompromiß ausgehandelt worden, der als „Dach" der Abrüstungskonferenz zwar immer noch den KSZE-Rahmen vorsieht, in ihm aber eine Untergruppierung einrichtet, in der die NATO-Staaten einschließlich Frankreichs Verhandlungen „von Block zu Block" mit den Mitgliedsländern des Warschauer Paktes führen wollen. Mit diesem Kompromiß erfüllt die NATO das von den Außenministern Ende Mai im kanadischen Halifax gesetzte Ziel, einen Vorschlag für Abrüstungsverhandlungen mit dem Osten bis zur bevorstehenden Brüsseler Tagung auszuarbeiten.

Gestern abend hatten die vier Außenminister, die zum „Deutschlandtreffen" in London zusammengekommen waren, über die Einzelheiten des Angebots gesprochen, nachdem vorher die sogenannte „High Level Task Force" der NATO in Brüssel die Formulierungen dafür abgestimmt hatte.

Anders als bei früheren Ratstagungen der NATO waren die Außenminister der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland bereits 24 Stunden früher als sonst üblich am Vorabend der Konferenz zum Arbeitsessen beisammen. Die Ratstagung der NATO-Außenminister findet am Donnerstag und Freitag in Brüssel statt.

SPD will Ausschuß zur U-Boot-Affäre

p. p. Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion will heute die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragen, durch den der Verkauf von U-Boot-Plänen an Südafrika behandelt werden soll. Oppositionsführer Vogel erklärte, es sei wichtig, die Akten sicherzustellen. Die SPD vermutet diese im Kanzleramt, dem Außen-, Wirtschafts- und Finanzministerium. Es gehe um die Aufklärung eines rechtswidrigen Geschäfts, wobei „Helmut Kohl die Zentralfigur" sei und „immer tiefer" verstrickt zu sein scheine, sagte Vogel.

„Nicht die besseren Unternehmer"

DW. Stuttgart

IG-Metall-Chef Steinkühler hat die Gewerkschaften aufgefordert, „über den Abschied von der Gemeinwirtschaftsideologie nachzudenken, weil sie ihre reale Grundlage schrittweise verloren hat". Auf einer für das kommende Jahr geplanten Sonderkonferenz der Metaller zur Gemeinwirtschaft könne verdeutlicht werden, „daß wir die Illusion von den Gewerkschaften als den besseren Unternehmern fallenlassen können und die Funktion der Gewerkschaften als der besten Interessenvertretung bedingungslos verteidigen müssen."

Zum Vertrauen gehören auch die Menschenrechte

Von ANNEMARIE RENGER

Heute ist der Tag der Menschenrechte. Auch heute werden wieder fast überall auf der Welt Tausende von Menschen geknechtet, entwürdigt, gequält, ermordet. Frieden ist aber mehr als das Schweigen der Waffen. Frieden setzt Vertrauen voraus, und Vertrauen ist nur möglich, wenn überall die Menschenrechte gewahrt werden.

Am 10. Dezember 1948 verkündete die Generalversammlung der Vereinten Nationen unter dem Eindruck von zwölf Jahren Nazi-Barbarei feierlich die Rechte und Freiheiten des Menschen. Zu den verkündeten Freiheiten gehörten unter anderen der Anspruch jedes Menschen auf wirksamen Rechtsschutz gegen Handlungen, die sein Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit verletzen, das Recht auf Freizügigkeit, die Religions- und Meinungsfreiheit.



Annemarie Renger (SPD) ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

38 Jahre danach werden mehr Menschen als damals die Menschenrechte vorenthalten. Häufig genannte Staaten wie Afghanistan, Chile, Iran und Südafrika sind nur plakative Beispiele, über die die traurige „Normalität", die alltägliche weltweite Menschenrechtsverletzung, nicht vergessen werden sollte.

Öffentliche Kritik an Menschenrechtsverletzungen tut not. So hat der ehemalige Vorsitzende der Moskauer Helsinki-Menschenrechtsgruppe, Professor Jurij Orlow, deutlich gemacht, daß in der Sowjetunion die laute Kritik an den Menschenrechtsverletzungen Wirkung zeigt. Sie ist der sowjetischen Führung, die auf ihre internationale Reputation bedacht ist und nicht gerne im Rampenlicht internationaler Mißbilligung steht, unangenehm. Deshalb bringt sie oft Erleichterungen für die Inhaftierten mit sich, die bis zur Freilassung politischer Häftlinge gehen. Dazu müssen die Kritiker allerdings Namen und Fakten nennen.

Orlow, der bei einer Diskussionsveranstaltung des Deutschen Helsinki-Menschenrechtskomitees in Bonn über seine Erfahrungen mit sowjetischen Menschenrechtsverletzungen berichtete, wies darauf hin, daß die Moskauer Führung im jetzt abgelaufenen Jahr 17 der 830 politischen Häftlinge freigelassen habe. Diese Zahlen belegen, daß von einer echten Verbesserung nicht die Rede sein kann. Wenn die kritisierten Staaten Entspannung wirklich ernst nehmen, dürfen sie ihren Bürgern auch das Recht nicht streitig machen, die Einhaltung der Menschenrechte im eigenen Land zu überwachen.

Unsere Aufgabe ist es, die Regierungen aus ihrer Verantwortung für die Menschenrechte nicht zu entlassen. Immerhin konnte 1985 bei der KSZE-Folgekonferenz in Ottawa – zehn Jahre nach Zeichnung der Helsinki-Schlußakte – der westliche Standpunkt gegenüber den Teilnehmerstaaten aus dem Warschauer Pakt durchgesetzt werden, daß Kritik an der Menschenrechtspraxis anderer Staaten keine Einmischung in deren innere Angelegenheit bedeutet.

Bedingung für eine erfolgreiche Menschenrechtspolitik ist die eigene Glaubwürdigkeit nach innen und außen. Die Bundesregierung ist deshalb aufgerufen, selbst praktische Schritte im Dienste der Menschenrechte zu unternehmen. Dazu gehören Zeichnung und Ratifizierung aller internationalen Rechtsinstrumente zur Abschaffung von Folter und Todesstrafe. Der Bundestag hat hier das Seinige getan, indem er die Regierung vor fast zwei Jahren einstimmig dazu aufgefordert hat, der Folterkonvention des Europarates zuzustimmen.

Gerade wir in der Bundesrepublik Deutschland sollten aufgrund unserer eigenen geschichtlichen Erfahrung besonders sensibel gegenüber jeglicher Menschenrechtsverletzung sein, auch wenn die Menschenrechte bei uns nicht nur von der Verfassung garantiert, sondern selbstverständliche Wirklichkeit geworden sind.

Erfolge werden sich nicht gleich morgen einstellen. Aber wiederholtes Mahnen, der ständige Zeigefinger in der Wunde, kann auf die Dauer den notwendigen Fortschritt bringen, der dann auch ein solides Fundament für eine internationale Entspannung schafft.

Der Stimmenwilderer von Dachau lädt wieder durch

Von PETER SCHMALZ

Von Beruf ist Hans Hartl Rechtsanwalt wie Ludwig Thoma, der in Dachau im gleichen Anwesen wohnte, das heute Hartls Adresse ist. Und wie Thoma weniger durch seine advokatische Brillanz denn durch seine Briefe des Abgeordneten „Josef Filser" bekannt wurde, so macht auch Hartl eher durch seine politischen Streiche von sich reden: Er wird „Stimmenwilderer" gescholten, weil er als SPD-Kandidat zur Landtagswahl mit einer teuren Werbekampagne eine Million Bürger in Oberbayern um ihre Zweitstimme bat und sich damit vom aussichtslosen 27. auf den sechsten Listenplatz vor- und in den Landtag hineindrängelte. Ein Genosse empfing den Dachauer in der ersten Fraktionssitzung mit dem derben Ausruf: „Du bist ein Schwein."

Das gab einen Ordnungsruf, aber keinen Widerspruch. Seither sind knapp sieben Wochen vergangen, doch der Grant der Genossen über den Dachauer hat sich keineswegs gelegt. Daß der interne Streit mit Hartl mitten im Bundestagswahlkampf jetzt sogar einen neuen, peinlichen Höhepunkt erreichte, wurde durch eine Anzeige verursacht, die in zwei großen oberbayerischen Tageszeitungen nahezu 500 Quadratzentimeter bedeckte und deren fette Schlagzeile lautete: „Wehret den Anfängen! SPALTET sich die SPD?" Rechts unten, nach den Namen von 30 sozialdemokratischen Funktionsträgern, ist das offizielle Emblem der bayerischen SPD zu erkennen.

Aufgegeben wurde sie vom SPD-Unterbezirk Dachau, dem Hans Hartl vorsteht. Er meinte gestern gegenüber der WELT: „Ich gehe davon aus, daß die Annoncen von der Partei bezahlt werden." Das aber ist schon deshalb pikant, weil dadurch mit SPD-Geldern öffentlich eine Institution attakkiert wird, die sich mit sozialdemokratischer Prominenz wie Vogel, Glotz, Schöfberger und Hiersemann schmücken kann.



Als einziger SPD-Abgeordneter mit Janker und Hut zur konstituierenden Sitzung: Hans Hartl FOTO: DPA

„Forum Republik – Kulturforum der Sozialdemokratie Dachau" nennt sie sich und wurde nach Hartls Ansicht unter so dubiosen Umständen gegründet, daß er in der Anzeige die Frage formulierte: „Wurden von der südbayerischen SPD damit die Weichen für eine Spaltung der SPD gestellt?"

Dies alles erscheint auf den ersten Blick verwirrend, weshalb eine Rückblende angebracht ist: Es war 1980, als Hartl, ein gebürtiger Dachauer, von der CSU über ein rasch verschiedenes „Bürgerforum" zur SPD kam und sich mit Methoden an die Spitze des dortigen Unterbezirks boxte, die zwar von einigen Genossen mit dem Wort „Machtübernahme" umschrieben wurden, die aber sehr ähnlich jenen waren, mit denen ein Jahrzehnt zuvor wilde Linke die Münchner SPD sich gefügig gemacht hatten. Schon nach kurzer Zeit brachte Hartl 15 der 17 Ortsvereine des Dachauer Unterbezirks auf seine Seite, während einige altgediente Sozialdemokraten der Partei enttäuscht den Rücken kehrten.

Ernsten Ärger bekam er aber erst, als er mit seiner mindestens eine halbe Million Mark teuren Zweitstimmen-Kampagne die SPD in den Ruch brachte, bei ihr sei es möglich, sich ein Mandat zu erkaufen. Es wurden Parteiordnungsverfahren gegen ihn eingeleitet, doch als Hartl zehn Tage nach der Bayernwahl als einziger SPD-Abgeordneter in korrekter Tracht mit schwarzen Stiefeln, roter Weste und dunklem, mit Silbertalern geschmücktem Wams zur konstituierenden Landtagssitzung erschien, war er kaum mehr gefährdet: Würde er ausgeschlossen und zum Fraktionslosen degradiert, schrumpfte die SPD-Fraktion auf 60 und verlöre deshalb je einen ihrer vier Sitze im Rundfunk- wie im Medienrat.

Gefahr droht aber im heimatlichen Dachau, wohin kürzlich ein ehemaliger bayerischer Juso-Vorsitzender zog und dort nach bundesweitem Muster ein „Forum Republik" ins Leben rief. Dagegen hat Hartl grundsätzlich nichts einzuwenden: „Eine gute Sache, wenn es sich auf kulturelle Ziele und Zwecke beschränkt."

Doch Hartl glaubt, berechtigten Anlaß zu Argwohn gegen das Dachauer Forum zu haben. Denn erstens wurde sein Vorstand von der Gründung nicht informiert und zweitens gab sich das Forum eine eindeutig politische Satzung. Um die „Verdeutlichung sozialdemokratischen Denkens und Wollens in Stadt und Landkreis" werde man sich ebenso kümmern wie um „grundsätzliche und aktuelle Politik". Zugleich wurden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen, Umwelt und Kommunales gebildet. Hartl: „Das ist eine Partei neben der Partei."

Reform-Rückzieher Chiracs trägt Spannung in das Regierungsbündnis

Neue Phase im Verhältnis des Premiers zu Mitterrand / Nachdenken bei Parteien und Studenten

PETER RUGE, Paris

Die 5. Republik macht sich daran, die Scherben aufzuräumen, die die schweren Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizeikräften dem französischen Staat zugefügt haben.

Die Geste von Staatspräsident François Mitterrand, der Familie des bei den Unruhen im Quatier Latin zu Tode gekommenen Studenten Malik Oussekine das Beileid der Nation auszusprechen, hat die Frage laut werden lassen: War das alles nötig, mußte erst ein Toter zu beklagen sein, bis die Regierung Chirac zum Einlenken bereit war?

Statt Protestmarsch der Neubeginn eines Dialogs

Diese Nachdenklichkeit ist allerorts zu beobachten – bei der Staatsführung, den Studenten, den Parteien und Gewerkschaften. Erstes Ergebnis: Dem für heute angesetzten Generalstreik haben alle Arbeitnehmerorganisationen bis auf die kommunistische CGT ihre Unterstützung entzogen; sie halten einen landesweiten Protest nach Rücknahme des Hochschulplans „Devaquet" durch die Regierung für überflüssig.

Die Parteien bewerten die Vorgänge unterschiedlich. Während der Generalsekretär der Gaullisten, Jaques Toubon, die „Rückkehr zur Ruhe" begrüßt, sieht der Koalitionspartner, die UDF, eher den „Neuanfang des Dialogs mit den Studenten".

Erstaunlich ist die moderate Haltung der Sozialisten. Der erste Sekretär, Lionel Jospin, zollt dem Entschluß von Jaques Chirac Respekt, findet aber, daß die Entscheidung „zu spät fiel". Allein die Kommunisten sprechen vom „Sieg der Straße", dem sich diese bürgerliche Regierung zu beugen hatte.

Aufkommende Siegesfreude bei den Studenten hat stiller Trauer Platz gemacht. Der Zug der etwa 30 000 Jugendlichen durch Paris, der sich nach der Regierungsverlautbarung bildete, führte von der Sorbonne zur Bastille ohne Zwischenfälle. Das läßt hoffen, daß der für heute angesetzte „Gedenkmarsch" für den toten 22jährigen Studenten ähnlich diszipliniert abläuft.

Die studentischen Vertretungen hatten sich auf das Entschiedenste von den Straßenschlachten distanziert, die am Wochenende die Republik an den Rand eines inneren Notstandes gebracht hatten.

Diese Besinnung auf der studentischen Seite kann den jetzt begonnenen Dialog mit der Regierung erleichtern. Für Chirac dürfte dabei alles davon abhängen, wie schnell er und seine angeschlagene Mannschaft das Vertrauen zurückgewinnen. Der inzwischen vom Staatspräsidenten angenommene Rücktritt von Hochschulminister Devaquet ist ein Opfer. Wie lassen sich die anderen Blessuren heilen? Innerhalb des bürgerlichen Regierungsbündnisses traten deutlich Spannungen auf.

Das Verhältnis Chiracs zu Mitterrand ist in eine neue Phase getreten. Der Staatspräsident rechnet es sich an, den Regierungschef zur Rücknahme der umstrittenen Hochschulreform, veranlaßt zu haben.

Für behutsames eher denn forsches Vorgehen

Bei der UDF, dem liberal-christlichen Partner der Gaullisten, ist der Einfluß der Gruppe um François Leotard deutlich zu Tage getreten. Der Generalsekretär der Giscardisten, der im Kabinett das Amt des Kulturministers ausübt, war zusammen mit drei anderen Ministern seit Freitag bei Jacques Chirac vorstellig geworden, um eine Änderung des Kurses zu erreichen. Chirac riskierte es also, zwischen mehrere Fonten zu geraten.

Die Lektion, die die Regierung aus den Studenten-Unruhen der letzten Tage ziehen dürfte: Statt forschem Vorgehen beim Reformkurs, wie dies die bürgerlichen Parteien während der ersten acht Monate nach dem Machtwechsel praktizierten, ist mehr Bedachtsamkeit angebracht.

Unruhen im Westjordanland weiten sich aus

lav., Jerusalem

Fünf Palästinenser wurden bisher bei den seit einer Woche anhaltenden Unruhen im Westjordanland getötet. Ausgelöst worden waren sie durch eine Demonstration palästinensischer Studenten an der Universität von Bir Zeit.

Das jüngste Opfer war ein zwölfjähriges Kind; Beobachter schließen nicht aus, daß die PLO über dessen Tod falsche Angaben machte. Der Junge geriet in eine Auseinandersetzung in der Nähe des Flüchtlingslagers von Balata bei Nablus. Später stellte sich heraus, daß der verletzte Junge noch vor Beginn der Schießerei in das Krankenhaus von Nablus eingeliefert worden war.

Die Unruhen haben sich inzwischen über einen großen Teil des Mittelsektors im Westjordanland – von Nablus südwärts bis Jerusalem – ausgebreitet. Einige Zwischenfälle gab es aber auch in Bethlehem und in Gaza. Es hat den Anschein, daß die Unruhen zentral gesteuert werden; „jeder Zusammenstoß bringt uns politischen Gewinn", sagte dazu ein Demonstrant.

. Dies zeigte sich, als der Weltsicherheitsrat Israel wegen der Unruhen mit 14 Stimmen und einer Stimmenthaltung verurteilte. Israel hatte mit einem amerikanischen Veto gerechnet; dies blieb aus.

Die amtliche israelische Reaktion war: „Die Resolution hat uns nicht überrascht. Der Sicherheitsrat hat nie etwas zum Frieden in unserer Region beigetragen und tut es auch jetzt nicht." Dem israelischen Außenministerium ist jedoch klar, daß Jerusalem eine politische Niederlage erlitten hat.

Ausgelöst worden waren die Unruhen vor einer Woche durch den Tod von zwei Studenten der palästinensischen Universität Bir Zeit, die nach einem Angriff auf israelische Soldaten die Flucht ergriffen hatten. Sie blieben auch nicht stehen, als israelische Truppen Warnschüsse abgaben. Deren Vorgehen wiederum war die Reaktion auf Ausschreitungen in der Jerusalemer Altstadt, die mit der Ermordung eines jüdischen Passanten begonnen hatten. Die israelische Regierung beschloß, die Politik der starken Hand fortzusetzen, „um Ruhe und Sicherheit für Araber wie auch für Juden zu gewährleisten".

Im Mittelpunkt der jetzigen Unruhen steht – wie sehr oft – die Universität Bir Zeit. Einer ihrer Sprecher, der Lektor Asmi Bishara, gab in einem Fernseh-Interview offen zu, die Motive der Studenten seien politisch: „Wir kämpfen gegen die Okkupation. Unsere Universität ist ein Teil des Kampfes gegen die Besetzung ... Wir werden unsere Demonstrationen weiterführen, bis die Okkupation zu Ende ist." Und fügte hinzu: „Ich bin gegen den Gebrauch von Gewalt."

(SAD)

Freilassung inhaftierter Kinder gefordert

M. G./DW. Johannesburg

Die christlichen Kirchen in der südafrikanischen Provinz Natal haben in ihrer Weihnachtsbotschaft an die Kinder erinnert, die aufgrund der Notstandsgesetze im Gefängnis sitzen.

Zum Weihnachtsfest würden es möglicherweise fast 500 sein, hieß es gestern in einer gemeinsamen Erklärung der katholischen, lutherischen, anglikanischen und vier anderer Kirchen. Vergessen werden könne auch nicht, daß in den Wohngebieten der Schwarzen Tausende von Soldaten stationiert und daß die Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit stark beeinträchtigt seien.

Die amerikanische Regierung hat die Inhaftierung der Kinder als „abscheulich" bezeichnet. Der Ausnahmezustand sei ohnehin eine massive Verletzung der Menschenrechte, hieß es in einer Erklärung des Außenministeriums.

Sind es 256 oder 1700?

Der neue südafrikanische Polizeiminister Adriaan Vlok gab die Zahl der inhaftierten Kinder mit 256 an, gestaffelt nach Alter: ein Elfjähriger, sechs Zwölfjährige, 21 Dreizehnjährige, 88 Vierzehnjährige und 140 im Alter von 15 Jahren. Dagegen nennt die Frauenvereinigung „Black Sash" eine Zahl zwischen 1600 und 1700 Kindern.

„Black Sash"-Sprecherin Ethel Walt fordert die Freilassung der inhaftierten Kinder und weist darauf hin, daß der frühere Polizeiminister Louis le Grange schon im Februar im Parlament deren Zahl mit 2016 angab.

Sowohl „Black Sash" als auch die Sprecherin der Opposition für Recht und Ordnung und Abgeordnete der Progressiven Föderalen Partei, Helen Suzmann, führen die unterschiedlichen Zahlenangaben darauf zurück, daß die Polizei Angaben über verhaftete Jugendliche im Alter zwischen 16 und 17 Jahren verweigert.

Viele Kinder sind nach Ansicht von Frau Walt verhaftet worden, weil sie „zur falschen Zeit am falschen Ort" waren. Als Beispiel führt sie die Verhaftung von zwei Kindern an, die eine Gruppe randalierender und „Freiheitslieder" singender Jugendlicher beobachteten. Als die Polizei kam, liefen diese davon. Die Kleinen, die die Situation nicht begriffen hätten, seien von den Beamten festgenommen worden.

„Black Sash" bezichtigt die Polizei auch der Sippenhaft. Sie suche in einzelnen Familien jugendliche Aktivisten, die sich jedoch im Untergrund aufhielten. An ihrer Stelle habe man Geschwister festgenommen.

Ein Solidaritätskomitee der Eltern Inhaftierter bezichtigt die südafrikanischen Behörden des Mißbrauchs und der Folter der jungen Gefangenen. In anderen Vorwürfen hieß es, sie seien mit Kriminellen in einer Zelle eingesperrt.

Als „Schutzschild" benutzt

Frau Suzmann sagte dagegen der WELT, die Kinder würden getrennt von kriminellen und erwachsenen politischen Häftlingen gehalten. Sie habe sich bei einem Besuch in einem Gefängnis im vergangenen Jahr selbst davon überzeugen können. Die Kinder seien verhaftet worden, weil sie sich an Brandstiftung, Zerstörung öffentlicher Verkehrsmittel und dergleichen beteiligt hätten. Sie forderte, die Kinder endlich vor ein ordentliches Gericht zu stellen und sie nicht länger in Haft zu halten.

In der Tat werden Kinder bei Demonstrationen von deren Anstiftern oft als „Schutzschild" in die vorderste Reihe gestellt. Sie sind leicht beeinflußbar und können in vielen Fällen nicht die Tragweite ihres Handelns übersehen. Einigen der inhaftierten Jugendlichen wird vorgeworfen, sich auch an den „Halsband-Morden" (mit Benzin gefüllte Autoreifen werden über Brust und Knie gezogen und dann angezündet) beteiligt zu haben.

Peres: Wir müssen eine internationale Methode der Terrorbekämpfung finden

Israel spielt, wie die iranisch-amerikanische Affäre zeigt, in der internationalen Politik eine immer stärkere Rolle. Im WELT-Interview nimmt Außenminister Shimon Peres dazu Stellung. Mit ihm sprach Jürgen Liminski.

Herr Außenminister, können Sie die Beziehungen zwischen Israel und Iran beschreiben?

Peres: Wir haben keine.

Aber Sie haben Kontakte?

Peres: Das ist etwas anderes. Es gibt Privatleute, die Kontakte mit Iranern unterhalten. Bei unserer Hilfe für Washington haben wir uns von einem strategischen und einem humanitären Motiv leiten lassen. Schließlich sind auch drei Geiseln befreit worden. Ich schäme mich nicht dieser Hilfe. Wir haben es weder für Geld noch sonst einen Gewinn getan. Geld war von unserer Seite überhaupt nicht im Spiel. Wir haben geholfen, weil man uns darum bat.

Hilft Ihnen der Beistand bei Ihren Beziehungen mit Amerika oder erweist er sich als Störfaktor?

Peres: Ich sehe keinen Grund für eine Störung. In den Augen Amerikas sind wir ein 'enger Nicht-NATO-Verbündeter' (Non-NATO Major Ally). Wenn sich der Staub erst einmal gelegt hat, wird Israel als Gewinner dastehen.

Nicht wenig Politiker sind insgeheim an einer Fortsetzung des Verschleißkrieges am Golf interessiert. Können Sie uns etwas Menschliches über diesen Krieg sagen?

Peres: Dies ist menschlich und militärisch gesehen der teuerste Krieg in der Geschichte des Vorderen Orients. Eine Million Verwundete, Hunderttausende von Toten und Schäden in Höhe von 45 Milliarden Dollar. Beide Armeen sind gut im Graben, schwach in der Bewegung. Jede kann ihr Land verteidigen, keiner gelingt es, die Linien des Gegners zu durchbrechen. Die Entscheidung wird wahrscheinlich nicht an der Front fallen. Sie hängt von der internen Entwicklung in beiden Ländern ab. Schließlich handelt es sich ja auch nicht um eine rein militärische Auseinandersetzung, sondern um eine ideologische. Hier spielt Khomeini die Hauptrolle. Er ist Reaktionär und sehr gefährlich. Gewinnt seine Ideologie die Oberhand, wird es problematisch für den ganzen Nahen Osten und gefährlich für viele arabische Länder.

Die PLO faßt wieder Fuß in Libanon. Wird es zu einem zweiten Libanon-Feldzug kommen?

Peres: Nein. Es gibt einen großen Unterschied zur Situation von 1982. Die PLO stößt heute in ganz Libanon auf heftige Opposition lokaler Kräfte.

Glauben Sie, daß Syriens Präsident Assad direkt in den internationalen Terror verstrickt ist?

Peres: Wenn es sich nur um eine vereinzelte Terroraktion handeln würde, könnte Assad behaupten, dies sei ohne sein Wissen geschehen. Aber die Vorfälle häufen sich. London, Berlin, vielleicht auch noch an anderen Plätzen. Es ist nur schwer vorstellbar, daß alle diese Aktionen ohne seinen Befehl oder Zustimmung erfolgt sind. Ich bin überzeugt, er wußte alles.

Was halten Sie von der deutschen Reaktion?

Peres: Mir gefällt die britische. Ich glaube, daß Assad jetzt erkennt, daß er einen hohen Preis für seine Taten zahlen muß. Er wollte den Terror steuern wie ein Boot, vorne die Täter, hinten, unerkannt, der Steuermann. Aber jetzt ist das ganze Boot im Blick.

Was schlagen Sie vor zur Bekämpfung des Terrorismus?

Peres: Dem internationalen Terrorismus ist nur auf internationaler Ebene beizukommen. Wir stehen hier erst am Anfang. Die Völkergemeinschaft muß sich organisieren. Sanktionen, vor allem wirtschaftlicher Druck, sind ein Ansatz. Terroristen brauchen Geld. Wo kommen ihre Hunderte von Millionen Dollar her? Dieser Geldstrom muß gestoppt werden. Mit wirtschaftlichen oder anderen Mitteln. Hauptsache, man findet zu einer Methode.



Shimon Peres

Arbeiten Sie mit den Europäern zusammen?

Peres: Wir arbeiten mit allen zusammen, die daran interessiert sind.

Wie sieht das konkret aus?

Peres: Bisher eher bescheiden, vorwiegend auf Interpol-Ebene. Ich halte das nicht für ausreichend.

Liegt das an Israel oder an den Europäern?

Peres: An uns liegt es nicht. Man sollte dabei bedenken, daß die verschiedenen Sicherheits-Organisationen in einer Zeit mit anderen Fragen und Problemen entstanden sind. Die NATO zum Beispiel war eine Antowrt auf eine ganz bestimmte Bedrohung. Aber sie ist keine geeignete Organisation zur Bekämpfung des Terrors. Sie werden heute überhaupt keine internationale Organisation finden, die auf die Bekämpfung des Terrorismus spezialisiert ist. Deshalb ist es heute unbedingt notwendig, eine zusammenhängende internationale Organisation zu schaffen, die sich speziell mit diesem Problem befaßt.

Dürfen wir eine Frage zu Waldheim stellen?

Peres: Wollen Sie alle Konfliktstoffe in einem Interview behandeln? Ich möchte dazu nicht Stellung nehmen.

Zurück zum Terror: Es sieht so aus, als ob die PLO und andere Gruppen auf Zypern eine neue Infrastruktur aufbauen. Wie kann Israel darauf reagieren?

Peres: Noch einmal: Der Terrorismus ist nicht nur eine Aufgabe für Israel. Wir müssen eine internationale Antwort finden. Es gibt heute vier Länder, die den Terror unterstützen, Libyen, Syrien, Iran und Irak. Irak entwickelt sich zu einem sicheren Hafen für den PLO-Terror. Ich schlage nicht vor, daß wir diesen Ländern jetzt den Krieg erklären müssen. Aber wie der Fall Syrien zeigt, kann man sie auch mit anderen Mitteln beeindrucken. Wirtschaftssanktionen, Handelsboykott. Wenn sie unseren Luftverkehr gefährden, dann sollen sie selber nicht fliegen. Ganz einfach. Oder diplomatische Beziehungen und diplomatische Kuriere, auch hier läßt sich eine Menge tun. Militärische Gewalt muß nicht am Anfang stehen.

Wie steht es um die Normalisierungsbemühungen mit Moskau?

Peres: Man kann noch nicht von einer politischen Wende sprechen. Ihre Bereitschaft, zuzuhören, ist gestiegen, eine Wende ist das nicht.

Was tun Sie, um Moskau zu dieser Wende zu bewegen?

Peres: Nun, Sie sind ein bißchen größer als wir. Wir sind bereit, über die drei großen Themen – Juden in Rußland, Lage in Nahost und diplomatische Beziehungen – zu sprechen und zu verhandeln.

Sie haben für das kommende Jahr eine Welle von Initiativen angekündigt. Können Sie uns schon einige Details verraten?

Peres: Es gibt heute drei Länder, die bereit sind, im Rahmen einer internationalen Konferenz direkt mit uns zu verhandeln: Ägypten, Jordanien und Marokko. In vielen Fragen sind wir uns bereits einig. Offen ist noch, wer die Palästinenser repräsentieren soll, wer sonst noch an dieser Konferenz teilnehmen und wie lange diese dauern soll. Während der Konferenz werden wir in geographisch unterteilten Gruppen unabhängig voneinander Gespräche aufnehmen. Die Konferenz wird weder eine Lösung aufzwingen, noch bereits getroffene Abkommen hinfällig machen.

Das läuft auf die berühmten direkten Kontakte hinaus?

Peres: Ja.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN



WIR KÄMPFEN FÜR SIE

- Beseitigung betrieblicher Schwierigkeiten
- Organisations-problemlösungen
- Subventionsberatung
- Schwachstellenbeseitigung
- Liquiditätsverbesserungen
- Vertriebsberatung
- Krisenmanagement
- EDV-Beratung

Erfahrene Fachleute stehen für Ihre Beratung zur Verfügung.

fides

GmbH für Wirtschaftsberatung und Verwaltung
Kurfürstenstraße 22 · 4630 Bochum 1 · Tel. 02 34/5 85 64

Nebentätigkeit für
Handelsvertreter aller Branchen!

Suchen Sie Verkaufshallen für uns. Sie erhalten DM 500,- Erfolgsprämie.

Zuschriften unter A 7535 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Die paradoxe Leucht-Idee
– Der Millionen-Knüller –
Steigen Sie ein als
Gebietsleiter
ins neue Leucht-Zeitalter.
C. L. P. Vertriebsleitung
Tel. 0 26 81 / 31 44

Alleine kann man vieles, gemeinsam mit Gleichgesinnten jedoch viel mehr erreichen.

Direktverkauf/ Versandhandel

Wir möchten unsere Palette direkt beim Endverbraucher plazieren. Aufgrund der hohen Vorlaufkosten (Katalogerstellung, Versand usw.) benötigen wir dazu jedoch gleichinteressierte Partner, damit durch Kostenteilung das Ganze für jeden attraktiv wird. Für März/April '87 planen wir die erste gemeinsame Katalog-Aktion mit einem hochwertigen und exklusiven Angebot an vorhandene verkaufsaktive Adressen. Sollte auch Sie die lukrativste aller Vertriebsformen interessieren, so setzen Sie sich bitte umgehend unter W 7534 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen, mit uns in Verbindung.

Wir besuchen bundesweit den
Gastronomie-Fachhandel
und/oder die Gastronomie direkt!

Wir suchen: weitere Produkte, die wir über diese Schiene verkaufen können. Wir bieten: einen qualifizierten Außendienst und großflächige Lagermöglichkeiten. Unser Standort: Großstadt in Süddeutschland.

Ihre Angebote erbitten wir unter B 7536 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführender Gesellschafter
als Leiter eines INSTITUTES für Innere Medizin und Naturheilverfahren gesucht.

Wir, VITA-MED, haben die Idee der sog. „ambulanten Tagesclinicen für Naturheilverfahren unter ärztlicher Leitung" erfolgreich durch ein marktgerechtes, modernes medizinisches und Marketing-Konzept in der BRD Deutschland etabliert.

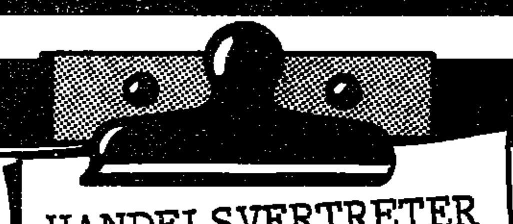
Im Rahmen unseres bundesweiten Expansionsprogrammes 1987 suchen wir:

adäquate Geschäftspartner mit Kapitaleinsatz zum gemeinsamen Aufbau von neu zu errichtenden Instituten in Großstädten und ausgesuchten Ballungsgebieten. Unser(e) Partner(in) sollte eine starke, aktive und unternehmungslustige Persönlichkeit mit Übersicht sein. Interesse an Naturheilverfahren Bedingung, med. Kenntnisse erwünscht, komplette Einarbeitung erfolgt über uns:






VITA-MED
Hauptverwaltung
Dietlindenstr. 15
8000 München 40
Tel. 0 89 / 36 50 95, Tx.: 5 218 382 vico d
Telefax: 0 89 / 3 618 056



... gesucht für ein neuartiges, innovatives und zukunftsweisendes

LAGER- UND TRANSPORT-GERÄTE-PROGRAMM.

Der Kundenkreis: Die gesamte produzierende Industrie. Der Groß- und Einzelhandel. Und alle Dienstleister, die Waren lagern, bewegen und transportieren.

Die Konditionen: Gebietsschutz. Lukrative Provisionen. Absatzförderung über Werbung. Mit Anzeigen und auf Messen.



JOHN SOME KG
4000 Düsseldorf 11 · Werftstraße 17
Telefon 02 11/50 40 34 · Telex 8 584 697

El Paraiso
LA RAPITA, MALLORCA
Für den Vertrieb von bemerkenswert günstigen Bungalows und Villen in parkähnlicher Umgebung an der Südküste suchen wir aktive Verkaufsorganisation.
EBV AG, CH-Horw/Luzern
Tel. 00 41 41 / 55 77 70

Für einen interessanten, neuen, sehr lukrativen
Mitnahme-Artikel
suchen wir Händler/Handelsvertreter aller Branchen.
Fordern Sie noch heute unseren Prospekt an bei
S. Zühlke Vertrieb
Fürstenwall 236
4000 Düsseldorf 1

Stahl-Schnellbauhallen, Container für Büro, Sanitär und Lager, neu und gebraucht, großes Mietlager. Graeff-Convec. 68 MA, 06 21 / 89 40 71, Büro, 42 Oberhausen, 02 08 / 66 37 66

Manager auf Zeit
Promov. Dipl.-Kaufmann, erfolgr. Führungskraft, spezialisiert auf Rationalisierung, Liquiditätsverbesserung, Reorganisation, Verkaufsförderung, sucht herausfordernde, neue Aufgabe auf Zeit i. mittelständischen Bereich v. Handel u. Industrie, evtl. spätere Teilhaberschaft.
Ang. unter X 7513 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Aktive Beteiligung
wird geboten f. Naturstein-Großhandel: 8 Beschäftigte, 8 Mio. Umsatz, über 25% Rohgewinn, 1 Mio. Stammkapital; gesucht wird **Geschäftsführer;** geboten angemessenes Gehalt und Tantieme sowie Gewinnanteil bei Ausschüttung.
Ernstgemeinte Angebote unter W 7512 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftsdatenbank
Hunderttausende Bezugsadressen aus aller Welt
Alle Warengruppen. Selektiv abrufbar über Wirtschaftsdatenbank. Fordern Sie noch heute kostenlos, unverbindlich, keine Vertreter, Ihre Information an.
WEHAKO, Postfach 12 68
3582 Felsberg, ☎ 0 56 62 / 15 58

SPEZIALDETEKTEI
Erfahren und diskret
* Weltweite Personenauffindung (Großschuldner, vermißte Personen, Rückführung von Kindern etc.)
* *Lösung von außergewöhnlichen Problemen aller Art*

Nuhn-Bode & Partner
D-5300 Bonn, Riemannstr 25
Zentralruf Tag u. Nacht
02 28 - 37 99 55

Nie wieder Einbruch!
Loxxon-Hermetic C Alarmcomputer
Nur DM 2850,-. – Info: Chemiestr. 21
6840 Lampertheim, T. 0 62 06 / 5 57 18
Auch Vertriebspartner willkommen!

Repräsentant Südkorea
erf. i. Handel m. Industriegüt. u. Ind.-Anl., Büro in Seoul, biet. Vertretung od. Niederl. i. Korea. Korean., Dtsch. u. Engl. in Wort u. Schr. Zuschr. u. V 7533 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

---

dyna-chemie GmbH
Für den bundesweiten Vertrieb von konkurrenzl. biolog. abbaub. Reinigungsmitteln vergeben wir Verkaufsdirektionen. Mindestkapital für Erstausstattg. 5000,– DM.
Telefon 0 48 / 7 32 10 15 / 16

Tel. 02 01 / 48 00 24 **DM 4,70!**
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederweniger Str. 49, 4300 Essen 15

China-Geschäft
Möchten Sie am wachsenden Chinahandel profitieren? Dienstleistungsunternehmen sucht einen Herrn (oder Dame) pro Bundesland für Geschäftsstelle auf Franchise-Basis. Erforderlich DM 30 000.-.
Angeb. unt. N 7372 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer
50 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, Ingenieur FH Maschinenbau und Starkstromtechnik. Erfahrungsschwerpunkte sind Entwicklung und Konstruktion, Projektierung und Vertrieb von elektrotechnischen Anlagen und Maschinen.
Langjährige Führungserfahrung in international tätigem Konzern.
Seit Jahren erfolgreich tätig als alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens der Elektrotechnik mit hohem Exportanteil.
Suche adäquate neue Aufgabe.
Zuschriften unter U 7532 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Verkauf – Marketing
Dipl.-Kfm., 39 J., mit berufl. Erfahrung in Handel und Industrie, seit 5 J. Verkaufsleiter bei einem marktführenden Konsumgüterhersteller, möchte sich in den Raum Hannover verändern. Interesse besteht auch für andere Aufgaben, z. B. Unternehmensberatung, Verlag o. ä.
Zuschr. erbeten unter L 7525 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Repräsentant
35 J., (HS u. Diplom), bisher. Tätigkeit: Organisation, Logistik, Einkauf für techn. Einricht., insbes. im Schiffahrtsbereich u. -Agenturen, Fremdspr.: Engl., Portug., Span. (Grundk.), ca. 10 J. Auslandserf. Suche z. 1. 2. 87 neuen Tätigkeitsber., auch Verkauf mögl. Antwort mit Verzöger., z. Z. noch im Ausland. Angeb. u. E 7539 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verwalter- o. ä. Tätigkeit
im Ausl. ges. v. dt. Ehepaar, 33/28, kinderlos, gebildet, fleißig, zuverl., handwerkl. u. in Haushaltsführg. erf. Keine finanz. Interess., ledigl. Existenzsicherung angestrebt. Zuschr. u. M 7415 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Erf. Verk.-Berater
39 J., z. Z. selbst. im Heizungs-, Klima-, Lüftungs-Bereich, sucht interess. Tätigkeit, Raum HH + SH, Nord-NS. Zuschr. unt. X 7424 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann f. Vertrieb
Hamb. Raum, su. lukr. Aufgabe, Repräs./Vertretung. Sprachen: Engl., Schwed., Span., Portug. Angeb. u. F 7540 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Italiener
40 J., Kaufmann, 6 J., Zahlmeister (Passagierschiff), 7 J. Devisenhändler + Außenhandelsbeauftragter einer österr. Bank, Leiter einer deutschen Niederlassung in Italien (DM 120 Mio. Umsatz), ausgez. Umgang mit Kunden, dynam., sehr belastbar, seriös u. korr. Organisation, Vertrieb, allgem. Verwaltung, Personalbüro, Innen- u. Außendienst. Deutsch, Engl., Span., Port., sucht neues Aufgabengebiet als Geschäftsf. bzw. Leiter, auch im Ausland/Übersee (Südamerika bevorzugt).
Tel. 00 39 / 0 18 / 36 43 08

Erfolgsorientierter Kaufmann
35 J., sucht die Herausforderung, vielseitige Erfahrung, Vertrieb, Organisation u. Personalführung, verhandlungsstark auf Führungsebene, Aufbau bzw. Ausbau einer Handelsvertretung od. Verkaufsorganisation in Norddeutschland.
Zuschr. erb. u. N 7546 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankdirektor
Langjährige Praxis im Passiv- und Wertpapiergeschäft, Liquiditätssteuerung, Filialaufbau und Management. Verhandlungs- und sprachgewandt, div. Auslandsaufenthalte, (Mitte 40), sucht aus ungekündigter Stellung neuen Verantwortungsbereich.
Zuschriften erbeten unter L 7544 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kapitän (AG)
Dipl.-Wirtschaftsing. für Seeverkehr, 42 J., seit 9 J. als Kapitän in der gr. Fahrt tätig, vielseitig erfahren, mit mehrjähr. Bauaufsichten im In- u. Ausland, Ausb. z. Sicherheitsing., fl. Englisch, verantwortungsbew., flexibel, belastbar u. ortsungebunden, sucht zum 1. 1. 87 oder später entsprechende ausbaufähige Landstellung. Auch freie Mitarbeit oder Beteiligung an Unternehmen im In- und Ausland angenehm.
Angebote unter T 7420 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufs-Profi-Trainer
47 J., nachweisliche Spitzenerfolge (Investitionsgüter). Seminare u. Praxis in Menschenführung (Harzburger Modell) u. Verkaufstraining. Dynamisch und ehrgeizig. Verhandlungspraxis auf allen Ebenen bis hin zu Geschäftsleitungen deutscher Großunternehmen (Rahmenverhandlungen).
Kann Ihr Verkauf noch einen Schuß Motivation zusätzlich vertragen?
Suchen Sie im Großraum Düsseldorf einen Verkaufsleiter und -trainer?
Angebote unter L 7503 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkauf Norddeutschland
Dipl.-Ing., gut eingeführt, m. Maschinen- u. Anlagen in der chemischen, pharmazeutischen Lebensmittel-, Farben- u. Lackindustrie, sucht neuen Wirkungskreis. Büro vorhanden.
Angebote unter W 7247 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportleiter
47 J., fließend Englisch und Spanisch, Französisch-Kenntnisse, m. langj. Erfahrung im Konsum- und Investitionsgüterbereich, Schwerpunkt Planung, Akquisition, Marketing und Verkauf. Auslandserfahrung, z. Z. in ungekündigter Position, sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote unter X 7248 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Facharbeiter, 38 J.
für Kompressoren/ges. Druckluftprogr., in ungek. Stellung, sucht neuen Wirkungskr., gel. Kfz-Mechaniker u. Führersch. Kl. III. Zuschr. u. G 7389 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Informatiker
sucht ab 1. 1. 1987 eine Stelle.
Tel. 07 21 / 49 18 73

Dame
50 J., unabh., belastb., sucht n. langj. leit. Tätigk. i. Ber. Rechn.-Wes./Finanz. inf. Umstruktur. verantw. Tätigk. z. 1. 1. 87 od. spät. Raum Hbg. bevorz. Zusch. u. P 7417 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

---

51 – na und?
aktiver, absolut zuverl. ehem. Zentraleinkäufer einer Kaufhausgruppe (Hartwaren) sucht neue, verantwortungsvolle Position möglichst im Südwesten der BRD, auch Außendienst.
Ausführl. Zuschr. u. S 7530 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Leiter Rechnungswesen

AKTIVA — meine Bilanz	PASSIVA
ANLAGEN: Orga-Talent, Engagement, kooperativ, teamorientiert, flexibel, sich. Auftreten, ideenreich	HYPOTHEK: 51 Jahre
AUSBILDUNG: Ind.-Kaufmann, Betriebswirt, engl. Intermed., Plankostenrechn., Ausbilder-Eign.	EVENTUALVERBINDL.: mögl. Nordd., ideal. Hamburg
BRANCHEN: Maschinenbau, Handel, Leasing	
ERFAHRUNGEN: Rechnungswesen, EDV-PC-Anwendg., Administration, Berichtsw. MIS, betriebl. Ausbild., Vertragswesen, Steuern u. Vers., Kreditprüfung, Refinanzierung, Konz.- u. Fam.-Untgl., 23 Berufsjahre	mein EIGENKAPITAL

Angebote unter G 7441 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Betriebswirt
mit Englischkenntnissen, EDV-Ausbildung in BESSIC COBOL Datenbanken, Assembler, IBM 4361, SSX-VSE, CICS-VSAM JECF, sucht ab sofort od. z. 1. 1. 1987, neuen Wirkungskreis i. kaufm.- oder Verwaltungsbereich. Angebote unter Y 7249 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fachmann – Gastronomie
38 J., langj. Erfahrung sowie erfolgr. Selbständigkeit in der Gastronomie. Absolvent der Hotelfachschule in Heidelberg, derzeit in der Immobilienbranche tätig, sucht neuen Wirkungskreis im Außendienst, Bereiche Brauerei, Nahrungsmittel, Getränkeindustrie. Gebiet Rheinl.-Pfalz, Saarland, südwestdt. Raum. Beste Referenzen.
Zuschr. unt. L 7414 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Hausdame
gebildet, unabh., sucht Führung eines größeren Hauses. Zuschr. erbeten unter K 7413 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekaufmann
42 J., techn. versiert, im Umgang mit Baubehörden, Architekten u. Bauunternehmen bestens vertraut, sucht lukratives Aufgabengebiet im Raum Niedersachsen auf freiberuflicher Basis.
Angeb. unt. G 7213 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsinspektor
f. Zeitungen + Zeitschriften sucht neuen Wirkungskreis. Nicht ortsgebunden!
Angeb. unt. C 7537 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Volljurist
34, ungebunden, 2. Examen befriedigend (= 7,55 Punkte, NRW), besondere Kenntnisse im Zivil-, Arbeits- (5 Monate Arbeitsgericht) und Verwaltungsrecht, präziser und ansprechender Formulierungsstil. Anwaltserfahrung in lebhafter Allgemeinpraxis, sucht Tätigkeit (ggf. halbt.), bevorzugt Raum NRW (aber nicht Bedingung).
Zuschr. erb. u. P 7528 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sped.-Kfm./Masch.-Bauer
sucht Arbeit als Dokumentenabwickler/Export, L/C-Sicher, Engl., Span. u. Franz.
Telefon 0 41 75 / 5 21

Studentin der Informatik
sucht kurzfr. dringend Praktikumsplatz (7 Wo.) ab 22. 1. 86 für letzten Ausbildungsabschnitt.
Tel. 0 40 / 5 31 52 17

Betriebswirt mit Meisterbrief Metallhandwerk
39 J., sucht ab Januar verantwortungsv. und ausbaufähige Aufgabe im techn.-kfm. Bereich im Innen- u. Außendienst, z. Zt. tätig im Verkauf techn. Orga.-Systeme im Innen- u. Außendienst in Hamburg.
Ang. u. M 7371 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Werkleiter
41 J., Maschinenbauingenieur, unternehmerisch denkend und handelnd, mit langj. Erfahrung in spanender u. spanloser Formgebung, Montage, Planung u. Steuerung, Materialwirtschaft u. Konstruktion, bestens vertraut mit CNC-Technologie u. EDV, sucht neuen, verantwortungsvollen Wirkungskreis.
Angeb. u. V 7511 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Personalfachkaufmann
26 J., verh., 8jährige Erfahrung im industr. Personalwesen, Weiterbildung auf dem Gebiet Personalbeschaffung u. -auswahl, belastbar, engagiert, in ungek. Stellung, sucht zum 1. 4. 1987 neue, entwicklungsfähige Position im Personalwesen eines Industrie- od. Dienstleistungsunternehmens, möglichst mit Aufgabenschwerpunkt Personalbeschaffung und -auswahl. Bereitschaft zur ständigen Weiterbildung vorhanden. Evtl. Startchance in einer Personal- od. Unternehmensberatung. Großraum Düsseldorf, Kreis Mettmann, Ruhrgebiet bevorzugt.
Zuschr. erb. unt. M 7526 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ingenieur (grad.)
49 J., langj. Erfahr. i. Personalbeschaff., Pers.-Verw., Planung, Budget, Arbeitsbewert., Beurteilungssysteme, Entgeltfind., Arbeitsrecht, Grundsatzfrag. u. Ablauforganisat. sucht neue Herausforder.
Zuschr. unt. D 7538 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Werbeleiter
Mitte 30, langjährige Erfahrung in der Handelswerbung, Schwerpunkt Direkt-Marketing, initiativ, kreativ, belastbar, fließend Niederländisch, gutes Englisch, sucht entspr. neue Führungsposition.
Zuschriften unter T 7531 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Speditionskaufmann
Mitte 30 – im Überseeverkehrswesen geprägte Berufspraxis im In- und Ausland – dienstleistungsorientiert und international verhandlungserfahren – fundierte Kenntnisse in den Bereichen Seeschifffahrt, Projektlogistik (Planung, Management und EDV-gestützte Abwicklung) und Vertragswesen –.
Erbitte Angebote für qualifizierte Aufgaben in adäquater Position (auch im Ausland) unter N 7527 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinenbauingenieur
45 J., led., Engländer, seit fast 20 Jahren Standort Großraum Hamburg, 2sprachig, engl. u. deutsch; ehemalig Schiffsbetriebstechnik, über 10 J. Erfahrung Pumpenvertrieb-Export Asien, Asean, Nahost, USA, GB, in ungekündigter Stellung, sucht gleichwertige, verantwortungsvolle Position, Maschinenbau/Export. Raum Hamburg/Schleswig-Holstein bevorzugt.
Zuschr. unter U 7510 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Er (39 J.)
Kfz-Mechaniker, Oberfeldwebel a. D. (Zugführer), 8 J. Seefahrt, handwerkl. begabt, Engl.-Kenntn.

Sie (38 J.)
Krankenschwester, 11 J. im Reisesektor, Geschäftsführerin, Personalerfahrung, werbeerfahren, Wettbewerbserfahrung

Beide
Lebenserfahrung, gepfl. Auftreten, verantwortungsbewußt, vertrauenswürdig
suchen
Aufgabengebiet wo Mitdenken und selbständiges Arbeiten erwartet wird (auch Ausl.).
Zuschriften unter S 7419 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Service/Verkauf
38 J. alt, Kundend.-Mont. f. Elektr.-Ger., 20 J. Erf., sucht f. Raum Eifel/Mosel Vertretung f. Serv.-Verk. zu übernehmen. Lagerr. vorh. Zuschr. u. R 7418 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Verkauf – Außendienstleiter, 37
Praktiker mit betriebswirtschaftlichem Background (Industriefachwirt), marktnah – strategisch, kreativ, mit Sinn für das Machbare, Marketing- und Messeerfahrung, sucht ab Mitte 1987 Aufgabe in adäquater Position in mittelständischem Unternehmen, bevorzugt NRW, HH oder Berlin.
Zuschr. erb. unt. U 7421 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Biologielaborantin
22 J., ortsungeb., mit Schwerpunkt Mikrobiologie, Ökologie und Erfahrung auf den Gebieten Biochemie, Biologie, Zellbiologie, Histologie und Mikrobiologie, sucht zum Januar 1987 interessante Stellung in einem Institut oder Industrieunternehmen.
Angeb. u. H 7412 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Kaufmann für Innen- und Außendienst
Sanitär, Heizung, Armaturen. Biete Erfahrung, Zuverlässigkeit, unternehmerische Verantwortung, Kontakte und Erfolg im Bereich Verkauf, Neukunden und Werbung. Auch Übernahme einer Werksvertretung möglich. 48 J., verh., suche zum 1. 1. 87 od. 1. 2. 87 ähnl. verantwortungsvolle Tätigkeit. Zuschr. u. N 7416 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt
32 J., vertriebsorientiert, sucht Brancheneinstieg im Handel, bevorzugte Sparten: Objektausstattung, Schmuck oder Konfektion für gehobene Ansprüche in Raum Norddeutschland.
Zuschr. unt. W 7423 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wowi-EDV-Kaufmann
Schwerpunkte Miet-WEG-Verw., Vermietung, Vers., sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. unt. V 7422 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GVL-Außendienst
sucht zum 1. 1. 87 entspr. Festanstellung. Neben führungserf. des AD möchte ich meine verkäuferische Qualifikation, abgerundet mit nachweisbarem Verkaufserfolg, gewinnbringend in eine seriöse Firma, zur Verkaufsentlastung des Inhabers, weiterhin erfolgreich einsetzen. Raum NRW/Westf.
Zuschriften unter R 7529 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater
35 J., verh., sucht verantwortungsv. Tätigkeit bei Wirtschaftsprüfer od. WP-Gesellschaft im Großraum Hamburg.
Zuschr. erb. u. M 7545 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Wir verkaufen
in Köln-Raderberg, in unmittelbarer Nähe der Deutschen Welle ein unbebautes, baureifes
Grundstück
zum Sonderfestpreis von DM 680 000,–.
Die Straßenfront ist 21 m und die Gesamtgröße 1390 m².
– Keine Maklergebühr –
Weitere Auskünfte erteilt:
BWV – Bank für Wirtschaft und Verkehr – Volksbank eG
5400 Koblenz, Tel. 02 61 / 4 94-2 33 oder 2 36

„. . . aber es gibt ein anderes Bahamas"
- ★ Politische Stabilität
- ★ Ein unabhängiger, demokratischer Commenwealth-Staat, welcher auch bietet:
- ★ Vollständig entwickelte Infrastruktur
- ★ Moderne Ausbildungs- und Sportstätten
- ★ Steuerbefreiung
- ★ Ausgezeichnete Produktions-, Handels- und Entwicklungsmöglichkeiten
- ★ Freie Überweisungsmöglichkeiten von Gewinnen
- ★ Geschulte und ausbildungsfähige Arbeitskräfte
- ★ Angenehme Temperaturen das ganze Jahr (30° C)

Sind Sie daran interessiert, in dieser freundlichen und schönen Perle der Karibik zu investieren, oder die Interessen des Landes wahrzunehmen?
Schreiben Sie bitte an:
Dr. odont. Sven Jarby
z. Hd. Frau C. Baum
Postfach 2 27, CH-9470 Buchs SG/Schweiz

Ökologisch und ökonomisch
Ein Beteiligungsangebot aus dem Bereich des Umweltschutzes.
Deutsche Gesellschaft
für Anbau und Verwertung nachwachsender Rohstoffe i. G.
Informieren Sie sich: Telefon 0 64 75 / 82 90 oder 0 61 92 / 2 48 39

Einmalige Gelegenheit
Wir verkaufen in der Zentralschweiz sehr schöne, neue
2½-Zimmer-Dachwohnung
mit Cheminée und Garage. Herrliches Ski- und Wandergebiet, ruhige, sonnige Lage. Sämtl. Komfort. Preis Fr. 355 000,–.
Anfragen sind erbeten an:
Galliati + Banz AG
Dorfstr. 19, CH-6030 Ebikon/Luzern
Tel. 00 41-41-33 25 55

Wohn- und Geschäftshaus
in norddeutscher Großstadt (Innenstadt), Mieteinnahmen p. a. 700 000,- DM netto, zu verkaufen.
Fa. I. C. B. GmbH
Tel. 04 21 / 34 70 53, 34 70 64
Tx. 2 45 348

Schweden/Bauernhof, 4 ha
Jagdrecht 3800 ha., v. Privat, 135 TDM.
Tel. 04 61 / 6 43 25

18% Miete p. a.
6 Jahre, garantiert
P & R-Container-Leasing
Fa. Tel. 0 89 / 2 71 69 59

Liechtensteinische Gesellschaft sucht von Privat einige
Renditeobjekte (Häuser + Grundstücke)
in Düsseldorf und Köln gegen Barzahlung.
Diskrete Abwicklung zugesichert.
Angebote unter Chiffre J 13 095, IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

STELLENANGEBOTE

Kundenberater
gesucht für Düsseldorf/Köln.
Möchten Sie exklusiv für renommiertes Maklerunternehmen tätig werden? Haben Sie Erfahrung in Vermarktung von EW und/oder Mehrfam.-Häusern? Dann bekommen Sie eine echte Chance, gute und stabile Erfolge zu erzielen.
Bitte wenden Sie sich an
Frau HAAG, Tel. (0 61 74) 29 00 12

Existenzgründung
Alteingesessenes Eheinstitut sucht seriöse Filialleiter/in zur Leitung einer Filiale.
Institut Monika Weiß
Viktoriastraße 40
4600 Dortmund 1
Tel. 02 31 / 52 72 19

Telefonische Anzeigenannahme
Essen-Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 24



Wir sind ein führendes Unternehmen für die Planung, Lieferung und Betreuung von elektronischen Anlagen und Systemen.

Infolge der expandierenden Projektaktivitäten wächst unser Unternehmen ständig. Das größere Geschäftsvolumen führt zu neuen, interessanten und vielfältigen Tätigkeiten.

Für unsere Ausbildungsvorhaben in Bonn und Königsbrunn suchen wir zum baldmöglichen Eintritt:

System-Ausbilder
Ausbildungs-Projektleiter

für die Bereiche
- Militärelektronik
- Flugabwehr-Raketensysteme
- DV/PC Hard- und Software

Wir erwarten neben einer Ausbildung als Diplom-Ingenieur Elektronik und/oder Informatik die Bereitschaft zum flexiblen Einsatz sowie pädagogische Fähigkeiten und englische Sprachkenntnisse.
Auch berufserfahrene Ingenieure, die bisher noch nicht als Ausbilder tätig waren, sprechen wir mit unserer Anzeige an.

Stellen diese Aufgaben eine Herausforderung für Sie dar? Haben Sie Interesse an einer Mitarbeit in unserem Hause? Dann bewerben Sie sich mit Ihren aussagefähigen Bewerbungunterlagen.

Erfahrung für kreative Systemlösungen in der modernen Nachrichtentechnik

ELEKLUFT
Elektronik- und Luftfahrtgeräte GmbH
Justus-von-Liebig-Straße 18
5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 66 81-3 87 (Herr Drüke)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Sachkundige?

Sehr geehrte Damen und Herren,
in seinem Beitrag schildert Uwe Bahnsen die Ergebnisse einer evangelischen Landessynode, die meint, man müsse sich auf die Dauer von Techniken trennen, die dem Auftrag Gottes zur Bewahrung der Schöpfung widersprächen.

Sicherlich richtig, aber – da dies gegen die Kernkraft gezielt war – hat der auf der Synode geballt vorhandene Sachverstand auch bedacht, wie gefährlich unsere Welt ohne die friedliche Nutzung der Kernenergie werden wird?

Wo ist denn verbrieft, daß diese friedliche Nutzung „einen schöpfungsfeindlichen Lebensstil unserer Gesellschaft" mit sich brächte, nach dem falschen Glaubenssatz, Kernkraftbefürworter seien für Verschwendung?

Beide Fragen sollten einmal mit Christen der Dritten Welt beraten werden statt im nordelbischen oder deutschen Musterländle.

Wer Hunger hat, ist für friedliche Kernenergienutzung. Die weiterhin zu fördern hat die UNO-Vollversammlung am 11. November 1986 einstimmig (!) beschlossen. Warum wohl, ihr nordelbischen Mitchristen?

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Ing. Hermann Rosenau, Darmstadt

Waffenlieferung

„Im Periskop"; WELT vom 3. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Kommentar berichtet, daß Kohl (CDU) die von Schmidt (SPD) gemachten Zugeständnisse für Lieferungen von U-Booten an Iran und von Leo-2-Panzern nach Saudi-Arabien rückgängig gemacht habe.

Wer erinnert sich noch daran, daß die Regierung Brandt/Scheel die Lieferung von 5000 Schnellfeuergewehren an die *Präsidialkanzlei Allendes* – nicht etwa an das Verteidigungsministerium – zuließ, also sozusagen Allendes Privatarmee aufrüstete? Allerdings ging die Sache schief. Als die Waffen ankamen, waren bereits seine Gegner an der Macht!

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Larisch, Dorsten 21

Indoktrination

„Im Namen der Religion gegen die Schulpflicht"; WELT vom 18. November

Sehr geehrte Damen und Herren,
die WELT berichtet über einige gläubige christliche Familien im Raum Siegen, die den Mut hatten, ihre Kinder aus der Staatsschule herauszunehmen, weil diese unsere Jugend unter Mißbrauch der Staatsgewalt antichristlich beziehungsweise atheistisch indoktriniert.

Die Überschrift über diesen Bericht ist leider irreführend. Es geht hier nicht „gegen die Schulpflicht", sondern es geht ganz eindeutig gegen den Mißbrauch der Schulpflicht durch die Kultusbehörden, die Mißachtung der Verfassung, des Grundgesetzes dieses Staates als „freiheitlicher Rechtsstaat". Schon in der Präambel zum GG heißt es: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ... " und in Art. 3,1 ist als Grundrecht garantiert: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich." Dieses Grundrecht entspricht dem Art. 9 der „Konvention zum Schutz der Menschenrechte", die unsere Politiker so gern bei anderen reklamieren!

Wenn das Kultusministerium aber seinen Pflichten, die ihm Grundgesetz und Verfassung auferlegen, nicht folgt, hat es das Recht verwirkt, sich auf die Schulpflicht zu berufen.

Mit freundlichen Grüßen
Eberhard von Löbbecke, Kronberg

Im Programm

Sehr geehrte Damen und Herren,
nachdem Kurt Biedenkopf die Grünen als die Partei bezeichnete, die die richtigen Fragen stellt beziehungsweise stellte, ist sicherlich an ihn die Frage zu stellen: Hat er das Grünen-Programm zur Bundestagswahl 1987 eigentlich gelesen?

Wenn ja, dann ist es doch sehr erstaunlich, daß er in seinem Interview mit keinem Wort darauf eingeht. Dies fordert eine zweite Frage heraus: Hält er das Grünen-Programm, ähnlich wie der Großteil der grün wählenden Wohlstandsbürger, für harmlosen, bloß interessant-frechen Verbalradikalismus?

Wir Deutschen haben es bitter büßen müssen, schon einmal ein Parteiprogramm entweder nicht gelesen oder auf die leichte Schulter genommen zu haben. Das darf uns nicht noch einmal passieren! Die Geschichte verpflichtet uns, Programme *deutscher radikaler Parteien bis zum* letzten Komma ernstzunehmen. Und dann handelt es sich bei den Grünen eindeutig um eine rätedemokratisch, anarcho-kommunistische Partei.

Wenn Hans-Jochen Vogel in seinem Grünen-Interview auf die angebliche personelle Diskontinuität der Grünen hinweist, so kann sich dies nur auf die Grünen-Abgeordneten beziehen, nicht jedoch auf die Besetzung der Kader-Positionen, die seit Jahren fest in der Hand ehemaliger K-Gruppen-Funktionäre sind.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Heinz Peter Volkert, MdL, CDU

Wort des Tages

» Wer davon lebt, einen Feind zu bekämpfen, hat ein Interesse daran, daß er am Leben bleibt. «

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844–1900)

Personen

VERANSTALTUNG

Mit einem Empfang im Bonner Konrad-Adenauer-Haus hat CDU-Generalsekretär **Heiner Geißler** den Leiter der Hauptabteilung Organisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle, **Karl Schumacher**, zu dessen 60. Geburtstag geehrt. Der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler **Helmut Kohl** hatte schon auf dem „kleinen Parteitag" am Montag *Schumachers Arbeit mit den Worten* gewürdigt: „Viele unserer Mitarbeiter im Adenauer-Haus haben ja in diesen Wochen eine besonders starke Belastung zu ertragen. Unser Freund Schumacher gehört ganz gewiß zu denen, die dabei an vorderster Stelle zu nennen sind, wenn man ihn so Tag für Tag draußen erlebt, mit seiner Dynamik und zupackenden Art."

MILITÄR

Brigadegeneral **Hans-Joachim Steindorf**, Leiter der Luftwaffeninspizientengruppe im Luftwaffenamt in Porz bei Köln, wird pensioniert. An seine Stelle rückt am 12. April 1987 Oberst **Hans-Georg Kresser**, Leiter der Stammdienststelle der Luftwaffe in Porz. Pensioniert wird auch Brigadegeneral **Arnold Scharkowski**, der Kommandeur der Panzerbrigade 33 in Celle. Auf seinen Posten wird am 1. April 1987 Oberst i. G. **Hubert Gosch** versetzt, der gegenwärtig Lehrgangsteilnehmer am Royal College of Defence Studies in London ist.

EHRUNG

Erstmals sind die mit insgesamt 125 000 Mark dotierten Preise der Stiftung Fritz Winter vergeben worden, mit denen nach dem Willen des 1976 in Herrsching gestorbenen Malers Begabungen auf allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst gefördert werden sollen. Die fünf Preisträger – **Marianne Vater, Friederike Sinn, Ludwig Pauli, Reinhard Preiss** und **Helmut Sturm** – erhielten jeweils 25 000 Mark. Die Auszeichnungen wurden in der Neuen Pinakothek in München überreicht.

*

Die 20jährige Japanerin **Yukino Fujiwara** und der 27 Jahre alte Brasilianer **José Carlos Cocarelli** teilen sich den mit 100 000 Franc dotierten ersten Preis im 21. Internationalen Klavierwettbewerb Marguerite Long–Jacques Thibaud *in Paris. Der mit 20 000 Franc do*tierte dritte Preis sowie ein Spezialpreis für die beste Interpretation eines zeitgenössischen Werkes gingen an **Vesselin Stanew** aus Bulgarien.

GRÜNDUNG

Wohnungsbauminister **Oscar Schneider** will am Freitag den „wissenschaftlichen Beirat" gründen, der dem zukünftigen „Haus der Geschichte" in Bonn durch den Sachverstand einer ausgewählten Gruppe von Historikern Gestaltung und Gesicht gibt. Der Beirat wird sich im Wohnungsbauministerium in Bad Godesberg konstituieren. Eingeladen von Schneider und dem Vorsitzenden des Gründungsdirektoriums, dem Professor für Neuere Geschichte in Frankfurt am *Main* **Lothar Gall**, wurden unter anderem die Professoren **Arnulf Baring** von der Freien Universität Berlin, der Bonner Historiker **Karl-Dietrich Bracher**, der Kölner Historiker **Hans-Peter Schwarz**, der Bochumer Historiker **Hans Mommsen**, der Generaldirektor der Kölner Museen Professor **Hugo Borger** und Professor **Rudolf Morsey** von der Verwaltungsakademie in Speyer. Bundeskanzler **Helmut Kohl** wird die Professoren anschließend zu einem Essen bitten, da der Kanzler der Gestaltung des Hauses ein besonderes Interesse entgegenbringt. Das „Haus der Geschichte" soll rund 110 Millionen Mark kosten. Es entsteht gegenüber der zukünftigen Bonner Kunsthalle im Bereich der B 9.

TENNIS / Verkrampft, verunsichert, wütend über sich selbst verlor Boris Becker gegen Lendl das Finale des Masters-Turniers 4:6, 4:6, 4:6

Ein mutloses Gefecht gegen die plötzliche, totale Leere

H.-J. POHMANN, New York

Verlieren ist niemals und für niemanden angenehm. Für einen wie Boris Becker schon gar nicht. „Das schönste Gefühl ist der Sieg", hatte er im Interview mit der WELT gesagt, „da bekomme ich eine Gänsehaut." Jetzt hat er sie eher den deutschen Tennisfreunden über den Körper gejagt. Sie alle wissen es schon, daß er nichts mehr haßt als Niederlagen. Und daß er sich schier zerfressen kann vor Ehrgeiz. Das hat er wieder getan, es hat nichts genutzt.

Im Gegenteil: Vielleicht war genau dies der Punkt, an dem er im Finale des Masters-Turniers im New Yorker Madison Square Garden nach 2:22 Stunden gegen den alten und neuen Champion Ivan Lendl mit 4:6, 4:6, 4:6 scheiterte. Da war bei ihm jenes Phänomen zu beobachten, das jeder Sportler kennt: Da steht er in der Arena, will das Beste aus sich herauszwingen, will um den Sieg kämpfen – und spürt plötzlich eine totale Leere. Der Kopf spielt nicht mehr mit, der Körper auch nicht mehr. Das Ergebnis ist tiefe Verwirrung, totale Irritation.

So versuchte Becker sein unsicheres Spiel auch mit dem Begriff „Übermotivation" zu erklären: „Ich habe mich wahrscheinlich zu sehr unter Druck gesetzt und habe dann auf einmal meinen Rhythmus nicht mehr gefunden." Eine Aussage, die einleuchtend wirkt, aber dennoch nicht alles umschreiben kann.

Denn auffällig war vor allem zu Beginn der Begegnung eine selten erlebte Nervosität bei Boris Becker. Ihm unterliefen von der Grundlinie aus verblüffend viele Fehler, ohne daß er in Bedrängnis gewesen wäre. Dabei blieb dann auch die taktische Einstellung des zweimaligen Wimbledonsiegers rätselhaft.

Gewiß war es eine gute Absicht, das Spiel gegen Lendl zu variieren. Aber nur von der Grundlinie aus zu agieren, ist gegen den Weltranglistenersten ganz einfach zu wenig. Was fehlte, war der bedingungslose Angriff, hin und wieder wenigstens, um den 26 Jahre alten Tschechoslowaken unter Druck zu setzen – selbst auf die Gefahr hin, ab und an passiert zu werden.

Doch je länger das Match dauerte, um so mutloser wurde Becker, der sich nicht nur eine Verwarnung vom Schiedsrichter Richard Kaufman (wegen Coachens von Trainer Bosch) einfing, sondern auch einmal seinen Schläger vor Wut auf dem Boden zerbrach. Verunsichert und halbherzig spielte Becker am Ende seinen Part herunter. Am Ende blieb ihm nur die Fairneß, die Leistung von Ivan Lendl anzuerkennen: „Ivan hat verdient gewonnen. Er hat sich besser als ich bewegt und ist jetzt noch die Nummer eins in der Welt."

Bei diesen Worten war dann sogar ein Lächeln bei Lendl zu entdecken, den ein Journalist „den Mann mit dem Gesicht einer Tafel Halbbitter" nannte. Aber angesichts der außergewöhnlichen Leistung von Lendl drängt sich auch eine Frage auf: Hat der Weltranglistenerste in den letzten Wochen nur geblufft? War seine Hüftverletzung tatsächlich so schlimm, daß er wochenlang nicht spielen konnte? Oder aber wurde diese Verletzung nur vorgeschoben, damit er in der Abgeschiedenheit in Bocca West (Florida) mit seinem Coach Tony Roche trainieren konnte?

Augenfällig sind die Parallelen zum Vorjahr, als Lendl beim Daviscupspiel gegen die Bundesrepublik Deutschland in Frankfurt wegen „unerträglicher Armschmerzen" nicht antreten konnte – dann aber Turniere in Serie gewann.

Eines steht auf alle Fälle fest: Wahrscheinlich hat Lendl gestern ab 2.00 Uhr deutscher Zeit im Madison Square Garden von New York die beste Leistung seiner Karriere geboten. Da schlich sich der Gedanke in die Köpfe der professionellen Beobachter und der 16 000 Besucher, hier stehe auf dem Supreme-Court ein Roboter, der, bestens programmiert, sein Programm nach Belieben abrief. Lendl spielte eiskalt, konzentriert, und er unternahm erst gar nicht den Versuch, riskante Wunderschläge zu versuchen.

Fast sensationell gut funktionierte dabei sein Aufschlag. Ein Blick auf die Statistik verrät dabei, mit welcher unglaublichen Konstanz Lendl das gesamte Masters-Turnier hindurch seine Aufschlagspiele absolvierte. Lediglich gegen Gómez verlor der Titelverteidiger am ersten Tag einmal seinen Aufschlag. Noah gewann während des gesamten Matches ganze neun Punkte beim Aufschlag des Tschechoslowaken, Wilander acht. Und Boris Becker im Finale über drei Gewinnsätze nur zwölf Fehler.

Die Schlußfolgerung ist eindeutig: Ivan Lendl ist die Nummer eins im Welttennis, in dieser Form hat er noch niemanden zu fürchten. Und Boris Becker? Er wird wohl jetzt erst einmal einige Tage brauchen, um diese Niederlage zu verdauen. Er wird sich selbst quälen. Deshalb wäre es auch unsinnig und falsch, die große Keule der Kritik über den 19 Jahre alten Wimbledonsieger zu schwingen.

Warum auch? Denn realistisch betrachtet ist die Saison 1986 für Becker so gut verlaufen, wie es selbst kühnste Optimisten nicht erwartet hatten. Ohne Zweifel ist trotz des glatten 3:0-Sieges von Lendl der Abstand zum Weltranglistenersten geringer geworden. Eine Aussage, die nicht nur durch die drei Erfolge Beckers über Lendl in Chicago, Wimbledon und Sidney belegt wird. Außerdem: Auch Becker hat das Recht, daß eine Niederlage gegen den Weltranglistenersten von der Öffentlichkeit akzeptiert wird, daß man ihm eine Niederlage zugesteht. Warum sollte sich daraus nicht auch eine neue Motivation für die Saison 1987 entwickeln?

Schon heute ein Spiel in Stuttgart

„Wenn ich jetzt nicht spielen könnte, würde ich nur zu viel über das nachdenken, was mir in New York passiert ist." Mit diesen Worten kommentiert Boris Becker die Tatsache, daß er heute schon wieder spielen muß. In Stuttgart, beim sogenannten Young-Masters-Turnier, zu dem Spieler unter 21 Jahren zugelassen sind. Sein erster Gegner ist der Sowjetrusse Andres Vysand.



● Für Boris Becker blieb am Ende nur Realismus und Fairneß: „Ivan Lendl ist der Spieler des Jahres 1986. Er hat den Sieg verdient und mir eine Lehrstunde erteilt. Er hat bewiesen, daß er die Nummer eins ist und ich eindeutig die Nummer zwei."

● „Ich wollte viel gewinnen und habe deshalb gar nichts bekommen", sagte Boris Becker nach der Niederlage. Seine Umschreibung des Grundes für die Wutausbrüche über sich selbst (Foto unten). „So eine Katastrophe", rief er mehrmals.

● Am Ende ballte Lendl triumphierend die Hand (Foto), Becker tut das sonst. Und zu ihm gewandt sagte der Tschechoslowake bei der Siegerehrung: „Boris, heute war noch einmal der Tag des alten Mannes." Lendl ist sechs Jahre älter als Becker.



Eine verzweifelte Bitte und Lendls Antwort

Die Szene, es stand 1:1 im zweiten Satz, zeigte deutlich die Verzweiflung von Boris Becker und die Gelassenheit des Tschechoslowaken Ivan Lendl. Der Wimbledonsieger wandte sich nach einem Fehler direkt an des Publikum und fragte: „Möchte hier jemand gutes Tennis für mich spielen?"

Niemand antwortete, nur Ivan Lendl auf der anderen Seite des Netzes. Er hob den Zeigefinger und sagte: „Ja, ich."

Es waren so ziemlich die einzigen Worte, die Lendl während des Spiels sprach. Boris Becker dagegen übte sich in einer Talkshow mit sich selbst. Er kommentierte seine körperliche Verfassung: „Keine Kraft mehr, aus und vorbei." Und er zog seine Fähigkeiten in Zweifel: „Ich kann nicht übers Netz spielen. Das ist zu schwierig für mich."

So redete sich Becker langsam in Rage, schrie „Scheiße" und „Mist", nannte sich selbst einen „Idioten". Für Trainer Günter Bosch war das ein Rückfall in alte Zeiten: „Boris wollte *mit aller Gewalt gewinnen.* Er hatte einen Rückfall in jene Zeit, als er sich mehr mit sich selbst als mit seinem Spiel beschäftigte."

Boris Becker brauchte nach dem Spiel lange, ehe er wieder reden konnte. Dann zeigte er Einsicht: „Ich habe in diesem Endspiel gelernt, daß man unbedingt stets ganz ruhig bleiben muß. Das war bei mir heute nicht der Fall. Ich wollte alles zu gut machen, das Ergebnis hätte noch härter ausfallen können. Ich werde nach Hause gehen und überlegen müssen, was ich besser machen muß."

Ivan Lendl, der die amerikanischen Reporter lächelnd zum Frage-und-Antwort-Spiel empfing („Danke, noch nie habe ich in New York so viel Beifall bekommen"), war locker wie selten. Humorig spielte er auf Bekkers Worte vor dem Finale an, dieses Masters-Turnier zeige, daß die Zukunft schon begonnen habe. Lendl: „Boris, du hast versucht, mich zu schlagen, wie du es in diesem Jahr schon dreimal gemacht hast. Aber heute war noch einmal der alte Knabe dran."

Böse Bemerkungen, die er sehr oft über seine Gegner abgibt, fehlten diesmal völlig. Auch dieser Satz ist wohl nur drastische Beschreibung des Spiels, nicht aber ein Angriff auf den Gegner: „Boris machte viele Fehler. Er kam mir vor wie ein offenes Grab, das nur noch zugeschaufelt werden mußte."

Die nächsten Ziele von Ivan Lendl? „Um mich auf die Meisterschaften von Australien vozubereiten, werde ich ab sofort in Florida auf Rasen trainieren. Und, übrigens, im weiteren Verlauf meiner Karriere möchte ich unbedingt auch einmal Wimbledon gewinnen."

Die Statistik des Endspiels ist eindeutig

Ivan Lendl war im Endspiel gegen Boris Becker in nahezu allen Belangen besser. Die Statistik des Finales macht das noch deutlicher, als es das Ergebnis aussagt:

● Lendl punktete mit 85 Prozent seines ersten Aufschlags. Becker erreichte diesmal nur eine Erfolgsquote von 78 Prozent. Mit dem zweiten Aufschlag hatte Lendl immer noch 81 Prozent Erfolg. Becker sackte mit dem zweiten Service ab auf nur 39 Prozent.

● Lendl hatte elf Breakpunkte bei Aufschlagspielen von Boris Becker, der Wimbledonsieger keinen einzigen. Lendl gewann drei Spiele gegen den Aufschlag Beckers, der Deutsche umgekehrt keins.

● Lendl machte mit Returns 46 Punkte, Becker dagegen nur zwölf. Lendl ging zwar nur 19 Mal ans Netz, hatte aber bei 15 dieser Versuche Erfolg (79 Prozent). Becker ging 78 Mal ans Netz und setzte sich 43 Mal durch, hatte aber mit 55 Prozent eine erheblich geringere Erfolgsquote.

● Dem Wimbledonsieger unterliefen 43 sogenannte „unforced errors", eigene, nicht vom Gegner erzwungene Fehler, Lendl gab nur 14 Punkte durch seine eigenen Fehler ab.

● Lendl gewann in den drei Sätzen 107 Punkte, Becker nur 78.

● Mit der Vorhand plazierte Lendl zwölf Gewinnschläge, Becker nur zwei. Mit der Rückhand setzte sich Lendl neun Mal durch, Becker lediglich ein einziges Mal.

● An der Grundlinie diktierte Lendl entscheidend das Geschehen. Er patzte mit Vorhand und Rückhand zusammen nur zehn Mal, Becker dagegen 30 Mal.

Die Statistik der bisherigen Begegnungen zwischen den beiden weltbesten Tennisspielern: 1985 in Indianapolis: Sieger Lendl im Halbfinale mit 5:7, 6:2, 6:2. 1985 in Tokio: Sieger Lendl im Halbfinale mit 6:3, 7:6. 1985 in London: Sieger Lendl im Finale mit 6:7, 6:3, 4:6, 6:4, 6:4. 1986 in New York (Masters-Turnier für 1985): Sieger Lendl im Finale mit 6:2, 7:6, 6:3. 1986 in Chicago: Sieger Becker im Finale mit 7:6, 6:3. 1986 in Wimbledon: Sieger Becker im Finale mit 6:4, 6:3, 7:5. 1986 in Stratton Mountain: Sieger Lendl im Finale mit 6:4, 7:6. 1986 in Sydney: Sieger Becker im Finale mit 3:6, 7:6, 6:2, 6:0.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm
Meinungen: Enno von Loewenstern
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

SPORTPOLITIK

Erika Dienstl in der Spur von Neckermann

sid, **Frankfurt**

Nach der Übernahme der Vizepräsidentschaft im Deutschen Sportbund (DSB) 1982 und der Präsidentschaft im Deutschen Fechter-Bund (DFeB) 1986 ist Erika Dienstl (56) in die Spur Josef Neckermanns getreten. Auf der 72. Sitzung des Vorstandes der Stiftung Deutsche Sporthilfe in Frankfurt wurde sie nach dem Ausscheiden von Hans Gmelin zur Stellvertretenden Vorsitzenden berufen und steht nun zusammen mit Hans Friderichs und Claus Heß hinter Neckermann. Der tritt nach einstimmiger Wiederwahl als Vorsitzender am 1. Januar 1987 seine sechste Amtsperiode seit der Sporthilfe-Gründung 1967 an.

Die enge Verzahnung von DSB und dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland (NOK) wird in dem Geschäftsführenden Vorstand der Sporthilfe besonders deutlich. Zwei Stellvertreter Neckermanns, der vom DSB zum sechstenmal in den Sporthilfe-Vorstand delegiert worden war, sind zugleich Stellvertretende Vorsitzende im DSB (Erika Dienstl) und im NOK (Claus Heß). Dieter Graf Landsberg-Velen als ein neues Vorstandsmitglied der Stiftung ist wie Erika Dienstl DSB-Vizepräsident.

Hans Gemlin, der schon anläßlich seines 75. Geburtstages am 17. Oktober von der Sporthilfe besonders geehrt worden ist, wirkte zwölf Jahre in der Stiftungsführung, die aus fünfzehn Persönlichkeiten besteht, von denen Neckermann, Dr. Friderichs, Dr. Heß, Erika Dienstl und der wiedergewählte Schatzmeister Egon Wüstenhöfer den Geschäftsführenden Vorstand bilden.

Neu im Gesamtvorstand ist auch der frühere Handball-Nationaltorhüter Hans-Jürgen Hinrichs (Daimler-Benz), der seinen Kollegen Helmut Schmidt ablöst. Nach einer Satzungsänderung, die allerdings noch der Zustimmung der Stiftungsbehörden des Bundes bedarf, soll der Gutachterausschuß der Stiftung von sechs auf acht Fachleute aufgestockt werden, um die Belastungen dieser Kommission auf noch mehr Schultern zu verteilen.

Der Haushaltsplan 1987 sieht Förderungsmaßnahmen einschließlich Jugend trainiert für Olympia in Höhe von 18,5 Millionen Mark vor.

STAND ● PUNKT / *Langlauf und Langlauf*

Was Insider in Sachen Skilanglauf innerhalb des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) schon lange vorhergesagt hatten, ist endgültig: Bundestrainer Lars-Erik Eriksen (31) wird seinen Brötchengeber spätestens nach den Nordischen Skiweltmeisterschaften in Oberstdorf verlassen. Die Ehe des Norwegers mit dem DSV war eigentlich schon zum Scheitern verurteilt, als er sein Amt antrat. Rasch mußte der Staffelweltmeister von 1982 erkennen, daß hier andere Verhältnisse herrschen als in seiner Heimat.

Da war einmal die dünne Decke wirklicher Talente, da war aber auch die Tatsache, daß sich seine Schützlinge nicht so hart plagen wollten, wie er es im norwegischen Skiverband tun mußte, um zur Weltspitze vorzustoßen. 600 Trainingsstunden und 2500 Trainingskilometer auf Schnee sind das untere Maß, um sich in der internationalen Langlaufelite behaupten zu können. Als Eriksen dieses Ziel durchsetzen wollte, fand er außer Jochen Behle offensichtlich keine Gefolgsleute mehr. „Nur wenige sind zu einer hohen Trainingsfrequenz bereit", kritisierte Eriksen, der auch den großen Leistungsunterschied zwischen seinem Star Behle und den anderen moniert.

Nun ist der Norweger alles andere als ein bequemer Mann. Ständige Querelen mit dem norwegischen Skiverband waren bekannt, noch ehe er kurz vor dem letzten Winter seinen Job beim DSV antrat. Dazu verursachte er seinem Arbeitgeber zusätzliche Kosten, weil er seinen Wohnsitz nicht nach Deutschland verlegte. Die Aktiven mußten manchmal sogar zum Trockentraining in seine Heimat reisen, obwohl man das gleiche Pensum genauso gut – aber billiger – in Deutschland hätte absolvieren können. Die Trennung von Eriksen sollte der DSV zum Anlaß nehmen, in Sachen Langlauf sein System zu überdenken. Denn schließlich hat man bei den Nordisch Kombinierten und auch bei den Springern bewiesen, daß man selbst mit deutschen Trainern an der Weltspitze mitmischen kann. Dazu war aber Geduld notwendig, die man bei den Langläufern im DSV noch nie hatte.

WERNER JUNGE

SPORT-NACHRICHTEN

Olga Nemes muß gehen

Saarbrücken (sid) – Der Tischtennis-Bundesligaklub ATSV Saarbrükken hat seine Spitzenspielerin Olga Nemes, Nummer fünf der Weltrangliste, aufgefordert, sich in der kommenden Saison einen neuen Verein zu suchen. Manager Georg Rebmann ist unzufrieden mit dem Verhalten der aus Rumänien geflüchteten Spielerin. Er wirft ihr vor, das Training unter Stellan Bengtsson nicht mehr ernst genommen und in anderen Vereinen trainiert zu haben.

Schmid gewählt

Darmstadt (sid) – Hürdenläufer Harald Schmid (Gelnhausen) wurde zum „Leichtathleten des Jahres" gewählt. Zweiter wurde Zehnkämpfer Jürgen Hingsen.

Platzverweis-Rekord

London (dpa) – In der englischen Nationalliga (92 Vereine in vier Divisionen) sind seit Saisonbegionn bereits 105 Platzverweise ausgesprochen worden, 14 davon in der ersten Division. Im gleichen Zeitraum der vergangenen Saison wurde nur 100 Feldverweise registriert.

Zurbriggen gesperrt

Bern (sid) – Der Internationale Ski-Verband (FIS) hat gegen Weltmeister Pirmin Zurbriggen (Schweiz) eine überflüssige Strafe ausgesprochen. Zurbriggen wurde für den Europacup-Super-G in Obereggen gesperrt, weil er entgegen der Vorschrift beim Super-G in Val d'Isère das Ziel durchfahren hatte, obwohl er am 15. Tor ausgeschieden war. Ein Start Zurbriggens beim Super-G in Obereggen war nie geplant.

Alpencup wurde abgesagt

Pontresina (sid) – Der Auftakt der internationalen Biathlon-Saison muß verschoben werden. Wegen Schneemangels wurde der für das Wochenende in Pontresina geplante Alpencup abgesagt.

Zakspeed sucht Fahrer

Düsseldorf (sid) – Der deutsche Formel-1-Rennstall Zakspeed ist weiterhin auf der Suche nach Fahrern für die kommende Saison. In Le Castellet werden fünf Fahrer getestet: die beiden Briten Jonathan Palmer und Derek Warwick, der Franzose Philippe Alliot, der Däne Kris Nissen und der deutsche Formel-3-Meister von 1985, Volker Weidler.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 705 207,40 Mark, 2: 100 743,90, 3: 5399,20, 4: 105,00, 5: 8,50. – **Toto,** Elferwette: 1: 3860,10, 2: 165,50, 3: 15,40. – **6 aus 45:** 1: 244 260,60, 2: 40 710,10, 3: 7327,80, 4: 131,10, 5: 10,00. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 333,70, 2: 59,60. – Rennen B: 1: 99,20, 2: 42,80. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 37 708,60. (ohne Gewähr)

GOLF

Tour-Karte für Eckstein

DW. **La Manga**

Seit knapp einem Jahr erst ist der 18jährige Oliver Eckstein (Hannover) Golf-Profi. Jetzt ist er bereits im Begriff, sich einen Weg in die europäische Golf-Elite zu bahnen. Beim Qualifikations-Turnier im spanischen La Manga belegte er unter 238 Teilnehmern Platz 51 und erspielte sich damit die begehrte Tour-Karte, die zur Teilnahme an den wichtigsten europäischen Golf-Turnieren berechtigt.

Jahrelang war der deutsche Golfsport auf dieser Ebene allein durch den Weltklassespieler Bernhard Langer (Anhausen) vertreten. Jetzt sind erstmals gleich drei Deutsche im Besitz der Tour-Karte. Neben Oliver Eckstein qualifizierte sich auch der Düsseldorfer Hans-Peter Thül (23). Thül hatte sich die Tour-Karte bereits in der letzten Saison erkämpft und war jetzt in La Manga auf Platz 42 bester deutscher Teilnehmer.

Dagegen schieden die beiden anderen Bewerber Frank Adamovic und Antonio Postiglione bereits nach den ersten vier von sechs Qualifikationsrunden aus. Oliver Eckstein wird in der nächsten Saison der jüngste Teilnehmer der Tour sein und hat aufgrund seiner Leistung in La Manga erstmals auch die Chance, zu wichtigen Turnieren nach Übersee eingeladen zu werden.

FUSSBALL / Heute UEFA-Cup-Rückspiele – Braunschweig zögert weiter

Je kleiner die Chance, desto höher die Prämie

sid/dpa, **Mönchengladbach**

Die Kollegen in der Bundesliga haben ihren Urlaub schon vor einigen Tagen angetreten. Die Fußballspieler von Bayer Uerdingen und Borussia Mönchengladbach aber müssen noch Überstunden machen. Möglicherweise verlängern sie noch freiwillig.

„Wenn wir das Ding noch umbiegen, bleiben wir bis Freitag in Barcelona und feiern, bis die Wände wakkeln," sagt Uerdingens Kapitän Friedhelm Funkel. Er wird heute 33 Jahre alt und hat angekündigt, gemeinsam mit den Kollegen entsprechend zu feiern, falls wider Erwarten noch das Viertelfinale im UEFA-Cup erreicht wird.

Damit aber rechnet in Uerdingen kaum jemand. „Es ist zwar Weihnachtszeit, aber ich glaube nicht an Wunder", sagt Trainer Karl-Heinz Feldkamp. Dabei hat gerade seine Mannschaft in der Vergangenheit schon mehrfach für Überraschungen im Fußball-Geschäft gesorgt.

Und Feldkamp ist auch selbst immer wieder für eine Überraschung gut. Nicht nur, daß er überraschend seinen Vertrag in Uerdingen schon zu einem ungewöhnlich frühen Zeitpunkt kurz nach Saisonbeginn kündigte. Er ließ auch wochenlang Informationen undementiert, wonach er in der nächsten Saison Trainer des 1. FC Köln werden sollte. Die WELT hatte seinen Wechsel zu den Kölnern bereits als feste Tatsache vermeldet. Ein Irrtum: Feldkamp hat kurzfristig bei Eintracht Frankfurt angeheuert, wo er Nachfolger des vorzeitig entlassenen Trainers Dietrich Weise wird. „Die Mannschaft ist in einem guten Alter," sagte Feldkamp nach den Verhandlungen in Frankfurt, wo er einen Zwei-Jahres-Vertrag erhielt. „Ähnliche Erfolge wie in Uerdingen" hält Feldkamp künftig auch in Frankfurt für möglich.

Unter Feldkamps Leitung ist das Fußball-Bundesligateam von Bayer Uerdingen zu einer vielbeachteten Mannschaft gereift, die heute abend im Stadion Nou Camp in Barcelona eine letzte Chance hat, sich auch international einen Namen zu machen.

Die Voraussetzungen sind allerdings denkbar ungünstig: Uerdingen hat das Hinspiel im eigenen Stadion glatt mit 0:2 verloren und muß in Barcelona mindestens 3:1 oder höher gewinnen, um noch das Viertelfinale zu erreichen. Es muß außerdem ohne Kapitän Matthias Herget antreten, der normalerweise Libero spielt und die Aktionen seiner Mannschaft auch im Angriff ordnet. Drittes Hindernis ist Barcelonas Torwart Andoni Zubizareta, der noch in keinem Heimspiel dieser Saison ein Gegentor hinnehmen mußte – seine Mannschaft gewann alle Heimspiele zu Null, die meisten davon mit 1:0.

Sollte das Vorhaben wider Erwarten noch gelingen, erhält jeder Spieler eine Prämie von 9000 Mark – das reicht für die angekündigten zwei ausgelassene Feier-Tage in Barcelona. Nicht einmal die Hälfte der in Uerdingen ausgelobten Prämie können die Kollegen aus Mönchengladbach kassieren, falls ihnen gelingt, was in Uerdingen allenfalls Wunschtraum ist. „Nur" 4000 Mark hat Mönchengladbachs Manager Helmut Grashoff den Spielern für das Erreichen des Viertelfinales in Aussicht gestellt. Doch auch in der Bundesliga gilt: Lieber 4000 Mark auf dem Konto als 9000 im Kopf. Schließlich sind die Mönchengladbacher Erfolgschancen weit realistischer.

Mit einem 1:1 im Hinspiel bei den Glasgow Rangers wurde eine glänzende Ausgangsbasis geschaffen. 34 000 Zuschauer im bereits seit Tagen ausverkauften Stadion am heimischen Bökelberg werden die Mannschaft lautstark zu Bestleistungen anspornen. Und Nationalspieler Michael Frontzeck hat versprochen: „Gegen die Rangers hauen wir uns noch mal voll rein. Danach leg ich mich untern Christbaum."

Nur Glasgows Spieler-Manager Graham Souness glaubt noch an eine Chance seiner Mannschaft. Dabei stützt er seine Hoffnungen weitgehend auf sich selbst. Nur sieben Wochen nach einer Achillessehnen-Operation will Souness heute abend wieder spielen: „Ich will unbedingt dabei sein, denn die junge Mannschaft muß geführt werden." Die endgültige Entscheidung über Souness' Einsatz fällt jedoch erst heute mittag in einem abschließenden Test. Auf keinen Fall spielen wird Ian Durrant, Glasgows Torschütze im Hinspiel.

Aus Eintrittsgeldern, Werbe- und Fernsehrechten nimmt Mönchengladbach rund eine Million Mark ein. Die ARD überträgt das Spiel heute abend live ab 19.30 Uhr.

Eintracht wird noch nicht zum SV Jägermeister

dpa. **Braunschweig**

Die Entscheidung wurde vertagt. Eintracht Braunschweig bleibt zunächst Eintracht Braunschweig und wird nicht in „SV Jägermeister" umbenannt. Doch die Aktion der Namensänderung scheint nur aufgeschoben. „Ich kann unter den augenblicklichen Umständen den Antrag auf Namensänderung – wie er im November 1983 von den Mitgliedern beschlossen wurde – beim Registergericht nicht stellen. Ich möchte vorher noch andere Möglichkeiten ausloten", begründete der Vereinspräsident Laus Leiste seinen Schritt. Er will vor allem mit dem Volkswagen-Werk Verhandlungen wegen finanzieller Unterstützung führen.

Der Kooperationsvertrag mit der Wolfenbütteler Likörfabrik „Jägermeister" würde Eintracht bei einer Umbenennung auch in den nächsten fünf Jahren pro Saison Beträge in Millionenhöhe sichern. Inhaber Günter Mast wird wahrscheinlich sonst nur bis zum 30. Juni 1987 seine bisherigen Verpflichtungen erfüllen. Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes hat der DFB aufgrund seiner Satzung keine Handhabe, die Namensänderung zu untersagen.

Dafür hat der Niedersächsische Fußball-Verband Sanktionen angekündigt und will den Verein vom Spielbetrieb ausschließen, wenn aus Eintracht „SV Jägermeister Braunschweig" wird. „Im Interesse unserer zahlreichen Mannschaften und besonders wegen der vielen Jugendlichen müssen wir auch nach anderen Möglichkeiten suchen, um den Verein nicht zu vernichten", sagte Leiste.

Bis Ende Januar 1987 will er auch in der Braunschweiger Wirtschaft um Unterstützung bitten. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung soll anschließend eine Entscheidung herbeigeführt werden. „Der Verein befindet sich in einer sehr schwierigen Situation. Er muß nach Wegen suchen, die den Konkurs verhindern", sagte Günter Mast, der Eintracht Braunscheig während seiner Amtstätigkeit als Präsident in den letzten drei Jahren von fast vier Millionen Mark Verbindlichkeiten aufgrund des Kooperationsvertrages mit seinem Hause bis zum 30. Juni 1986 schuldenfrei machte. Eintracht hat im Augenblick eine Deckungslücke im Haushalt von 759 000 Mark.

Der Grenzkonflikt löst in Honduras und Nicaragua eine Kriegspanik aus

Ortega beschuldigt Reagan, den Konflikt zu schüren / Diplomaten rechnen nicht mit einer Invasion

DW. Nicaragua

Die Lage im Grenzgebiet zwischen Honduras und Nicaragua bleibt explosiv. Ein Militärsprecher Managuas berichtete über eine Verletzung des Luftraums – einen Tag nach einem von den Sandinisten gemeldeten Luftangriff auf eine Militärstation und eine Landebahn bei Wiwili im Norden Nicaraguas. An zwei Stellen seien nicht identifizierte Flugzeuge über die Grenze nach Nicaragua eingedrungen, sagte der Befehlshaber der Volksarmee der Region Nord, Javier Carrion.

In einer vom Außenministerium in Managua veröffentlichten Note hieß es, die nicaraguanische Regierung protestiere gegen die „kriminellen und terroristischen" Akte, bei denen honduranisches Gebiet als Stützpunkt für diese neue Aggression gegen Nicaragua benutzt worden sei.

WERNER THOMAS, Managua

Die nicaraguanischen Truppen haben sich zurückgezogen, berichtet Honduras. Sie hätten „schwere Verluste" erlitten. Zahlen wurden in Tegucigalpa nicht genannt. Die sandinistische Regierung in Managua bestritt dagegen die Vorwürfe der Grenzverletzung und erhob ihrerseits die Beschuldigung eines feindlichen Luftangriffs auf zwei Ortschaften Nicaraguas. Honduras dementierte. Die Ereignisse an der heißen honduranisch-nicaraguanischen Grenze haben in beiden Hauptstädten eine Kriegspanik ausgelöst. Im Mittelpunkt des Konfliktes stehen die antisandinistischen Contra-Rebellen, die ihre Basislager in dieser Grenzregion auf honduranischem Gebiet unterhalten. Die Schätzungen der Stärke dieser Partisanenarmee reichen von 6000 bis 18 000 Mann. Die Guerrillaführer behaupten, die meisten Kämpfer würden in Nicaragua operieren. Die Sandinisten bestreiten das.

Die honduranische Regierung bestätigte bisher nie offiziell die Anwesenheit dieser fremden Soldaten. Sie bedrängte aber die Contras in den letzten Monaten, Honduras zu verlassen und alle Operationen nach Nicaragua zu verlegen. Die Rebellen befürchten jedoch, daß sie dann von der „Sandinistischen Volksarmee" (EPS), den stärksten Streitkräften Mittelamerikas (120 000 Soldaten und Reservisten), aufgerieben würden.

Die nicaraguanischen Militärs attackieren deshalb den Feind auf dem Boden des nördlichen Nachbarlandes. Honduras reagierte in der Vergangenheit oft zurückhaltend, weil spektakuläre militärische Gegenaktionen an die Contra-Aktivitäten erinnert hätten. Im März verurteilte Präsident Jose Azcona Hoyo aber eine Invasion der Sandinisten und ließ größere Truppenkontingente mit amerikanischen Hubschraubern ins Grenzgebiet transportieren. Die Reagan-Regierung gewährte noch eine militärische Soforthilfe von 20 Millionen Dollar. Als die honduranischen Streitkräfte Ende vergangener Woche dann wieder mehr als 1000 nicaraguanische Soldaten registrierten, fanden erneute Lufttransporte der Amerikaner statt.

Mit großer Wahrscheinlichkeit ist es nicht zu Gefechten zwischen honduranischen und nicaraguanischen Truppen gekommen. Dagegen sollen die Contras in Kämpfe mit der EPS verwickelt gewesen sein. Ungeklärt blieb bisher, welche Flugzeuge das Territorium Nicaraguas bombardiert haben – wenn diese Informationen aus Managua stimmen. Nicaraguas Außenminister Miguel d'Escoto beschuldigte die Amerikaner. In Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, wird dagegen angenommen, daß die honduranische Luftwaffe im Einsatz war.

Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega beschuldigte die Reagan-Regierung, solche Grenzkonflikte zu provozieren, um eine Invasion seines Landes rechtfertigen zu können. Das Contra-Lager hegt die Hoffnung, daß Konfrontationen dieser Art gemeinsame militärische Schritte der nicaraguanischen Nachbarn und eine logistische Hilfe der amerikanischen Streitkräfte wie Bombardements oder Blockaden auslösen.

Rebellen-Führer Arturo Cruz konzediert: „Allein können wir diesen Krieg nicht gewinnen." Diplomatische Beobachter in den meisten Hauptstädten Mittelamerikas vertreten die Ansicht, daß weder ein regionaler Konflikt droht noch eine Intervention der USA in Nicaragua. Dagegen seien weitere Grenzzwischenfälle wie in den letzten Tagen zu erwarten.

32 Ostagenten festgenommen

AP, Bonn

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) meldet Erfolge in der Abwehr und Enttarnung von Ostagenten. Wie BfV-Präsident Holger Pfahls in einem gestern in Bonn veröffentlichten Interview mit der Illustrierten „Quick" bekanntgab, wurden in diesem Jahr bereits 32 Ost-Agenten enttarnt und festgenommen. Dies sei seit 1980 die höchste Zahl in einem Jahr. Pfahls teilte ferner mit, daß der Verfassungsschutz nach dem Überlaufen des früheren Mitarbeiters Tiedge seine Verfahren zur Überwachung und Erkennung von Spionen des Ostblocks verbessert habe.

„Pax Christi"-Aufruf ist „schädlich"

KNA, Bonn

Führende „Pax Christi"-Vertreter haben gestern die umstrittene Erklärung der jüngsten Delegiertenversammlung zum Thema Wehr- und Ersatzdienst als „bekenntnisfähig, aber nicht abstimmungsfähig" bezeichnet. Es sei für das Ansehen von Pax Christi schädlich, wenn in der Öffentlichkeit „derart unfertige Erklärungen abgegeben werden", erklärte der Vizepräsident von „Pax Christi", Rainer Öhlschläger. Sollte an diesem Beschluß festgehalten werden, könnte „‚Pax Christi' sicherlich nicht mehr den Anspruch erheben, sie sei die katholische Friedensbewegung".

Vorentscheidung im Förster-Prozeß

dpa, Georgetown

Im Rauschgiftprozeß gegen den Deutschen Frank Förster vor dem Gericht in Georgetown auf Penang wird heute eine wichtige Entscheidung fallen. Richter Edgar Joseph verkündete gestern, daß er heute bekannt geben wird, ob eine von dem Angeklagten am 22. November 1983 im Beisein der deutschen Sekretärin Ingrid Klose zu Protokoll gegebene Aussage als Beweismittel gegen Förster vor Gericht zugelassen wird, oder nicht. Damit wird eine wichtige Vorentscheidung für den weiteren Verhandlungsverlauf gefällt, meinen Prozeßbeobachter.

Rau rät der Partei: Schaut in die USA

Vor der Fraktion fordert der Kandidat die SPD zum Kämpfen auf / „Packt mit an"

PETER PHILIPPS, Bonn

„Allen haupt- und nebenberuflichen Zweiflern" wollte es Johannes Rau gestern nachmittag wieder einmal zeigen: Der Kanzlerkandidat begab sich vor die SPD-Bundestagsfraktion. „Packt mit an", lautete seine Botschaft. „Die SPD hat das Kämpfen nicht verlernt."

Am Ende einer langen Legislaturperiode fand der Kandidat offene Ohren, als er dazu aufforderte, aus der „Käseglocke Bonn" hinauszugehen, „an die Wähler ran", um die „eigene Botschaft deutlich zu machen" und um über „Inhalte den Wahlkampf zu führen". Mut sollten die Genossen schöpfen beim Blick ins Ausland. „Schaut in die USA" riet er, wo Präsident Reagan durch das Waffengeschäft mit Iran so schnell und völlig unerwartet die Popularitätskurve hinabrutsche. Und „unterschätzt nicht, was in Frankreich passiert".

Die Fraktion war's zufrieden – zumal Johannes Rau einleitend deren Arbeit und die Leistung des Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel nachdrücklich gelobt hatte. Und der Kandidat hatte im Verlauf seiner Ansprache das getan, was Neu- und Übergangssprecher Günther Verheugen das Zusammenbringen des Kanzleramts-Bewerbers mit Sachthemen nennt. In der Außen- und „Friedenspolitik", in den Bereichen Chemie- und Umweltpolitik, Ausstieg aus der Kernenergie sowie unter dem Stichwort „Unser Staat muß liberal und frei bleiben" riß Rau die Themen der SPD an. Und: „Soziale Gerechtigkeit bleibt unser Markenzeichen".

Doch während der „Menschenfischer" bei seinen Genossen Aufbruch-, Kampfes- und Wir-Gefühl zu verstärken suchte, zeigte sich in seinem Stammland, daß die Reibungsverluste auch nach dem Läufer-Opfer Clement nicht beendet sind:

In der Bonner „Baracke" war – mit Zustimmung des Düsseldorfer Rau-Clan – zwar für die Weihnachtszeit das Plakat erkoren worden: „Statt Krieg der Sterne Frieden auf Erden". Doch im Ruhrgebiet wollen die Funktionäre an der Basis diesen „martialischen" Spruch nicht an die Plakatwände pappen. Unter anderem aus den Ruhrgebiets-Unterbezirken Dortmund und Herne mußte sich Gerd Kompe, zuständiger Partei-Geschäftsführer des mächtigen Bezirks Westliches Westfalen, Protest anhören. Nun klebt die Losung: „Wir wünschen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr – Ihre SPD".

Nach wie vor sind die Ruhrgebiets-Genossen ohnehin davon überzeugt, besser als „die im Ollenhauerhaus" in Bonn zu wissen, wie ihr Spitzenmann eine Siegeschance hat. „Sonderwahlkampf" nennen es böse Zungen, was im Stammland Nordrhein-Westfalen stattfindet, regionale Ergänzung ist die offizielle Sprachregelung. Mit „verzagten Prozent-Relativierungen und rot-grünem Bündnispalaver" sei die „Polit-Prominenz" dem Kandidaten reihenweise ins Kreuz gefallen, warf etwa IG Bergbau-Funktionär und Bundestagskandidat Horst Niggemeier seiner Bonner Partei-Spitze jetzt öffentlich vor. Und die Jusos aus dem ihm benachbarten Oer-Erkenschwick traten Rau in einer Philippika an die Saar-Jusos zur Seite: Diese hätten mit ihren rot-grünen Bündniserörterungen „die Parteisolidarität zur Selbstzerstörung freigegeben".

In Tschernobyl trugen Soldaten Abfall mit Händen

dpa, Moskau

Die sowjetische Armeezeitung „Krasnaja Swesda" (Roter Stern) hat gestern zum ersten Mal Einzelheiten über die Endphase der Einbetonierung des zerstörten vierten Reaktorblocks in Tschernobyl veröffentlicht. Wie die Zeitung berichtete, haben Soldaten unter großer Strahlenbelastung radioaktive Brennelemente mit den Händen in den Reaktorschlund geworfen.

Die radioaktive Strahlung sei so groß gewesen, daß ferngesteuerte Geräte versagten. Daraufhin hätten sich fünf Freiwillige gemeldet. Der erste von ihnen stand vor der Aufgabe, mit fünf bis sechs Spatenstichen radioaktives Graphit in den Reaktorschlund zu werfen. Er habe sich eine Minute und 13 Sekunden dort aufgehalten und sei einer Strahlung von 3,6 Röntgen ausgesetzt gewesen. (Dies entspricht einer radioaktiven Belastung von etwa 3.6 rem. Experten gehen davon aus, daß bei Werten zwischen Null und 50 rem „geringfügige" Veränderungen im Blutbild auftreten.) Die Soldaten trugen während ihrer Tätigkeit eine Schutzausrüstung mit einem Gewicht von etwa 20 Kilogramm.

Thatcher ruft Europa jetzt zu „harten Entscheidungen" auf

‚Überschüsse abbauen' / Britische Präsidentschaft geht zu Ende

FRANZ KADELL, Straßburg

Premierministerin Margaret Thatcher hat vor dem Europäischen Parlament verhaltenen Optimismus demonstriert, zugleich aber auf die sich dramatisch zuspitzenden Finanzprobleme hingewiesen.

Die EG sollte sich stärker auf die Marktbedürfnisse einstellen, damit die Gelder „nicht für Überschüsse verzettelt werden", sagte sie zum Abschluß der britischen Ratspräsidentschaft. Frau Thatcher warnte vor dem drohenden finanziellen Desaster und den Folgen für die Gemeinschaft: „Wir müssen harte Entscheidungen treffen, und zwar bald, oder wir werden von den Ereignissen überrollt und die Gelder gehen aus. Dann besteht die Gefahr, daß wir einen ungeordneten Rückzug in eine Kette nationaler Maßnahmen antreten". Positiv hob Frau Thatcher hervor, daß sich der Europäische Rat im Zusammenhang auf konkrete Maßnahmen zur Drogenbekämpfung geeinigt hat.

Abgeordnete räumten in Gesprächen am Rande des Plenums ein, daß die Harmonie auf dem Londoner Gipfel damit erkauft worden war, daß die beiden dringendsten EG-Probleme – Agrarüberschüsse und Finanznot – ausgeklammert worden waren. Schon für das kommende Frühjahr müsse mit einem Nachtragshaushalt von rund drei Milliarden Mark gerechnet werden.

Die aufschiebende Politik bereitet in Brüssel und Straßburg vor allem deshalb Sorge, weil auch bis 1988 während der anstehenden Ratspräsidentschaften Belgiens und Dänemarks keine energischen Vorstöße erwartet werden. Anschließend übernimmt die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz.

Die Premierministerin zitierte aus der Rede, die Richard von Weizsäcker vor den Häusern des britischen Parlaments vor einigen Monaten gehalten hatte, und fügte hinzu: „Ist die Tatsache, daß eine britische Premierministerin vor dem Europäischen Parlament die Worte eines deutschen Bundespräsidenten verwendet, nicht ein Zeichen dafür, wie weit wir in Europa bereits vorangekommen sind?"

Frau Thatcher bedauerte die „gewisse Neigung, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten im Lichte von Handelsstreitigkeiten zu sehen".

Deutscher Fernseh-Satellit mit einer Norm, die niemand empfangen kann

Eine All-Ruine schon vor dem Start?

Im April soll eine Rakete den deutschen Satelliten TV-Sat von Französisch-Guayana aus in den Orbit schießen. Noch niemand hat aber bisher einen der vier Kanäle auf dem TV-Sat angemietet – weder ARD noch ZDF; weder SAT 1 noch RTL plus. Für die Bundespost ist dies ein Dilemma erster Klasse. Denn solange die Kanäle nicht vermietet sind, darf der Postminister nicht den Reserve-Satelliten in Bauauftrag geben – so sind die Bestimmungen des Postverwaltungsrates.

Diese Klausel stoppt wiederum die Bereitschaft der Programm-Anbieter, einen Kanal zu mieten. Denn solange kein Reserve-Satellit da ist, gibt es keine Garantie für ständigen Sendefluß. Aber was die Anbieter noch mehr zögern läßt, ist die neue Fernsehnorm, mit der vom TV-Sat (von Herbst 1987 an) gesendet werden soll.

Diese neue Norm heißt D-2 MAC. Das bedeutet: Die Sendungen des direktabstrahlenden Satelliten kann kaum jemand empfangen – nur jene, die in Kabelinseln wohnen und dort mit satellitentauglichen Fernsehgeräten ausgerüstet sind; heute etwa eine Million Haushalte. Für diese will die Post mit großem Aufwand in ihren 144 Kopfstationen, mit denen sie die Signale des TV-Sat auffängt, die vom Satelliten ausgestrahlte D-2-MAC-Norm in die bei uns übliche PAL-Norm zurückverwandeln. Auf die neue D-2-MAC-Norm hat sich der französische Postminister mit seinem deutschen Kollegen vor Jahren geeinigt. Begründung: wesentlich bessere Qualität, technische Innovation. Nur damals ging Schwarz-Schilling noch von einer schnelleren Verkabelung aus... Die Industrie will zwar bis Herbst nächsten Jahres Zwei-Normen-Geräte bauen (Kostenpunkt: mehr als 2000 Mark) und Parabol-Antennen-Einheiten anbieten, mit denen man 2-D MAC empfangen kann – nur: Auch diese Antennen-Kombinationen werden deutlich mehr als 2000 Mark kosten, wären also fast nur für Gemeinschaftsempfang in Häusern mit mehr als zehn Wohneinheiten attraktiv. Loewe-Opta hat zwar ein Pilot-Gerät vorgestellt, mit dem man in allen Normen empfangen kann, also auch die 2-D-MAC-Norm neben PAL, Secam (französisch) und Secam-Ost. Aber dieses Supergerät kostet deutlich mehr als 5000 Mark.

Die euphorischen Vorstellungen von der Satelliten-Ära, die 1987 beginnen soll, versinken in Ungewißheiten. Die deutschen Satelliten-Veranstalter, also 3SAT (ZDF), Eins plus (ARD), RTL plus und SAT 1, senden über Fernmelde-Satelliten (ECS 1 und Intelsat V). Diese Programme sind nur mit den Kopfstationen der Post (oder mit teuren Zweimeter-Parabolspiegeln) einzufangen und entsprechend verstärkt in die Kabel übertragbar.

Auf diese Weise werden heute die etwa eine Million angeschlossenen Kabel-Haushalte mit Satelliten-Fernsehen versorgt. Nun sagen sich die Betreiber dieser Programme: „Warum sollen wir auf den teueren direktabstrahlenden Satelliten gehen, wenn dessen Signale ebenfalls nur von der Post übertragen werden?"

Denn es steht jetzt schon fest, daß sich nur eine verschwindende Minderheit dazu durchringen könnte, die teuren 2-Normen-Geräte oder Parabolspiegelanlagen mit D-MAC-Decodern zu kaufen. „Dann können wir auch auf den Fernmelde-Satelliten bleiben. Das ist billiger und kommt aufs gleiche 'raus", meint SAT 1-Chef Doetz. Postminister Schwarz-Schilling wäre auch schlecht beraten, wenn er den TV-Satelliten favorisiert, da – so oder so – die Verkabelung wahrscheinlich die einzige zukunftsträchtige Methode ist, das Satelliten-Fernsehen in die Haushalte zu bringen – langsam, aber sicher.

Das gilt auch trotz der jetzt gefundenen terrestrischen Drahtlos-Frequenzen. Diese an 65 Orten aufgespürten freien Frequenzen sind erst in zwei bis drei Jahren in vollem Umfang nutzbar. Außerdem kostet deren Ausrüstung etwa 100 Millionen Mark. Der Postminister würde seiner Verkabelung im übrigen ein Bein stellen, wenn er auf Kosten von weiteren Kabelanschlüssen die freien Frequenzen befördert.

Das alles schauen sich die lachenden Dritten an – die Medienmultis jenseits der Grenzen. Hier setzten viele auf das Astra-Satelliten-Projekt des Konsortiums SAS in Luxemburg, dem sich große Banken und Firmen zugestellt haben. Der Astra-Satellit besitzt 16 Kanäle und soll 1988 gestartet werden. Vor allem aber: Die Kanäle werden von SAS zum halben Mietpreis angeboten wie die Kanäle des deutschen TV-Sat.

Das Hickhack am Satelliten-Himmel geht einher mit dem medienpolitischen Uneins auf dem Boden. Beides befördert die Pläne der Medienmultis von Berlusconi bis Hollywood, sich über Grenzen hinwegzusetzen und von 1988 Satelliten-Vollprogramme nach Deutschland (in PAL-Norm) einzustrahlen, die jedermann empfangen kann. Daran hindert die SAS nur noch eine Bestimmung der Europäischen Postverwaltung. Die SAS-Gesellschafter lassen jedoch ihre Hoffnung durchblicken, daß „diese Bestimmungen mit Sicherheit fallen". REGINALD RUDORF

KRITIK

Schmuddeleien als Köder

Es ist richtig, wenn die zunehmende Verkommenheit der Fernsehprogramme darauf zurückgeführt wird, daß die Sender mittels Niveausenkung ihre Einschaltquoten heben wollen. Daß die öffentlich-rechtlichen Häuser dies tun, ist allerdings widersinnig, denn man hat ihnen Gebühren und beträchtliche Werbeeinnahmen zugebilligt, um sie von der Gunst der Straße unabhängig zu machen.

Diese Strategie ist allerdings verräterisch. Sie verrät ein gewaltiges Stück Menschenverachtung. Was geschieht? Nicht nur die Programme gehen Stufe um Stufe ins Parterre und orientieren sich am Schlichtesten. Der Prozeß erfaßt auch die schon von Haus aus simpel verfaßte Unterhaltung. Und diese steigert sich dann oftmals in schiere Geschmacklosigkeit. Selbst die frischgebadeten Typen vom Schlage Gottschalk greifen seit einiger Zeit spürbar häufiger und munter in die Schmuddelkiste der Anzüglichkeiten.

Natürlich ist dem mit Zensur nicht beizukommen, und wer nach Verboten schreit, ruft noch Böseres herbei. Es geht um eine Neudefinition der Zuschauereinschätzung durch die Programm-Macher. Daß diese leitenden Angestellten ihrer Klientel Pornowitzchen als Köder in die elektronischen Kamine hängen, zeugt zumindest von einer verächtlichen Einstufung des Volkes. Nicht die Entgleisung eines Showmeisters steht zur Debatte, sondern die offensichtliche Annahme, daß der Fernsehkunde mit Pornoköder zu fangen ist.

Daß eine solche Verpöbelung des Bildschirms auch das große Lebensgebiet von Sex und Erotik gefährdet, sei nur am Rande erwähnt. Die sonst oft so puritanischen Aufseher des Fernsehens haben erstaunlicherweise zu der Verschmuddelung unserer Unterhaltung bisher nichts zu sagen gehabt. VALENTIN POLCUCH

Lust und Frust der Grünen bei Fernsehauftritten

Nicht nur die traditionellen Bundestagsparteien drängen in die politischen Fernsehprogramme. Auch die Grünen haben erkannt, daß sie sich vortrefflich eignen, unbezahlte Wahlwerbung zu betreiben. Mancher Fernsehzuschauer konnte in jüngerer Zeit registrieren, daß sich grüne Spitzenpolitiker in Fernsehduellen mit den Vertretern der von ihnen so genannten „Altparteien" achtbar geschlagen haben.

Diese Form der Selbstdarstellung ist für die basisdemokratisch organisierte Alternativpartei jedoch keine Selbstverständlichkeit. Jedem Fernsehauftritt gehen heftige Diskussionen voraus. So ist auch die für den 18. Dezember von ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel angesetzte Runde „Journalisten fragen, Politikerinnen antworten" bei den Grünen nicht unumstritten. Die richtige Fachfrau dafür ist aus ihrer Sicht Regina Michalek, Referentin für Frauenpolitik im Bundesvorstand der Partei.

Doch Appel sieht das anders. Er lud zu der Politikerinnen-Runde Antje Vollmer ein. Die 43jährige wortgewandte promovierte Theologin war von 1983 bis 1985 Fraktionsmitglied der Grünen im Bundestag, bis ihr Mandat der Rotation zum Opfer fiel. Aber auch ohne Sitze im Bonner Parlament spielt die Dozentin an der Evangelischen Heimvolkshochschule Bethel in der grünen Partei eine führende Rolle. Im Gegensatz zu Anhängern der tiefgrünen reinen Lehre – den sogenannten Fundamentalisten – ist Antje Vollmer einer Koalition mit den Sozialdemokraten nicht abgeneigt. Sie erstritt sich den Spitzenplatz der nordrhein-westfälischen Landesliste und wird damit nach den Wahlen wahrscheinlich wieder in den Bundestag zurückkehren.

Seine Frauenreferentin Regina Michalek konnte der Bundesvorstand der Grünen trotz des klaren Votums von 18 : 0 Stimmen beim ZDF nicht durchsetzen. Appel hielt an seiner Kandidatin fest, auch wenn er sonst nicht in dem Ruf steht, den Wünschen der Parteien standhaft zu widerstehen. Für weitere Fernsehauftritte haben die Grünen indes bereits entschieden. So wird die Frankfurter Fundamentalistin Jutta Ditfurth in die „Elefantenrunde" der Parteivorsitzenden am 22. Januar entsandt, die ARD und ZDF gemeinsam ausstrahlen. Manche grünen Pragmatiker hätten lieber Otto Schily in dieser Spitzenrunde gesehen. Doch der Bundesvorstand entschied sich mit 13 : 10 Stimmen knapp für die Tochter von Hoimar von Ditfurth, Autor zahlreicher populär-wissenschaftlicher Fernsehsendungen.

DIETHART GOOS



9.45 **Ratgeber Spielzeug**
Elektronik
10.00 **Tagesschau, Tagesthemen**
10.25 **Tapetenwechsel**

12.55 **Friedensnobelpreis 1986**
Übertragung aus Oslo
14.15 **Ich war der Ankläger**
Interview mit Elie Wiesel
15.15 **Tagesschau**
15.25 **Spaß am Dienstag**
Mit Monika und dem Miesling
16.00 **Die Sklavin Isaura (11)**
16.25 **Nobelpreisverleihung 1986**
Am heutigen Todestag von Alfred Nobel werden in Stockholm von König Carl XVI. Gustav die Nobelpreise verliehen. Live-Übertragung aus dem Konserthuset
19.28 **Fußball-UEFA-Pokal**
Borussia Mönchengladbach – Glasgow Rangers
Achtelfinale-Rückspiel
Übertragung aus dem Bökelberg-Stadion Mönchengladbach
In der Pause:
20.15 **Tagesschau**
(Bei Fußball-Verlängerung verschiebt sich folgendes:)
21.15 **Deutschland vor der Wahl**
Hearing zur Außen- und Sicherheitspolitik
Teilnehmer: Wolfgang Schäuble (CDU), Willy Brandt (SPD), Hans-Dietrich Genscher (FDP), Hans Graf Huyn (CSU), Petra Kelly (Die Grünen) – Moderation: Peter Staisch, Ernst Elitz
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Fußball-UEFA-Pokal**
FC Barcelona – Bayer Uerdingen
Achtelfinale – Rückspiel
Aufzeichnung vom selben Tag aus Barcelona
0.00 **Tagesschau**
0.05 **Nachtgedanken**
Friedrich Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse



11.45 **Umschau**
12.10 **Panorama**
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

13.25 **Das Käthchen von Heilbronn oder Die Feuerprobe**
Großes historisches Ritterschauspiel von Heinrich von Kleist
Aufzeichnung aus dem Schauspielhaus Köln
16.00 **heute**
16.04 **Anderland: Kais Geheimnis**
16.35 **Der Waschbär Rascal**
Ein seltsamer Patient
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
17.45 **Die Wicherts von nebenan**
Ratschläge einer Freundin (1)
18.10 **Lotto – Ziehung A**
18.20 **Die Wicherts von nebenan (2)**
18.55 **Lotto – Ziehung B**
19.00 **heute**
19.30 **Kino-Hitparade**
Filme, Facts und Favoriten
20.15 **ZDF-Magazin**
Brutalitäten in „DDR"-Zuchthäusern. Afghanistan-Krieg. Sowjets erschweren Ausreise für Rußland-Deutsche.
21.00 **Der Denver-Clan**
Claudias Erbe
21.45 **heute-journal**
22.05 **Im Zeichen des Feuers**
Porträt des Friedensnobelpreisträgers Elie Wiesel
22.50 **Vincent van Gogh**
Ein Leben in Leidenschaft
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Kirk Douglas, Anthony Quinn
Regie: Vincente Minnelli
Als Missionar bemüht sich Vincent van Gogh, den belgischen Bergarbeitern bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Mißverständnisse zwingen ihn schon bald zur Aufgabe seines Postens.
0.45 **heute**



Van Gogh (Kirk Douglas, rechts) lernt in Paris den Impressionisten Paul Gauguin (Anthony Quinn) kennen: „Ein Leben in Leidenschaft", ZDF, 22.50 Uhr FOTO: RÖHNERT

III.

WEST
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Ich stelle mich**
Professor Rudolf Pichlmayr, Leiter der Klinik für Transplantationschirurgie der Medizinischen Hochschule Hannover
21.45 **off-off**
Freizeit und Fitneß
22.30 **Die Menschenfalle**
Amerikanischer Spielfilm (1949)
23.45 **Giovanni Agnelli – Porträt**

NORD
18.30 **Die Sprechstunde**
Seelische Entwicklung des Kindes
Nur NDR und RB:
19.15 **Das internationale TV-Kochbuch**
Pakistan (2): Viel Fleisch, viel Ehr'
19.30 **Ökoland**
Wo die Bäume nicht in den Himmel wachsen
Film von Hans-Ernst Weitzel
20.15 **Tagesschau**
20.30 **Carl Maria von Weber**
Autobiographisches, Meinungen und Musik zum 200. Geburtstag
Nur für den SFB:
19.15 **Berliner Abendschau**
20.00 **Offerte**
Aus dem Kulturleben
20.30 **Stadtgespräch**
Thema: Verkehrsberuhigung
Gemeinschaftsprogramm
21.15 **In bester Gesellschaft (7)**
Leben nach dem Tode
22.00 **Akropolis now**
Schweizer Spielfilm (1984)

HESSEN
20.00 **Stadtgespräch**
Heute aus Braunfels
21.30 **Drei aktuell, Sport**
21.50 **Lindenstraße**
Die Wellen der Brandung
22.20 **Wolfgang Hildesheimer**
Eine Sendung zum 70. Geburtstag

SÜDWEST
19.30 **Schlaglicht**
Über Boris Becker
20.15 **In bester Gesellschaft (7)**
Leben nach dem Tode
21.00 **Aktuell / Neues**
21.15 **Jugend und neue Medien**
Aus Mühlhaus (Elsaß)
22.15 **Herbstmarathon**
Sowjetischer Spielfilm (1979)

BAYERN
18.45 **Rundschau**
19.00 **Pink – Live-Musik**
19.30 **Dingsda**
Quiz mit Fritz Egner
20.00 **In bester Gesellschaft**
7. Leben nach dem Tode
20.45 **Zeitspiegel**
Wackersdorf-Diskussion. Metallindustrie: Arbeitszeit im Umbruch. Werden Pillen billiger? Frauen-Förderpläne. SOS-Berufsausbildungs-Zentrum Nürnberg.
21.30 **Rundschau**
21.45 **Z. E. N.**
Hofkapelle, Münchner Residenz
21.50 **Frauen der Sonne (3)**
Australische Fernsehserie
22.50 **Lese-Zeichen**
Büchermagazin
23.20 **Die Fallensteller**
Dokumentation einer Leidenschaft von Michael Marton

SAT1

15.35 **Indian River**
16.00 **Die Flöte und das Moped**
Russischer Jugendfilm (1965)
16.25 **Die Waltons**
17.10 **Kung Fu**
18.00 **Es darf gelacht werden**
Festival mit Harry Langdon: Die Dame ist blau
Ihre Majestät schlägt zu
18.30 **blick**
18.45 **Sport**
19.45 **Goodbye + Amen**
Italienischer Kriminalfilm (1978)
Mit T. Musante, C. Cardinale
21.30 **blick**
22.15 **M – Männermagazin**
Swingbow – Skifahren einmal anders. Pistenteufel. Apres-Ski
22.45 **Nummer Sechs**
Die Glocken von Big Ben



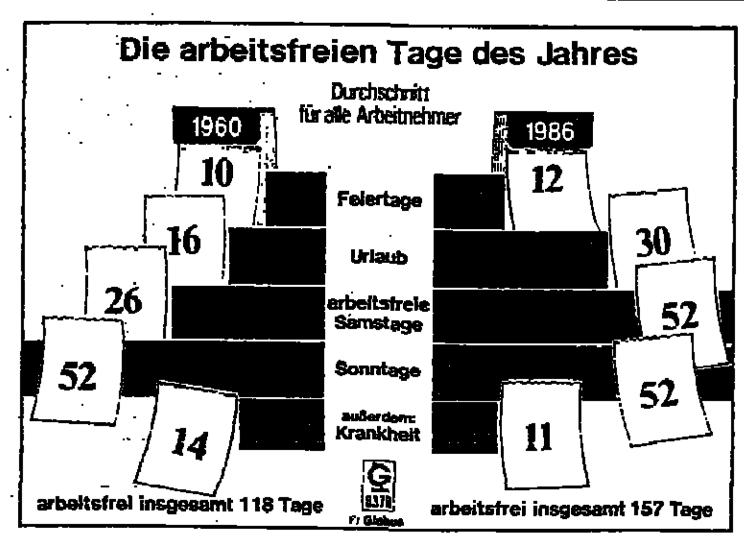
19.00 **Nachbar Europa**
Sanssouci und Neues Palais Potsdam
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Der Forellenhof**
Der 75. Geburtstag
21.10 **Stadt und Gesellschaft**
Florenz und die Renaissance
Von H. Burk und M. Müller
21.55 **Anthrazit**
Französischer Spielfilm (1979)
Lehrer-Schüler-Drama in einem Jesuiten-Internat



18.10 **Bilder aus Deutschland**
Das Weserbergland
19.00 **heute**
19.20 **Studio**
19.30 **Land der Berge**
Einblick in alpinen Segelflug über Eiger, Mönch und Jungfrau
20.30 **Klingendes Österreich**
Most, Wein, Erntedank
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.35 **Kulturjournal**
21.45 **Kampfname: Willy Brandt**
Mehr als 50 Jahre nach seiner Emigration nach Norwegen und Schweden berichtet der SPD-Vorsitzende und Ex-Bundeskanzler über seinen langjährigen Aufenthalt in Skandinavien. Zu Wort kommt auch der österreichische Alt-Bundeskanzler Bruno Kreisky.
23.05 **Zermalmt im Eis**
Die gescheiterte Südpolar-Expedition 1985/86



18.15 **Hits mit Witz / Regional 7**
18.35 **Brigitte zu Besuch**
18.53 **7 vor 7**
19.22 **Karlchen**
19.30 **Insiders**
20.20 **Filmvorschau**
20.30 **Heißes Gold aus Calador**
Amerikanischer Spielfilm (1971)
22.35 **Popeye: Das große Duell**
22.40 **Wer bin ich?**



Seit 1960 ist das Arbeitsjahr erheblich kürzer geworden. Heute sind 157 Tage pro Jahr arbeitsfrei. Am meisten hat dabei die Verkürzung der Arbeitswoche zu Buche geschlagen. QUELLE: GLOBUS

MÄRKTE & POLITIK

British Gas: 800 Mill. Aktien wechselten schon am ersten Tag den Besitzer. Ein Tag der Rekorde an der Londoner Stock Exchange. (S. 12)

Lebenshaltung: Mit einer Jahresrate von zwei Prozent war der Anstieg der Verbraucherpreise in den Industriestaaten im dritten Quartal der schwächste seit 25 Jahren. Das gab der Weltwährungsfond (IWF) bekannt.

Griechenland: Rund 1,8 Mrd. DM erhält das Land von der EG als zweite Kredittranche zur Überbrückung der Zahlungsbilanzprobleme.

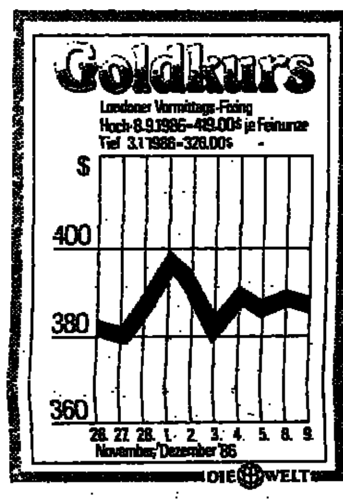
USA: Für 1987 erwartet die Regierung ein reales Wachstum des Bruttosozialproduktes um rund 3,2 Prozent.

Energiewirtschaft: Uwe Jens, Wirtschaftsexperte der SPD-Fraktion, hat vorgeschlagen, die Konzessions- und Demarkationsverträge der Stromanbieter zu überprüfen, um ihre Monopolstellung zu lockern.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	8. 12. 86	5. 12. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	139,50	139,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	72,00	74,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	119,00	121,50	121,50	226,00	84,00

FÜR DEN ANLEGER



Pegasus: Vorzeitig geschlossen wurde gestern, am ersten Tag, die Zeichnungsfrist für die Emission von zwei Mill. DM Vorzugsaktien. Wegen hoher Überzeichnung der Emission muß nach Mitteilung des Konsortialführers Börsen Informations Dienst bei der Zuteilung mit einer scharfen Kürzung gerechnet werden.

Zinstender: 12,4 Mrd. DM neue Wertpapierpensionen hat die Bundesbank den Kreditinstituten zum Zins von 4,60 Prozent für 35 Tage mit Fälligkeit 14. Januar 1987 zugeteilt. Insgesamt gingen bei der Ausschreibung Gebote über 23,8 Mrd. DM ein.

Fresenius: Der ursprünglich bis zum 11. Dezember festgesetzte Verkauf der 300 000 stimmrechtslosen Vorzugsaktien zu 375 DM/Aktie wurde gestern wegen der überaus starken Nachfrage vorzeitig beendet.

DM-Anleihe: Notes mit variablem Zinssatz über 200 Mill. DM legt die African Development Bank über die Deutsche Genossenschaftsbank als Konsortialführer zu pari auf. Fälligkeit ist 8. Januar 1997. Der Zinssatz liegt 0,25 Punkt über dem sechsmonatigen Libor. Valutierung ist am 8. Januar.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 280,42 (279,74); Chemie: 166,66 (166,00); Elektro: 359,71 (357,59); Auto: 746,92(745,40); Maschinenbau: 147,30 (147,45); Versorgung: 168,17 (168,59); Banken: 409,77 (406,51); Warenhäuser: 189,71 (189,09); Bauwirtschaft: 540,89 (541,19); Konsumgüter: 186,48 (185,88); Versicherung: 1363,19 (1371,28); Stahl: 143,06 (143,06).

Kursgewinner:	DM	+ %
VGT	251,00	8,19
Nippon Kokan	3,00	7,14
Überlandwerke	289,00	4,71
Bco. Viscaya	119,00	4,39
Stuttg. Hof	490,00	4,26

Kursverlierer:	DM	– %
Kali Chemie	441,00	10,7
Massa Vz.	500,00	8,51
Vögele	108,00	4,93
Henninger Br.	147,50	4,84
DAT	*790,00*	4,82

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Behauptet

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Esso: In seiner Herbstprognose erwartet das Unternehmen auf Grund des anhaltend sparsamen Verbrauchs eine Steigerung des Energiebedarfs bis zum Jahr 2000 von drei bis acht Prozent. (S. 12)

Preussag: Zwar sind die Verluste im Metallbereich erheblich, dennoch wird das Unternehmen in diesem Jahr noch schwarze Zahlen schreiben. (S. 13)

Kabelmetal: Einen ähnlichen Geschäftsverlauf wie im Vorjahr erwartet das Unternehmen 1986/87. (S. 13)

WER SAGT'S DENN?

Wenn der Markt zum Erliegen kommt, muß der Verbraucher seinen Bedarf erstehen.

Ron Kritzfeld

Lage der deutschen Bauern wird sich auch 1987 nicht verbessern

In Brüssel haben die Agrarverhandlungen ein entscheidendes Stadium erreicht

Mk./Ha. **Bonn/Brüssel**

Einen neuen Anlauf zur Lösung der Überschußprobleme haben die EG-Agrarminister in Brüssel unternommen. Auf der Grundlage eines Vorschlags der britischen EG-Präsidentschaft haben sie versucht, die Schwierigkeiten vor allem auf dem Milch- und Rindfleischmarkt zu meistern. *Während die Minister ihre* Ratstagung verlängerten, legte der Bauernverband seinen Situationsbericht vor. Danach sind die Gewinne je Familienarbeitskraft im Wirtschaftsjahr 1985/86, das am 30. Juni endete, um nominal 0,4 und real 1,5 Prozent gesunken.

Nach der Darstellung von Bauernpräsident Constantin Freiherr Heereman hat nur die Entlastung auf der Kostenseite (sinkende Futtermittel- und Treibstoffpreise) dazu beigetragen, daß das Einkommensminus nicht noch höher ausgefallen ist. Mit *rund 24 900 Mark je Familienarbeits*kraft sei der Gewinn um rund 11 300 Mark geringer als im Durchschnitt außerhalb der Landwirtschaft. Entwickelten sich die landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Einkommen bis Mitte der siebziger Jahre in etwa parallel, so klaffen sie nach Angaben des Verbandes inzwischen immer weiter auseinander.

„Diese insgesamt schlechte Wirtschaftslage der deutschen Landwirtschaft wird sich im laufenden Wirtschaftsjahr 1986/87 nicht verbessern", stellte Freiherr Heereman in Bonn fest. Maßgebend dafür seien einerseits die zu befürchtenden Ertragseinbrüche im Schlachtviehbereich, dem stünden Kostenentlastungen bei Energie, Düngemitteln und weiterhin bei Futtermitteln gegenüber. Nach Angaben des Bauernpräsidenten sei die Lage auf den Fleischmärkten bedrückend. Die Lagerbestände an Butter und Magermilchpulver hätten Rekordhöhen erreicht.

Nach Meinung von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle werden die Einkommen der Landwirte in diesem Jahr steigen, weil ihre Sozialabgaben sinken.

Die Brüsseler Agrarverhandlungen sind gestern in ein entscheidendes *Stadium gelangt. Die britische Prä*sidentschaft wollte den Versuch unternehmen, die Kürzung der Milchquoten, die Reform der Rindfleisch-Marktordnung und ergänzende strukturpolitische Maßnahmen in einem Verhandlungspaket zusammenzufassen. Die Aussichten für einen Kompromiß wurden nicht sehr optimistisch beurteilt.

Im Vorfeld der Beratungen war deutlich geworden, daß der wichtigste Teil der Agrarreform, die Drosselung der Milchproduktion, vor allem ein deutsch- französisches Problem ist. Paris hatte sich entschieden dem Plan Ignaz Kiechles widersetzt, eine weitere Kürzung der Milchquoten (um sieben Prozent) vorzunehmen und die europäischen Landwirte aus EG- Mitteln zu entschädigen.

Während andere EG-Partner sich zumindest mit dem Grundprinzip dieses Vorschlags angefreundet haben, sind die Franzosen bisher nicht darauf eingegangen. Sie meinen, daß über weitere Quotenkürzungen nur nach Absprache mit den anderen großen Erzeugerländern außerhalb der EG entschieden werden könne.

Die Regierung Chirac erweckte den Eindruck, daß sie angesichts ihrer gegenwärtigen innenpolitischen *Probleme eine* Aufschiebung der unpopulären Agrarentscheidungen bevorzugen würde, verwies selbst jedoch auf die bevorstehenden deutschen Wahlen. Die Briten hingegen bemühten sich, ihre am Monatsende auslaufende Präsidentschaft mit einem Agrarkompromiß zu krönen.

Airbusse für Nippon

fu – Airbus hat es endlich geschafft, mit der größten japanischen Fluggesellschaft All Nippon Airways (ANA) ins Geschäft zu kommen. ANA bestellte jetzt zehn Airbusse vom Typ A-320-200 (150 Sitze), die die älteren Boeing-Kurzstreckenjets 737 ersetzen sollen, mit Optionen für weitere zehn A-320. Das Geschäft hat einen Wert von immerhin einer Milliarde Dollar.

Während der Jungfernflug der neuen A-320-200 für März nächsten Jahres erwartet wird, ist es McDonnell Douglas gelungen, 15 dreistrahlige Langstreckenjets des bislang nur auf dem Reißbrett existierenden Typs MD-11 quasi unbesehen zu verkaufen. Als erste Fluggesellschaft überhaupt bestellte British Caledonian neun MD-11 im Gesamtwert von ebenfalls einer Milliarde Dollar. Jetzt teilte auch der ins *Flugzeug-Leasing eingestiegene* japanische Industriekonzern Mitsui die Bestellung von fünf MD-11 mit.

Airbus A-320 und MD-11 lassen sich nicht vergleichen. Dennoch erhellen die jüngsten Aufträge den wachsenden Konkurrenzkampf zwischen den USA und Europa am Zivilluftfahrtmarkt. Airbus ist es gelungen, einen bislang ausschließlich mit amerikanischem Gerät arbeitenden Carrier zu gewinnen. McDonnell Douglas hat es andererseits geschafft, für sein MD-11-Projekt eine wichtige Startrampe zu sichern. Mit jetzt 14 Aufträgen für die MD-11 läßt sich die endgültige Bauentscheidung leichter treffen. Airbus gerät damit noch stärker in Zugzwang. Kunden und Finanzierung für die beiden neuen Projekte A-330 und A-340 (letztere vierstrahlig) für lange und überlange Strekken sicherzustellen.

Zweiklassen-Börse?

Von CLAUS DERTINGER

Insider-Skandale haben die Wall Street und die Londoner Börse erschüttert. Im spektakulärsten Fall des Ivan Boesky ging es um 50 Mill. Dollar, die dieser Arbitrageur und Artist im Übernahmegeschäft an der New Yorker Börse mit vertraulichen Unternehmensinformationen verdient hat, die er illegal ausnutzte.

London hatte einmal den Fall Geoffrey Collier, Chef des Aktienhandels der Merchant Bank Morgan Grenfell, der wegen Verstoßes gegen die Insider-Regeln gefeuert wurde. Und neuer Unrat wird bei der Übernahme der Distillers Company durch die Bierbrauergruppe Guinness gewittert. Die Transaktion ist Gegenstand von Untersuchungen.

Insiderskandale haben die Börsen in London und New York erschüttert. In Deutschland ist die Diskussion wieder aufgelebt, ob der hiesige Ehrenkodex eine wirksame Waffe gegen solche Geschäfte ist.

Insider-Geschäfte sind sicherlich gang und gäbe, solange Börsen existieren. Denn es ist nur allzu menschlich, daß jemand, der Zugang zu internen Informationen hat, diesen Wissensvorsprung durch Kauf oder Verkauf von Papieren an der Börse in bare Münze umzusetzen versucht. Aber es schadet dem Ruf der Börse, wenn es zwei Klassen von Anlegern gibt, die mit Geheimwissen, die große Gewinne absahnt, bevor die andere Gruppe, das Gros der Investoren, auf irgendwelche Neuigkeiten aus einem Unternehmen reagieren kann, die Einfluß auf die Kursentwicklung deren Aktien haben. Schließlich beruht die Funktion der Börse als Sammelbecken für die Mobilisierung von Eigenkapital für die Finanzierung von Investitionen auf dem Vertrauen in die Seriosität und Solidität des Börsengeschäfts.

Deswegen gibt es an vielen Börsen Vorkehrungen gegen Insider-Geschäfte. In den USA sind sie gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt. In Großbritannien, wo sie ebenfalls strafbare Handlungen sind, wurden die Kontrollverfahren gerade durch neue gesetzliche Bestimmungen verschärft, die amtliche Untersuchungen erleichtern sollen. Überdies arbeitet die EG-Kommission schon seit längerer Zeit an einer Gemeinschaftsregelung für die Verhinderung von Insider-Geschäften.

In der Bundesrepublik wird mit den Insider-Handelsrichtlinien, die in Zusammenarbeit der Börsen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und Banken geschaffen wurden, seit mehr als zehn Jahren eine freiwillige Regelung praktiziert. Diese von Juristen in allen Details ausformulierten Richtlinien untersagen, so der Wortlaut, Insidern und ihnen gleichgestellten Dritten Geschäfte in Insider-Papieren unter Ausnutzung von Insider-Informationen, von denen sie aufgrund ihrer Stellung Kenntnis erlangt haben, zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil Dritter.

Das ist ein freiwilliger Kodex, zu dessen Einhaltung sich Entscheidungsträger und verantwortliche Angestellte ihren Unternehmen gegenüber verpflichten. Bei einem von den Börsenprüfungskommissionen festgestellten Verstoß gegen die Richtlinien werden die Erwischten „verurteilt", ihren Börsengewinn an ihr Unternehmen abzuführen. Ergänzt wird dieser Kodex durch ebenfalls freiwillige Händler- und Berater-Regeln, die unlautere Empfehlungen verhindern sollen.

Sind diese freiwilligen Regeln in der Bundesrepublik eine wirksame Waffe gegen Insider-Geschäfte? Die Frage wird immer wieder einmal kontrovers diskutiert. Zweifel kommen nicht zuletzt deshalb auf, weil nur ganz selten Verstöße gegen die Regeln festgestellt worden sind. Der letzte – als nur leicht qualifizierte – gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden der AEG im Zusammenhang mit dem Einstieg von Daimler bei dem Elektrokonzern. Die Kurssprünge mancher Aktien legen jedenfalls die Vermutung nahe, daß weitaus mehr Insider-Geschäfte verborgen bleiben als aufgedeckt werden.

Manche Experten versprechen sich von einer gesetzlichen Regelung mehr Wirksamkeit als von einer auf dem Standesbewußtsein basierenden freiwilligen Wohlverhaltensregelung. Die in den USA gesammelten Erfahrungen mit einem strengen Gesetz untermauern diese These freilich in keiner Weise.

Ganz abgesehen davon, daß sich Kriminelle von einem Gesetz ebensowenig abschrecken lassen wie von einem Ehrenkodex, dessen Verletzung einen Reputationsverlust zur Folge hat: Wie ein Alptraum muß die Vorstellung wirken, Staatsanwälte könnten gegen alle ermitteln, die zufällig kurz vor Bekanntwerden börsenrelevanter Entscheidungen eines Unternehmens zufällig dessen Aktien gekauft oder verkauft haben. Die Gefahr, daß staatliche Schnüffler dem Publikum die Freude am Aktienbesitz verderben und damit die Funktion der Börse schwächen, ist nicht von der Hand zu weisen. Es darf sich allerdings nicht der Eindruck verstärken, die freiwillige Regelung werde allzu lasch gehandhabt.

Bauindustrie legt eine Atempause ein

hg. **Bonn**

Die Lage am Bau ist günstig, die Aussichten sind es weniger: Günther Herion, Präsident im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, erwartet für das kommende Jahr eine reale Zunahme der Bauinvestitionen um drei Prozent. Die sei indes kein Aufschwung, sondern höchstens eine Atempause für die Branche, „denn der Kapazitätsabbau ist noch nicht abgeschlossen", sagte Herion gestern in Bonn.

Im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau rechnet er mit einem realen Zuwachs von vier bis fünf Prozent, während es der Wohnungsbau bestenfalls auf ein bis zwei Prozent bringen werde, sagte Herion weiter. In diesem Jahr dürften die Bauinvestitionen insgesamt um zwei Prozent zunehmen, wobei freilich zu bedenken sei, „daß sie damit das Niveau von 1980 immerhin noch um zehn Prozent unterschreiten".

Sorgen machen der Branche nach wie vor die unbefriedigende Ertragslage, eine überaus dürftige Eigenkapitalausstattung der Unternehmen – *durchschnittlich zwei Prozent der* Bilanzsumme – und der Mangel an Nachwuchs am Bau.

AUF EIN WORT



„Wir wollen gefordert – und nicht gefördert werden."

Dr. Michael Fuchs, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU), Bonn. FOTO: DIE WELT

Verkürzung der Arbeitszeit bringt kaum neue Stellen

mdl, **Köln**

Das Wirtschaftswachstum seit 1984 hat mehr als zehnmal soviel Arbeitsplätze geschaffen wie die Arbeitszeitverkürzung. Zu diesem Ergebnis gelangt der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall). Er stützt sich dabei auf eine Umfrage unter 5000 Mitgliedsfirmen. Danach ermöglichte die Arbeitszeitverkürzung lediglich 24 000 Mehreinstellungen, ohne Arbeitszeitflexibilisierung seien es sogar nur 13 000 gewesen. Insgesamt seien im Bereich Gesamtmetall seit Beginn des Aufschwungs Mitte 1984 rund 330 000 Mitarbeiter zusätzlich eingestellt worden.

Hart getroffen durch die 38,5-Stunden-Woche sind vor allem kleinere Unternehmen. Der Produktionsausfall von Firmen mit weniger als 100 Beschäftigten sei doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Metallindustrie. Ein Viertel der Arbeitszeitverkürzung mußte durch Überstunden ausgeglichen werden. Der Beschäftigungseffekt sei mit 900 Neueinstellungen bei insgesamt 200 000 Beschäftigten verschwindend gering. Dies zeige, daß nur die *Arbeitszeitflexibilisierung* eine Beeinträchtigung des Konjunkturaufschwungs verhindert hat.

Unruhe um „Swiss Connection"

ALFRED ZÄNKER, **Genf**

Die amerikanische Waffenaffäre mit Iran, die über die Genfer Filiale der Schweizerischen Kredit Anstalt (SKA) finanziert worden war, hat eine neue Kontroverse um den Finanzplatz Schweiz und die Sicherheit des *Bankgeheimnisses ausgelöst. Dies*mal geht es um zwei Konten, die der ehemalige CIA-Oberstleutnant Oliver North bei der SKA unter dem Namen „Lake Resources Incorporated" eröffnet hatte und über die man nach Angaben aus Washington bis zu 30 Millionen Dollar aus Waffenlieferungen nach Iran „gewaschen" und an die Contras in Nicaragua weitergeleitet hatte. Über dieselben Konten sollen auch andere politische Gelder gelaufen sein, zum Beispiel Zahlungen des Texaners Ross Pierot zum Freikauf von US-Geiseln in Libanon, Gelder des Sultanats Brunei und anderer arabischer Ölscheichs für den Widerstand in Afghanistan.

Die US-Regierung hatte die SKA schon vor einigen Tagen informell „gebeten", diese Konten zu sperren, und die Bank hatte dem entsprochen. Nun ist auch ein offizielles amerikanisches Rechtshilfegesuch in Bern eingetroffen, das die Öffnung der Konten verlangt. Eine erste Prüfung des Gesuchs weise aber „Mängel" auf. Man habe Washington um zusätzliche Informationen gebeten, um den „genauen Sachverhalt" festzustellen und abzuklären, *ob* ein nach Schweizer Recht strafbares Delikt vorliege, betont ein Sprecher des Justizministeriums in Bern.

In Zürich hat die Affäre neue Beunruhigung hervorgerufen. Wieder, wie schon im Falle des Ex-Diktators Marcos, wird das Scheinwerferlicht auf die Schweizer Banken gerichtet. „Wieder wird der Finanzplatz Schweiz in die Rolle eines willfährigen Datenlieferanten gedrängt der die Anwendung seiner Gesetze von politischen und wirtschaftlichen Opportunitätsüberlegungen abhängig macht", warnt die „Neue Zürcher Zeitung".

Die SKA wird wegen ihres „vorauseilenden Gehorsams gegenüber einer Großmacht, die nicht zum erstenmal Gelder in der Schweiz blockieren möchte", getadelt. Die Schweiz verzichte damit unter politischem Druck aus Washington ein weiteres Mal auf ein „rechtsstaatlich sauberes Vorgehen", meint das den Banken nahestehende Blatt.

Die Nachgiebigkeit der SKA erklärt sich aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit vom amerikanischen Markt, vor allem aus ihrer Allianz mit der „First Boston" und die Furcht vor Prestigeverluste und Repressalien. „Durch unsere starke Expansion in den USA haben wir uns erpreßbar gemacht", meint ein Genfer Bankier.

Inzwischen überprüft auch die Schweizer Bundesstaatsanwaltschaft Berichte, nach denen Kampfhubschrauber, Panzerersatzteile und Kanonen über Schweizer Territorium nach Iran geliefert worden sein sollen. Bern hat von Washington volle Auskunft verlangt.

Kurssprünge bei British Gas

Neue Aktie brachte den Großanlegern kräftige Gewinne

H.-A. SIEBERT, London

Als ein Spektakel erster Klasse feierte die Londoner City die Aufnahme des Handels mit den Aktien der privatisierten British Gas PLC: Schottische Dudelsackpfeifer geleiteten mit blauweißen Rosetten geschmückte Ehrengäste durch die berühmte Threatneedle Street zur Stock Exchange. Luftballons, die Gasflammen ähnelten, stiegen zur Decke des Börsenraums. Die Broker selbst waren zu beschäftigt, um das Schauspiel zu genießen: Innerhalb weniger Minuten schoß der Kurs, der sich am grauen Markt bei 56 Pence eingependelt hatte, auf 68 Pence. Das war ein unerwartetes Plus von 36 Prozent gegenüber dem Einstandskurs.

Auch sonst purzelten die Rekorde. In den ersten anderthalb Börsenstunden wechselten mehr als 520 Mill. Aktien den Besitzer, beim Schlußgong waren es über 800 Mill. – ein Fünftel der Papiere. Die Zahl der Kontrakte überstieg 81 700, davon waren 64 400 Optionen. Ein starker Kaufdruck ging von amerikanischen und japanischen Investoren aus. Im Markt waren vor allem institutionelle Anleger, da die meisten privaten Käufer erst in der kommenden Woche über ihre neuen Papiere verfügen können. Die British-Gas-Aktie fiel am Ende des aufregenden Börsentages auf 62,5 Pence. Gestern ermäßigte sie sich nochmal leicht auf 62 Pence.

Nach British Telecom, British Aerospace und Jaguar ist British Gas das vierte größere Unternehmen, das von der konservativen Thatcher-Regierung privatisiert worden ist. Auf der Liste steht jetzt noch die Fluggesellschaft British Airways.

Aus dem Kurssprung schließen die Kritiker in der City, daß auch diesmal die Aktie vor der Einführung von der Regierung unterbewertet worden ist und die Großanleger einen nicht zu rechtfertigenden Reibach gemacht haben. Eine neue Umfrage zeigt überdies, daß 71 Prozent der britischen Bevölkerung die Entstaatlichung der British Gas nicht wünschten. Nach ihrer Meinung müssen bestimmte Unternehmen in öffentlichem Besitz bleiben.

Nach letzter Zählung haben rund 4,3 Mill. Engländer Aktien der British Gas geordert, und zwar zu einem Preis von jeweils 135 Pence, der in drei Raten über fast anderthalb Jahre gezahlt werden muß. Fällig sind zunächst nur 50 Pence. Auf dem Papier hat ein Anleger, der 600 Aktien erhält, damit am ersten Tag 75 Pfund verdient. Nach einem neuen Schlüssel sind 64 Prozent der Anteilscheine für private Anleger, 24 Prozent für Institutionen und zwölf Prozent für Ausländer bestimmt. Briten, die ihre Aktien drei Jahre nicht veräußern, erhalten kostenlos Gas und einen Bonus.

Streit um Forschungsausgaben der EG

Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik fordern drastische Reduzierung

WILHELM HADLER, Brüssel

Harte Fronten gab es gestern im Streit um die Finanzausstattung des geplanten Rahmenprogramms der EG für Forschung und Entwicklung. Während Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik mit Rücksicht auf die angespannten EG-Finanzen bei gemeinsamen Projekten möglichst kurztreten wollten, bemühten sich die Länder mit schwach entwickelter nationaler Forschung nachdrücklich um eine großzügigere Dotierung.

Die EG-Kommission hatte für das Fünfjahresprogramm (1987 bis 1991) zunächst 10,3 Mrd. Ecu (ein Ecu gleich 2,08 DM) und später 7,7 Mrd. Ecu beantragt. Die drei großen Länder wollten die Ansätze gestern auf 4,2 Mrd Ecu zusammenstreichen. Politische Rückendeckung hat die Kommission auch vom Europa-Parlament erhalten. Die Straßburger Abgeordneten forderten sie sogar mit großer Mehrheit auf, ihre Vorschläge in Bausch und Bogen zurückzuziehen, falls der Rat wesentliche Kürzungen an dem Programm vornimmt.

Nach den Römischen Verträgen besitzt die EG-Behörde ein Vorschlagsmonopol. Der Rat kann ihre Vorlagen nur einstimmig abändern. Liegt kein Vorschlag vor, ist nach herrschender Rechtsauffassung auch kein Beschluß möglich. In den letzten Wochen hat die Kommission mehrfach Vorschläge zurückgenommen, weil sie von den Regierungen zu stark verwässert worden waren.

Nach Meinung von EG-Vizepräsident Karl-Heinz Narjes sind die Finanzansätze von der Kommission bereits so vorsichtig bemessen worden, daß bei den Projekten die kritische Schwelle erreicht ist. Narjes hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die Forschungs-Zusammenarbeit nicht nur dazu dienen soll, die Wettbewerbskraft der europäischen Industrie gegenüber den Konkurrenten in USA und Japan zu stärken, sondern zugleich (über die Entwicklung gemeinsamer Normen und die Öffnung der staatlichen Beschaffungsmärkte) einen Beitrag zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes leistet.

Die Kommission argumentiert, daß bereits die „Fortschreibung" des bisherigen Rahmenprogramms (1984 bis 1986) einen Mittelbedarf für die kommenden fünf Jahre von etwa 5,5 Mrd Ecu ergibt. Dabei berücksichtigt sie, daß das bisherige Programm von 3,75 Mrd Ecu für vier Jahre und für nur zehn Mitgliedsländer galt. Angesichts des von den Regierungschefs mehrfach bekräftigten Zieles einer erheblich erweiterten technologischen Zusammenarbeit seien die Ansätze angemessen. Die echte Aufstockung des Finanzrahmens belaufe sich jährlich lediglich auf 400 Mill. Ecu.

Die Bundesregierung trat gestern erneut dafür ein, das EG-Programm vor allem nach dem Grundsatz der Komplementarität und des „europäischen Mehrwerts" (also des zusätzlichen Forschungsertrages gemeinsamer Projekte) zu gestalten.

De Benedetti abgeschlagen

Zweitgrößtes Verlagshaus in Frankreich wechselt Besitzer

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Im Kampf um die „Presses de la Cité", das zweitgrößte Verlagshaus Frankreichs hinter Hachette, ist nun doch Jimmy (James) Goldsmith als Sieger hervorgegangen. Der französisch-britische Financier verkündete gestern den Erfolg seines öffentlichen Übernahmeangebots, welches mindestens 55 Prozent der Aktionäre akzeptiert haben. Damit bliebe Carlo de Benedetti auf der Strecke, obwohl er in diesem spannenden Wettstreit der Herausforderer gewesen ist.

Schon Ende September hatte der Italiener über seine französische Holding Cerus den Aktionären der Presses de la Cité ein Angebot für einen Aktientausch unterbreitet, welches Anfang Oktober von der von Goldsmith beherrschten Generale Occidentale durch eine günstigere Tauschofferte überboten wurde. Die Finanzierung sollte in beiden Fällen durch Kapitalerhöhungen erfolgen. Gleichzeitig versuchten die beiden Kontrahenten durch Börsenkäufe ihre Position zu verstärken.

Zu diesem Zweck verbündete sich Cerus mit der französischen Gesellschaft Pechelbronn, die ihre Beteiligungen an der Presses de la Cité zuletzt auf 22,5 Prozent brachte. Angestrebt war zunächst eine Sperrminorität von 36,6 Prozent. Dagegen zielte die Offerte der Generale Occidentale auf mindestens 50,25 Prozent. Sie wurde aber von der Nachfrage deutlich übertroffen. Ist damit Goldsmith bei der Presses de la Cité alleiniger Herr im Hause geworden?

Diese Frage ist noch nicht ganz eindeutig zu beantworten. Denn Ende Oktober hatten Goldsmith und Benedetti überraschend bekanntgegeben, daß sie den Verlag „gemeinsam" entwickeln und zu einer Multimediengruppe von europäischer Dimension erheben wollten.

Immerhin ist Goldsmith im französischen Verlagswesen schon stark vertreten. Er kontrolliert insbesondere das Nachrichtenmagazin „L'Express" und die Zeitschrift „Lire", während de Benedetti bisher nur den italienischen Verlag Mondadori kontrolliert. Beiden gemeinsam ist das Streben nach maßgeblichen Beteiligungen im privaten und zu privatisierenden französischen Fernsehen, wobei es Goldsmith auf den 5. Kanal und Benedetti auf TV 1 abgesehen hat.

Vor allem aber kann sich jetzt Goldsmith dank seiner Mehrheitsbeteiligung an der Presses de la Cité den Zugriff auf deren wichtigste Gewinnquelle, den Buchklub France Loiseres, sichern. Dieser wird zu 50 Prozent von der deutschen Bertelsmann-Gruppe kontrolliert, während sich in die übrigen 50 Prozent die Presses de la Cité zu 49,85 Prozent und deren drei Spitzenmanager mit zusammen 0,15 Prozent teilen. Ihre Verkaufszusage an Goldsmith für den Fall, daß dieser die Mehrheit bei der Presses de la Cité erlangt, dürfte sehr gut honoriert worden sein.

Zu Presses de la Cité gehören der Schulbuchverlag Bordas, verschiedene Taschenbuch-Editionen und der Anteil an France Loiseres, der allein 2 Mrd. Franc des Umsatzes von 3,2 Mrd. Franc (1985) stellte. Daraus stammte auch der größte Teil (90 Prozent) des Reingewinns von 140 Mill. Franc. Außer seinen Fernsehplänen hat Goldsmith die Absicht bekundet, über die Presses de la Cité eine neue nationale Tageszeitung herauszubringen. Eine Kooperation mit Bertelsmann erscheint dabei denkbar.

Erfolge gute Grundlage für die Zukunft

Bundesverband der Deutschen Industrie hat zehn Wünsche an die neue Bundesregierung

Von SIEGFRIED MANN

Tiefgreifende Veränderungen der Weltmärkte, wachsender weltweiter Protektionismus, deutliche Steigerungen im Tempo und Qualität des technischen Fortschritts, eine besorgniserregende Abwärtsentwicklung der Geburtenrate, schon heute erkennbare Schwierigkeiten für unser Rentenversicherungssystem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und Veränderungen der gesellschaftlichen Wertvorstellungen sind einige der Kennzeichen eines sich rasch vollziehenden Strukturwandels.

Entscheidungen, die diesen Herausforderungen gerecht werden wollen, setzen verläßliche äußere Sicherheit, den Konsens der gesellschaftlichen Kräfte in Kernfragen sowie die Bereitschaft der Bundesregierung voraus, Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik konsequent als Ganzes zu handhaben. Grundlage politischen Handelns muß weiterhin die Einsicht sein, daß eine freiheitliche Gesellschaftsordnung, eine marktbezogene Wirtschaftsordnung und eine die Eigenverantwortlichkeit der Menschen achtende Sozialordnung sich gegenseitig zwingend bedingen. Die Bundesregierung hat ihre Entscheidungen während der zu Ende gehenden Legislaturperiode an diesem Koordinatensystem orientiert. Die Erfolge der bisher geleisteten Regierungsarbeit sind eine gute Grundlage, um die Aufgaben von morgen zu erfüllen. Die Industrie erwartet in diesem Sinne von der neuen Bundesregierung vor allem:

1. Besonnene, aber auch mutige Sicherung der Chancen technischen Fortschritts, begleitet von einer sachgerechten Kontrolle seiner Risiken.

2. Energie und Phantasie beim Aufbau und Ausbau einer modernen Infrastruktur. Dazu gehören neben einer leistungsfähigen Grundlagenforschung und neben einem Bildungssystem, das den ideologischen Ballast hinter sich läßt, vor allem die Schaffung einer Informations- und Kommunikationsinfrastruktur, die den Ansprüchen von Bürgern und Unternehmen gerecht wird.



Siegfried Mann, Hauptgeschäftsführer des BDI, Köln
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

3. Kontinuität und mehr Marktwirtschaft in der Energie- und Umweltpolitik, aber auch die Einsicht, daß vor allem bei der Lösung von Umweltproblemen mehr Kooperation auch über nationale Grenzen bessere Wirkungen erzielen kann. In Zukunft bedarf es weiterer gemeinsamer Anstrengungen, Umweltbelastungen frühzeitig zu erkennen und vorsorgend zu vermeiden.

4. Als Ergebnis einer stabilitätsbewußten Reform die Schaffung eines Steuersystems, das einfach, gerecht und von Subventionstatbeständen möglichst frei ist. Die Leistungen des einzelnen sollten dabei durch einen linear-progressiven Einkommensteuertarif wieder lohnend gemacht und die Unternehmen von ihren spezifischen Steuern so entlastet werden, daß sie im internationalen Wettbewerb der Steuersysteme nicht noch weiter abfallen.

5. Die Konzipierung eines weit über die 90er Jahre hinausreichenden Rentensystems, das auch bei wirtschaftlichem Gegenwind finanzierbar bleibt, weiterhin an die Lohn- und Beitragsbezogenheit der Renten anknüpft und dem Gedanken der Selbstverantwortung des Bürgers genügend Raum gibt.

6. Wirksames Eindämmen des gesetzlich begründeten Anteils an den Lohnzusatzkosten, die insgesamt mittlerweile 80 Prozent des Direktlohns ausmachen, von daher zu einem immer gewichtigeren negativen Wettbewerbsfaktor für die Unternehmen werden und den leistungswilligen Arbeitnehmer entmutigen.

7. Eine auf Flexibilität angelegte Weiterentwicklung des Rechtssystems der Arbeitsbeziehungen mit dem Ziel, die Auslastung der Produktionsmittel zu steigern, die Entscheidungsfreiheit der Arbeitnehmer im Spannungsfeld von Arbeit und Freiheit zu erhöhen und die Chancen der Arbeitssuchenden zu verbessern.

8. Abbau der molochartig wachsenden Überbürokratie auf allen Ebenen und Entwicklung von Vorkehrungen, die jeden entmutigen, der neues Gestrüpp zwischen alte Vorschriften pflanzen will.

9. Festhalten an einer Wettbewerbspolitik, die sich unter Verzicht auf populistische Sprünge am Leitbild eines dynamischen Wettbewerbs orientiert, nur den Maßstab des Marktes bei der Beurteilung wirtschaftlicher Macht gelten läßt und der zunehmenden Internationalisierung Rechnung trägt.

10. Geduldige, aber auch couragierte Unterstützung aller Schritte zur Verwirklichung eines europäischen Binnenmarktes, zur Überwindung des ruinösen Systems der europäischen Agrarpolitik und zur Eindämmung der weltweit wachsenden Tendenzen protektionistischer Abschottung.

Heizöltanks sind prall gefüllt

Esso-Studie: Verkauf hat sich seit August halbiert

adh. Frankfurt

Die Deutschen sind Weltmeister im Vorsorgen: Ihre privaten Heizöltanks mit einer Kapazität von rund 33 Mill. Tonnen (bei einem Jahresverbrauch von 35 bis 36 Mill. Tonnen) sind prall gefüllt. Sie haben vor allem den Tiefststand der Heizölpreise im Juni von rund 20 Pfennig je Liter genutzt. Seit August können die Ölfirmen pro Monat nur noch rund zwei Mill. Tonnen verkaufen, gegenüber vier Mill. in „normalen" Zeiten.

In ihrer Herbstprognose über die weitere Entwicklung des Energiebedarfs in der Bundesrepublik erwartet die Esso AG bis zum Jahr 2000 nur einen moderaten Anstieg um drei bis acht Prozent. Denn die Deutschen gehen, ungeachtet der günstigen Preise, sparsam mit der Energie um. Bei den Mineralölprodukten rechnet Esso sogar mit einem Rückgang des Verbrauchs. Das gilt auch für Benzin, für das die Durchschnittspreise in diesem Jahr um rund 40 Pfennig auf 98 Pfennig je Liter zurückfielen. Zwar hält Esso im kommenden Jahr „erratische" Schwankungen für möglich, in der Tendenz wird der Preis aber erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wieder stark steigen. Mit einem Anteil von 33 bis 35 Prozent an der Deckung des gesamten Energiebedarfs bleibe Mineralöl der führende Energieträger.

Aufholen wird nach Esso-Ansicht die Steinkohle, wegen der stärkeren Verwendung bei der Stromerzeugung, und das Erdgas. Bei Kernenergie wird mit nur einem leichten Anstieg auf 13 bis 14 (heute zehn) Prozent des Energiebedarfs gerechnet, falls die derzeitigen Anlagen weiterlaufen und die im Bau befindlichen den Betrieb aufnehmen. Bei Wasserkraft, Sonnen- und Windenergie sieht die Prognose kaum Steigerungsmöglichkeiten über den heute erreichten Anteil von zwei Prozent hinaus.

Internationale Finanzen

Kajima: Der japanische Baukonzern begibt Eurobonds über 100 Mill. Dollar mit Fälligkeit 23. Dezember 1991 mit Warrants zum Kauf von Aktien des Unternehmens mit einem indizierten Kupon von 3,625 Prozent. Jeder Bond über 5000 Dollar ist mit einem Optionsschein ausgestattet, der zum Kauf von Aktien zu einem voraussichtlichen Aufgeld von 2,5 Prozent über dem Schlußkurs bei Festlegung der Konditionen am 15. Dezember berechtigt.

Dollar-Anleihe: Mit Fälligkeit 2. Februar 1997 legt die Stadt Oslo 7,875prozentige Eurobonds über 150 Mill. Dollar zu einem Kurs von 101,5 Prozent auf.

Bankers Trust: Unter eigener Führung legt die Bank eine fünfjährige Anleihe über 100 Mill. Dollar zu 101,875 Prozent auf. Halbjährlich können über Zinsscheine Kupons von 5,8; 6,01; 6,23; 6,46; 6,70; 6,94; 7,20; 7,46; 7,73; 8,01 und 8,31 Prozent bezogen werden.

KHD Dutch Finance: über 75 Mill. Dollar begibt das Unternehmen eine achtprozentige Anleihe mit fester Laufzeit von sieben Jahren und einem Kurs von 99,5 Prozent.

Options-Anleihe: Mit Fälligkeit 7. Januar 1992 legt Nippon Gas eine 2,25prozentige Anleihe mit Optionsscheinen über 50 Mill. Sfr. auf. Sie kann vom 7. Juli 1987 an zu 102,25 Prozent getilgt werden. Danach verringert sich der Rückkaufkurs halbjährlich um 0,25 Prozent bis auf pari. Jeder Teilschuldverschreibung über nominal 50 000 Sfr. sind Optionsscheine beigefügt, die zum Kauf von Aktien des Unternehmens berechtigen. Die Optionskonditionen wird Nippon Gas am 15. Dezember festlegen.

Remy Finance: 7,625prozentige Eurobonds über 40 Mill. Ecu (rund 83 Mill. DM) legt das Unternehmen bei einem Kurs von 101,625 Prozent auf. Die Anleihe kann nicht vor dem 15. Januar 1992 getilgt werden.

Wir trauern um

Dr. Günter Middel

geb. 8. Dezember 1908 gest. 7. Dezember 1986

Eva Middel geb. Arnold und die Kinder
Rolf Middel
Hannelore Czypull geb. Middel
Dieter Middel
Heidi Heimann geb. Middel
Bernd Middel
Monika Köhn
und Angehörige

Bebelallee 61 F
2000 Hamburg 60

Trauerfeier am Freitag, dem 12. Dezember 1986, um 12.00 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

BEKANNTMACHUNGEN

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg 80, Ochsenwerder Landstr. 67, belegene, im Grundbuch von Spadenland Blatt 193 (Flurstück 1035) auf den Namen

Dr. med. Susanne Leonore Sengpiel geb. Jähkel

eingetragene Grundstück, Größe: 1000 m², durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem zur Zeit vermieteten großzügigen, nicht unterkellerten Flachdachbungalow, Baujahr 1971, nebst Garage, in normaler Wohnlage gelegen. Die Ausstattung ist großzügig (Fußbodenbeläge überwiegend Marmor). Wohnfläche 130 m², 4 Zimmer mit Nebenräumen.

Verkehrswert gem. § 74a Abs. 5 ZVG DM 540 000,–
Feuerkassentaxe DM 28 920,–

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf
Freitag, 23. 1. 1987, 9.00 Uhr, 1. Stock, Zimmer 114,
vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Str. 8.

FINANZANZEIGE

Thyssen gibt bekannt:

1. Aufforderung zum Umtausch

der auf August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft lautenden Aktien – Wertpapier-Kenn-Nr. 748 500 –

Die Aktien unserer Gesellschaft sind derzeit nur noch mit Erneuerungsschein lieferbar, so daß die Ausgabe neuer Gewinnanteilscheine erforderlich wird. Da außerdem die Aktien unserer Gesellschaft noch auf die Firma „August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft" lauten und diese Firma nicht § 1 Abs. 1 unserer geltenden Satzung entspricht, beabsichtigen wir, neue, der Satzung entsprechende Aktienurkunden auszugeben.

Wir fordern unsere Aktionäre daher auf, ihre noch auf die alte Firma lautenden unrichtig gewordenen Aktienurkunden mit Erneuerungsschein in der Zeit

vom 17. Dezember 1986 bis 18. März 1987 einschließlich

bei einem der nachstehend genannten Kreditinstitute während der üblichen Schalterstunden zum Umtausch gegen auf „Thyssen Aktiengesellschaft vorm. August Thyssen-Hütte" lautende Aktien einzureichen:

Dresdner Bank AG; Bank für Handel und Industrie AG; Deutsche Bank AG; Deutsche Bank Berlin AG; Bank für Gemeinwirtschaft AG; Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG; Bayerische Landesbank Girozentrale; Bayerische Vereinsbank AG; Berliner Bank AG; Berliner Commerzbank AG; Berliner Handels- und Frankfurter Bank; Commerzbank AG; DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank; Hessische Landesbank – Girozentrale –; Marcard & Co; Merck, Finck & Co.; Norddeutsche Landesbank Girozentrale; Sal. Oppenheim jr. & Cie.; Simonbank AG; J. H. Stein; Trinkaus & Burkhardt KGaA; M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.; Westdeutsche Landesbank Girozentrale; Westfalenbank AG; Commerz-Credit-Bank AG Europartner; Deutsche Bank Saar AG; L'Européenne de Banque; Schweizerische Bankgesellschaft; Schweizerische Kreditanstalt; Schweizerischer Bankverein.

Die neuen Aktien im Nennbetrag von DM 50,–, DM 500,– und DM 1000,– tragen das Ausstellungsdatum „im Juni 1986" und sind mit Gewinnanteilscheinbogen, enthaltend die Gewinnanteilscheine Nr. 1 bis 20 und Erneuerungsschein, ausgestattet.

Sofern die umzutauschenden Aktien von einem Kreditinstitut verwahrt werden, wird der Umtausch von dort veranlaßt; in diesem Fall ist vom Aktionär nichts zu unternehmen.

Die neuen Aktienurkunden werden den Aktionären provisions- und spesenfrei zur Verfügung gestellt. Die Depotbanken werden gebeten, sich wegen der Erstattung der Provision mit einer der genannten Umtauschstellen in Verbindung zu setzen.

An allen deutschen Wertpapierbörsen werden die Aktien unserer Gesellschaft in der Zeit vom 17. Dezember 1986 bis 19. Januar 1987 einschließlich sowohl in alten als auch in neuen Aktienurkunden lieferbar sein. Mit Ablauf des 19. Januar 1987 wird die Lieferbarkeit der alten Aktienurkunden zurückgenommen werden, so daß danach nur noch die neuen Aktienurkunden lieferbar sind. An den in Frage kommenden ausländischen Wertpapierbörsen werden die neuen Aktienurkunden ebenfalls vom 17. Dezember 1986 an lieferbar sein.

Die nicht eingereichten unrichtig gewordenen Aktienurkunden werden wir nach § 73 AktG für kraftlos erklären. Die hierzu erforderliche Genehmigung ist uns vom Amtsgericht Duisburg, Registergericht, erteilt worden.

Duisburg, im Dezember 1986 Der Vorstand



THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT

Preussag noch im Plus

Aber: Erhebliche Probleme im Metallbereich bis 1987

dos, Hannover

Trotz riesiger Verluste im Metallbereich und erheblicher Belastungen in der Versorgerschiffahrt schreibt die Preussag AG, Hannover, noch schwarze Zahlen. Vorstandschef Günther Saßmannshausen wollte sich bei der Erläuterung der Neun-Monats-Zahlen aber nicht festlegen, wie das Bilanzergebnis 1986 aussehen wird. Aus heutiger Sicht sei die „Gestaltung der Bilanz" noch völlig offen. So gesehen ließen sich auch Fragen nach der Dividende nicht beantworten, wenngleich die Preussag „nie ausgeschüttet hat, was nicht verdient wurde". Für 1985 erhielten die Aktionäre noch acht (neun) DM Dividende.

Nach Saßmannshausen sind die Schwierigkeiten im laufenden Jahr durch die Entwicklung der Metall- und Erdölpreise, die Währungskursänderungen und die Lage auf dem Markt der Versorgungsschiffahrt ausgelöst worden. Die vorgenommenen Anpassungsmaßnahmen im Metallbereich wirkten zwar kostenentlastend, hätten aber zum Beispiel im Harz zu hohen Verlusten geführt. Ungelöst seien noch die Probleme um die Bleihütte in Nordenham. Der skandinavische Partner Boliden zeige wenig Neigung, sich an den Neubaukosten zu beteiligen. Mit der Verselbständigung der einzelnen Betriebe solle deutlich gemacht werden, wo die Schwachstellen liegen.

Für einen Ausgleich der Verlsute in den Sparten Metall und Versorgungsschiffahrt (vier weitere Schiffe sollen verkauft, die Zahl der aufgelegten Schiffe weiter erhöht werden) sorgten bisher die Bereiche Kohle, Tanklager, Kesselwagen, Anlagenbau und Chemie. Das Kohlekraftwerk Ibbenbüren soll im Januar ans Netz gehen. Ausgeglichene Ergebnisse präsentierten die britische AMC-Gruppe und die Sparte Erdöl und Erdgas. Bei AMC mache die Konsolidierung nach der Zinnkrise gute Fortschritte. Für 1987 rechnet die Preussag mit einer deutlichen Besserung, wenngleich die derzeitigen Sorgenkinder sicher noch nicht die Gewinnzone erreichen werden. In den ersten neun Monaten 1986 weist der Inlandskonzern unter der erstmaligen Einbeziehung der Deilmann-Gruppe einen Umsatz von 3,4 Mrd. DM aus (+ 6,5 Prozent).

Kabelmetal mit hohen Abschreibungen

Die Dividende bleibt unverändert 5,50 Mark – Hoffnung auf Belebung im Baugeschäft

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Mit vielen Wenn und Aber versieht Jörg Stegmann, Vorstandsvorsitzender der zur MAN-Gruppe gehörenden Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (Kabelmetal), Osnabrück, seine Prognosen zur weiteren Entwicklung im Geschäftsjahr 1986/87 (30. 6.). Ähnliche Ergebnisse wie im Vorjahr, so Stegmann, seien nur erreichbar, wenn der Winter nicht allzu lange dauert, die Tarifabschlüsse im Rahmen bleiben und vor allem der Verfall der Kupferpreise endlich gestoppt wird. Speziell der letztgenannte Faktor hat im vergangenen Jahr einige Hoffnungen zerschlagen. Rund 15 Mill. DM kosteten die Niederstwert-Abschreibungen.

Wären diese Aufwendungen nicht wirksam geworden, „hätten wir über eine Dividendenerhöhung nachgedacht", sagte Stegmann. Statt dessen bleibt Kabelmetal bei der Vorjahresdividende von 5,50 DM. Inzwischen wird neuerlicher Bedarf sichtbar: Die Kupferpreise sind seit Ende Juni um weitere 35 Pfennig pro Kilogramm gesunken. Insgesamt zeige die Geschäftsentwicklung in den ersten fünf Monaten 1986/87 ein ähnliches Bild wie im Vorjahr. Dies gelte sowohl für Auftragseingang und Umsatz wie für das Ergebnis. Einen Ausgleich für das schwächer werdende Geschäft mit den Industriekunden erhofft sich Stegmann von der Belebung der Bauwirtschaft.

Kabelmetal konzentriere sich voll auf die Stärkung der eigenen Fabriken. Diesem Zweck dienten die Investitionen von jährlich rund 35 Mill. DM. Derzeit seien die Anlagen zwar noch voll ausgelastet. Um aber gerüstet zu sein für schlechtere Zeiten, werde jetzt ein Vorsorge-Paket geschnürt. Dazu gehöre ein Sozialplan für ausscheidende schwerbehinderte Mitarbeiter (rund 100), die älter als 58 Jahre sind.

Mit den Ergebnissen des Jahres 1985/86 zeigt sich Stegmann insgesamt zufrieden. Der Umsatz wird mit 686 (681) Mill. DM ausgewiesen. Bereinigt um Kupferpreisschwankungen ergibt sich ein Plus von 3,1 Prozent. Der Bilanzgewinn blieb trotz der Bestandsabwertungen mit 14,8 (14,9) Mill. DM auf Vorjahresniveau. Der Cash-flow erreichte 38,7 (37,9) Mill. DM; der Gewinn pro Aktie vor Steuern stieg auf 19,07 (18,08) DM. Im Beteiligungsbereich bereitet nur die Berliner Messing-Tochter, die noch immer hohe Verluste vortragen muß, einige Sorgen. Nach den Worten Stegmanns brachte der Verkauf der 25-Prozent-Beteiligung an Les Cables de Lyon zwar einen Buchverlust. Insgesamt aber seien in die Kasse von Kabelmetal im Zuge der Abgabe der Kabelaktivitäten „zwischen 100 und 200 Mill. DM" geflossen, wobei die obere Grenze realistischer sein dürfte.

Nach Ei-Skandal geht es bei Birkel wieder aufwärts

nl. Weinstadt

Die durch die Flüssigei-Affäre stark in Mitleidenschaft gezogene Birkel-Firmengruppe, Weinstadt-Endersbach, mit Abstand größter deutscher Teigwaren-Hersteller, sieht sich wieder auf dem aufsteigenden Ast. Wie Klaus Birkel, geschäftsführender Gesellschafter der B. Birkel Söhne GmbH, anläßlich einer Informationsveranstaltung in Weinstadt mitteilte, peile die Gruppe nach dem drastischen Umsatzrückgang des Jahres 1985 auf etwa 350 (400) Mill. DM für das laufende Jahr 1986 einen Wiederanstieg auf die 400-Millionen-Marke an.

Die gesamte deutsche Teigwarenindustrie hatte durch den Skandal in 1985 einen Rückgang der Produktion um rund sechs Prozent auf 218 500 Tonnen hinnehmen müssen. Birkel repräsentiert allein rund die Hälfte der deutschen Produktion. Den Exportanteil beziffert Birkel mit acht Prozent, Angaben zur Ertragslage macht er nicht. Besorgt zeigt er sich über die steigenden Importe aus Italien, die den weitaus überwiegenden Teil der Teigwaren-Einfuhren ausmachen. Am deutschen Teigwaren-Markt, der auf ein Volumen von etwa 250 Mill. Tonnen pro Jahr veranschlagt wird, entfallen auf die Importe rund 50 Mill. Tonnen. Birkels Sorge resultiere vor allem aus den unterschiedlichen Einstandspreisen für Hartweizengrieß.

Andererseits gehe man davon aus, daß der Markt für hochwertige Produkte überdurchschnittlich ansteigt. Um solchen Entwicklungen rechtzeitig Rechnung zu tragen, habe das Unternehmen 20 Mill. DM in zwei neue Produktionslinien investiert, die dieser Tage ihren Voll-Lastbetrieb aufnahmen.

Kartte: Vorerst noch keine „Notleine"

dpa/VWD, Duisburg

Die fortschreitende Unternehmenskonzentration in der Bundesrepublik bietet nach Auffassung des Bundeskartellamts noch keinen Anlaß, „die Notleine zu ziehen". Zwar bestehe Grund zur Sorge, wenn den jüngsten spektakulären Unternehmenszusammenschlüssen weitere ähnlicher Größenordnung folgen sollten, erklärte der Präsident des Bundeskartellamts, Prof. Wolfgang Kartte, in Duisburg, doch sei zu berücksichtigen, daß mit diesen Konzentrationen vielfach nur die Anpassung an die Erfordernisse des Weltmarktes vollzogen werde. Die Öffnung der Märkte habe in den letzten Jahren „ungeheure Wettbewerbsimpulse" gebracht, die auch durch die Konzentrationsprozesse in Inland nicht „aufgefressen" würden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Jürgen Bischoff, Bauunternehmer und Maurermeister, Uphusen; **Augsburg:** ORO-Schuhvertriebs-GmbH, Diedorf; **Bielefeld:** Borgstädt GmbH i.L., Steinhagen; **Bingen:** Franz Josef Färber, Alleininh. d. Fa. Jakob Feser I, Ockenheim; **Buxtehude:** B & S Sicherheitstechnik GmbH, Buxtehude-Hedendorf; **Coesfeld:** August Möllers, Kaufmann, Dülmen; **Diepholz:** Textilfabrikation Diepholz GmbH; **Düren:** Weber + von Hoegen Bauunternehmung GmbH; Nachl. d. Ferdinande Albin, Linnich; **Frankfurt:** Buchen Grundbesitzges. mbH u. Co. KG, Mönchengladbach; **Gifhorn:** Oikos-Bauges. mbH; **Hamburg:** Lieselotte Goss geb. Flebbe, Taxifahrerin, Schmalfeld; **Mainz:** Günter Buba; **Moers:** FEDE Bedachungen GmbH; **Neuss:** Elpe Watch Handel- u. Versandhandel GmbH, Handel u. Versandhandel mit Uhren u. elektronischen Erzeugnissen, Meerbusch; **Neustadt/Rbge.:** Fritz Wilhelms; **Oldenburg:** Self-Electronic Im- und Export GmbH, Burg a. F.; **Osnabrück:** Hermann Vernooij, Bohmte; **Paderborn:** a) Nordhaus-Fertigbau; b) Fritze-Bau KG c) Kauffrau Theodora Fritze geb. Plugge, Hövelhof; **Pinneberg:** Edmund Behrendt GmbH, Schenefeld; **Rinteln:** Neusaat-Vertrieb Gerd Schröder GmbH, Deckbergen; **Waldshut-Tiengen:** IBV Immobilien-Betreuungs- u. Verwaltungsges. mbH, Hausen i.W.; **Wolfratshausen:** VERCO – Putz – Lechner GmbH, Weyarn-Holzolling; **Wuppertal:** Rudi Habermann GmbH, Haan.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Elze: Gebrüder Meier Fahrzeugbau GmbH, Elze OT Wülfingen; **Niebüll:** Alex Bahnsen.

Vergleich eröffnet: Köln: Kleine-Erfkamp & Co. (KG).

Vergleich beantragt: Wuppertal: EOB Bauunternehmung GmbH & Co.

PERSONALIEN

Michael Peters, bisher Frachtdirektor Nordamerika der Hapag-Lloyd AG, wird am 1. Januar 1987 in die Geschäftsführung der Hapag-Lloyd Reisebüro GmbH eintreten. **Günther Casjens** wird Direktor der Hapag-Lloyd AG für Nordamerika.

Dr. **Jochen Hartmann** wurde zum Vorsitzenden, Dr. **Bodo Schlosshahn** wurde zum stellvertretender Vorsitzender und **Hermann Meyer** zum Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates der Geha-Werke GmbH, Hannover, bestellt.

Gerhard Lehnen, bisher bei John Deere in Zweibrücken, ist in die Geschäftsführung der Claas Saulgau GmbH eingetreten.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Stahlimporte begrenzt

Brüssel (VWD) – Die EG ist nicht bereit, den „jungen" Stahlländern einen stärkeren Zugang zum Gemeinschaftsmarkt zu ermöglichen. Die Mitgliedsländer haben sich grundsätzlich auf ein neues Stahlimportsystem für 1987 geeinigt, mit dem den Lieferländern Jahreshöchstmengen vorgegeben und sie als Gegenleistung nicht von Antidumpingmaßnahmen erfaßt werden. Es soll in der kommenden Woche vom Ministerrat ohne weitere Beratungen verabschiedet werden. Unter anderem ist ein erstes Abkommen mit Venezuela vorgesehen.

Aktien-Umtausch

Duisburg (dpa/VWD) – Die Thyssen AG, Duisburg, hat ihre Aktionäre zum Umtausch der Anteilspapiere aufgerufen: In der Zeit vom 17. Dezember 1986 bis 18. März 1987 müssen die noch auf den alten Firmennamen August Thyssen-Hütte AG lautenden Aktienurkunden mit Erneuerungsschein durch Aktien der Thyssen AG vorm. August Thyssen-Hütte mit Gewinnanteilsscheinbogen ersetzt werden. Aktionäre, die alte Urkunden selbst verwahren, sollen diese bei ihrem Kreditinstitut einreichen. In einem Bankdepot liegende Papiere werden automatisch umgetauscht.

Keine Verjährung

Köln (VWD) – In dem Verfahren gegen den Kölner Immobilienkaufmann und Abschreibungsexperten Renatus Rüger und fünf Mitangeklagte hat das Kölner Landgericht gestern die Anträge der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens wegen Verjährung abgelehnt. Rüger soll zahlreiche Anleger um insgesamt mehr als 50 Mill. DM betrogen haben.

WMF besser ausgelastet

Stuttgart (nl) – Der Gruppenumsatz der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF) verringerte sich in den ersten zehn Monaten des Jahres um 1,9 Prozent auf 483 Mill. DM, der des Stammhauses erhöhte sich leicht um 0,1 Prozent auf 443 Mill. DM, wovon 57,9 (53,4) Prozent auf den Export entfallen.

TWS forciert Investitionen

Stuttgart (nl) – Die Technischen Werke der Stadt Stuttgart (TWS) planen für 1987 eine weitere Steigerung der Investitionen auf insgesamt 536 (1985: 501) Mill. DM. Etwa ein Drittel der Sachinvestitionen soll auf die Elektrizitätsversorgrung, davon gut 45 Prozent für Umweltschutzmaßnahmen.

Weniger Aufträge

Wiesbaden (Wb.) – Der Feuerfest-Spezialist Didier Werke AG hat sich für 1986 auf ein geringeres, aber insgesamt noch befriedigendes Ergebnis eingestellt. In den ersten neun Monaten stieg der AG-Umsatz – gestützt durch die Abrechnung eines 1985 weitgehend fertiggestellten Großauftrags – um 4 Prozent auf 610 (586) Mill. DM. Fürs Gesamtjahr wird ein leichter Rückgang erwartet, nachdem die Auftragseingänge um 4 Prozent unter dem Vorjahresniveau blieben.

Keine Überraschung

Eschborn (VWD) – Von der Ankündigung der US-Muttergesellschaft, der Allied-Signal Inc., sieben Tochterunternehmen einschließlich der Linotype-Gruppe zu verkaufen, zeigt sich die Unternehmensleitung der Mergenthaler Linotype GmbH, Eschborn, nicht überrascht. Es gebe im Gegenzug Überlegungen, wurde bestätigt, sich in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und an die deutschen Wertpapierbörsen zu gehen.

Soziale Defizitwirtschaft

Paris (J. Sch.) – Die gesetzliche französische Sozialversicherung wird dieses Jahr nach letzten amtlichen Schätzungen bei einem Budget von rund 700 Mrd. Franc mit einem Defizit von 20,9 Mrd. Franc abschließen. Das wären 900 Mill. Franc mehr als die neue Regierung im Juli eingeplant hatte. Dem stehen zwar 30 Mrd. Franc Reserven gegenüber. Aber sie dürften bis zum Frühjahr 1987 voll verbraucht sein. Für das nächste Jahr steht nämlich der Sécurité Sociale ein Defizit von mindestens 30 Mrd. Franc ins Haus. Nach einer Senatsuntersuchung sind auch die mittelfristen Perspektiven „besorgniserregend".

Handel aufgenommen

Tokio (VWD) – Das Tokioter Finanzministerium (MOF) hat der Aufnahme des Handels in japanischen Regierungsschuldtiteln an der London International Financial Futures Exchange (Liffe) zugestimmt. Damit können erstmals derartige Papiere außerhalb Japans an einer Terminbörse gehandelt werden.

Mitsprache-Recht

Kassel (VWD) – Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, daß der Betriebsrat bei der Anordnung von regelmäßig anfallender Mehrarbeit mitzubestimmen hat. Das Gericht bejahte das Regelungsbedürfnis für das Rechenzentrum einer Bank in Niedersachsen, weil dort immer wieder Mehrarbeit anfällt. (AZ: Bundesarbeitsgericht 1 ABR 17/85)

Rückstellungen „ausgekehrt"

Aachener und Münchener Leben mit Sonderausschüttung

Py. Düsseldorf

Die Kunden der Aachener und Münchener Lebensversicherung AG (AM-Leben), Aachen, erhalten in den Jahren 1987 bis 1989 insgesamt rund 320 Mill. DM an Sonderausschüttungen auf die jeweiligen Überschußguthaben ihrer Versicherungsverträge. Nach Angaben des Unternehmens steigt damit „im Sinne einer zeitnahen Überschußbeteiligung" der Zinsüberschußanteil von zur Zeit 4,2 auf jeweils 5,6 Prozent in den kommenden drei Jahren. Das bedeute eine Gesamtverzinsung des Guthabens einer Lebensversicherung von 8,6 Prozent (drei Prozent rechnungsmäßige Verzinsung, 4,2 Prozent normale Überschußbeteiligung und 1,4 Prozent Sondergutschrift).

Die Sonderausschüttung ist eine Folge der in den Jahren der Hochzinspolitik und guten Börsenentwicklung stark gestiegenen Kapitalerträge, die zunächst in die Rückstellung für Beitragrückerstattung geflossen waren. Sie landeten bisher erst nach Jahren auf den Kunden-Guthabenkonten. Dies war seit längerem ein Kritikpunkt des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (BAV). Inzwischen haben sich alle Versicherer zum „Auskehren" der Rückstellungen erklärt. Die AM-Leben wird ab Januar 1987 ihre neuen Tarifwerke einführen.

Wie in den Vorjahren hatte die AM-Leben 1986 einen guten Geschäftsverlauf. Der Vorstand rechnet mit einer Steigerung des Neugeschäfts um 8,2 Prozent auf 5,3 Mrd. DM und mit einem Bestandswachstum von 9,2 Prozent auf 34,6 Mrd. DM Versicherungssumme. Auch die Steigerung des Prämienaufkommens um 7,9 Prozent auf über 1 Mrd. DM lag über dem Branchendurchschnitt. Zur Ertragsentwicklung (1985: 292 Mill. DM Rohüberschuß und 15,8 Mill. DM Jahresüberschuß) sowie zu der möglichen Dividende (1985: 10 DM je 50 DM-Aktie) sagt die AM nichts.

Die Tragödie des Inselstaates hält an, solange Ankara seinen Willen diktiert

Auch Vermittlungsversuche des UNO-Generalsekretärs für mehr Verständigung sind gescheitert

Von E. ANTONAROS

Zypern ist das moderne Synonym für das Wort Tragödie", sagte kürzlich ein griechisch-zyprischer Politiker. Diese Formulierung mag melodramatisch klingen. Völlig übertrieben ist sie allerdings nicht. Denn sie schildert die politische Situation auf dieser erst seit einem Vierteljahrhundert unabhängigen Inselrepublik, die das Potential für einen im östlichen Mittelmeer ungewöhnlichen Wohlstand besitzt, aber seit über zwölf Jahren hoffnungslos in einen griechischen und einen türkischen Sektor geteilt ist. Was noch schlimmer ist: Eine Lösung des Problems ist *nicht in Sicht – trotz der Bemühungen* des UNO-Generalsekretärs Xavier Perez de Cuellar um eine Einigung von Griechen und Türken.

Perez de Cuellars bisher letzter Vermittlungsversuch war im Frühjahr gescheitert: *Er überraschte die* Inselgriechen, die immerhin knapp 80 Prozent der Inselbevölkerung ausmachen, sich aber mit nur 63 Prozent des Inselterritoriums abfinden müssen, mit einem Friedensvorschlag, *den sie in dieser Form kaum hätten* akzeptieren können.

Neue Taktik angewendet

Richtig erkannte Staatspräsident Spyros Kyprianou, dessen „Demokratische Partei" bei den Parlamentswahlen am 8. Dezember 1985 unerwartet viele Stimmen gewonnen hatte, daß das UNO-Paket die Rechte und die Erwartungen der Inselmehrheit „weitgehend" außer acht lasse und erhebliche Konzessionen an die Inseltürken mache. Cuellars Entwurf befaßte sich tatsächlich in erster Linie mit der verfassungsmäßigen Aufgliederung der künftigen „Bundesrepublik Zypern", womit sich die Griechen mittlerweile, wenn auch widerstrebend, abgefunden haben. Unter anderem wurde der türkischen Minderheit die Möglichkeit eingeräumt, ihr unangenehme Gesetze zu blockieren und dadurch die Regierungsarbeit zum Stillstand zu bringen. Zur Ratifizierung eines Gesetzes – so der Cuellar-Plan – müßte mindestens die Hälfte der türkisch-zyprischen Abgeordneten einverstanden sein. „In der Praxis bedeutet dies, daß weniger als zehn Prozent der Inselbevölkerung der Mehrheit seinen Willen diktieren kann", stellte der Staatssekretär im zyprischen Außenministerium, Andreas Mavrommatis, fest.

Völlig außer acht ließ das UNO-Papier dagegen die für die Inselgriechen von der Bedeutung her mittlerweile an erster Stelle rangierenden sogenannten drei Freiheiten: Dabei geht es um die Bewegungs- und die Niederlassungsfreiheiten sowie das Recht auf den Erwerb von Grundbesitz im gesamten Hoheitsgebiet der Inselrepublik. Dieser Punkt, der den Griechen inzwischen bedeutsamer als die proportionelle Aufteilung des Inselgebiets erscheint, sowie der Abzug der auf Nordzypern stationierten türkischen Besatzungstruppen sollten „zu einem späteren Zeitpunkt" von gemischten Ausschüssen erörtert werden.

Es ist daher kein Wunder, daß die Türken diese für sie günstige Handhabung des Problems sofort begrüßten und das Paket als Verhandlungsgrundlage akzeptierten. Die Inselgriechen dagegen verlangten in einer mehrseitigen Antwort Kyprianous zusätzliche Erläuterungen. Daher hieß es auf einmal, sie hätten Cuellars Friedensinitiative zurückgewiesen.

Obwohl mehrfach, mal von den Griechen, mal von den Türken, schwer enttäuscht, denkt de Cuellar nicht daran, seine Bemühungen um die friedliche Lösung der Zypern-Frage aufzugeben. Als einstiger Zypern-Beauftragter seines Vorgängers Waldheim fühlt er sich ausreichend gut informiert und mit der leider von Jahr zu Jahr immer komplizierter werdenden Problematik gut vertraut, um eine für beide Seiten akzeptable Lösung herbeizuführen.

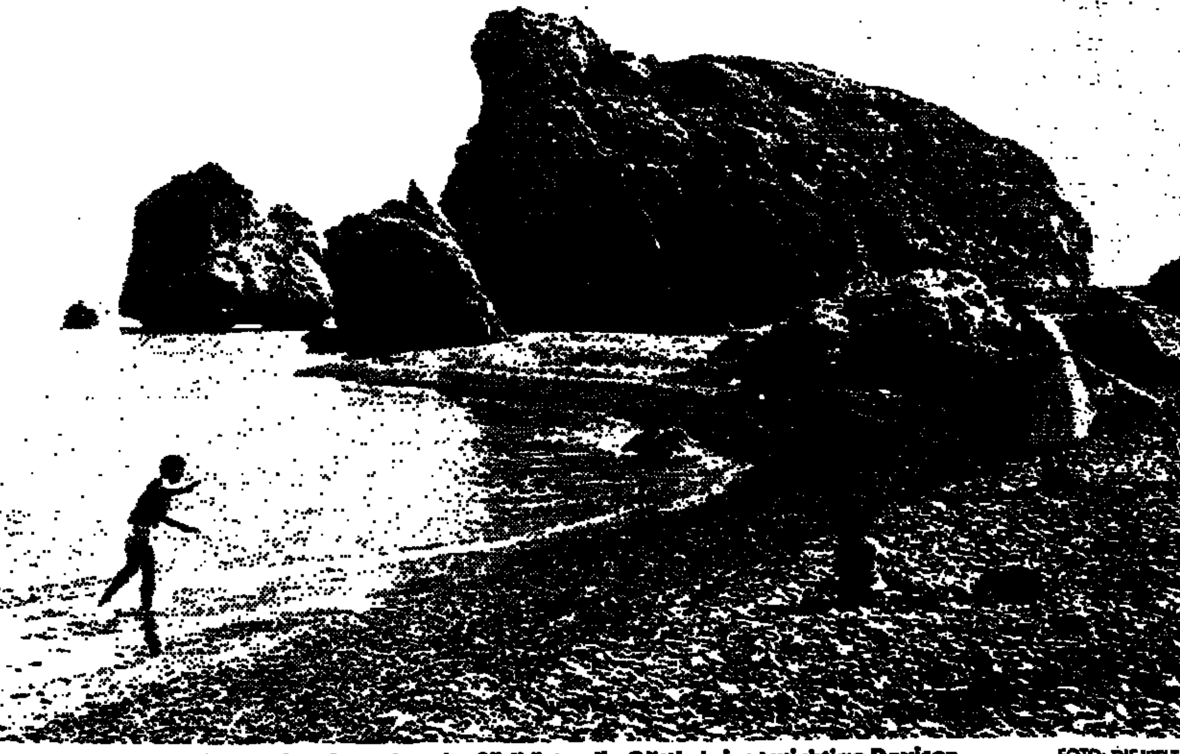
Die Zeit arbeitet gegen die Griechen

Seit einigen Wochen wendet Cuellar eine neue Taktik an, nachdem er alle in der Diplomatie üblichen Bezeichnungen für Vermittlungsinitiativen ohne sichtbaren Erfolg ausgeschöpft hat. Auf zunächst niedriger Ebene sollen Sonderemissäre von ihm die Gemeinsamkeiten und die bereits in Teilaspekten erzielte Einigung hervorheben, um die beiden Volksgruppen wieder ins Gespräch miteinander zu bringen. Zwar halten sich die beiden Seiten nach den ersten Kontakten äußerst bedeckt und wollen keineswegs den Eindruck erwecken, daß auch nur geringe Erfolge erzielt werden konnten. Aber erst nach einigen Monaten wird sich zeigen, ob diese mühsame Detailarbeit erfolgreich gewesen ist oder nicht.

Optimismus wäre allerdings fehl am Platze. Zwölf Jahre sind eine lange Zeit, die beiden Volksgruppen haben sich auseinandergelebt, wer die beiden Inselteile besucht, gewinnt eher den Eindruck, daß man sich mit der Teilung abgefunden hat, selbst wenn man sie im Grunde genommen nicht mag.

Für die Griechen ist es verständlicherweise schwer verdaulich, daß die Türken mit Gewaltanwendung den reichsten Inselteil weggerissen haben. Daher geht es ihnen in erster Linie zur Zeit darum, die völkerrechtliche Anerkennung des türkisch-zyprischen Teilstaates zu verhindern. Bisher hat ja nur das Mutterland Türkei den selbständig kaum überlebensfähigen Staat anerkannt. *Die zunehmenden* wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind für die Inseltürken wiederum der ausschlaggebende Grund für die Suche nach einer Einigung mit den Inselgriechen. Dann erst könnten sie *ohne* Wirtschaftsembargo und durch die Öffnung der Weltmärkte für ihre Produkte einen Teil ihrer Probleme meistern.

Diese Überlegungen sind auch den Inselgriechen gut bekannt: Indem sie die Inseltürken weltweit immer deutlicher in die Enge treiben, hoffen sie, Türkenführer Denktasch und Ankara zu einem akzeptablen Kompromiß zu zwingen. Diese Politik birgt allerdings große Gefahren in sich, so sehr niemand den rechtlich einwandfreien Standpunkt der Griechen übersehen kann: Sie verewigt die Teilung der Insel und die Trennung der beiden Volksgruppen. Je mehr Zeit verrinnt, um so schwieriger wird die Annäherung sein. Diese Erkenntnis mag für die Griechen bitter sein, aber sie ist wahr: Die Zeit arbeitet nicht mehr für, sondern gegen sie.



Aphrodites Strand an der Südküste, die Göttin bringt wichtige Devisen FOTO: DIE WELT

„Die Zollunion mit der EG steht bevor"

Zyperns Botschafter appelliert daran, nicht die Leiden der Zypern-Türken zu übersehen

Alles ist bedeutungslos", sagt der Botschafter der Republik Zypern, Costas Papademas, in einem Gespräch mit der WELT, „wenn nicht vorher vier Punkte erörtert werden:

1. der Abzug der auf Zypern stationierten türkischen Truppen,
2. die Heimreise von 60 000 anatolischen Siedlern, die nach der Besetzung des Nordteils gekommen seien,
3. internationale Garantien für Zypern in seiner zukünftigen Form, wie diese auch aussehen mag, und schließlich
4. die Freiheit der Bewegung, der Niederlassung und des Besitzes in allen Teilen der Insel".



Zyperns Botschafter in Bonn, Costas Papademas

Papademas ist der Auffassung, daß Zyperns Staatspräsident Kyprianou inzwischen Verständnis für seine harte Haltung in der Vergangenheit gefunden habe und daß diese Verhandlungs-Positionen auch von dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, geteilt würden, der unlängst Emissäre nach Zypern schickte. Es habe aber keine Gespräche gegeben. „Wir haben ein totales Patt auf jeder Ebene", sagt der Botschafter nicht ohne Resignation.

Die Schuld weist er der Türkei und ihrem Satrapen im besetzten Nordteil der Insel zu, dem Präsidenten der türkisch föderativen Republik Nordzypern, die indes von keinem außer Ankara anerkannt wird, Rauf Denktasch. Beide wüßten sich in einer starken Position und hielten an ihrer „kostspieligen Expansionspolitik" fest. Die Situation im östlichen Mittelmeer habe sich nach dem Besuch des türkischen Premierministers Özal im besetzten Teil noch verschärft, zudem habe der türkische Premier einen „historischen Anspruch" seines Landes auf die Mittelmeerinsel geltend gemacht.

Papademas berichtet jedoch von zunehmenden Konflikten zwischen den anatolischen Siedlern und den türkischen Zyprioten im Nordteil der Insel. Letztere fühlten sich bei der Arbeitsplatzvergabe benachteiligt und in ihrer kulturellen Identität bedroht. So habe der türkisch-zyprische Politiker Özgur vor einer Integration des Nordteils in die Türkei gewarnt. Auch die Gewerkschaften hätten ihren Widerstand angemeldet gegen eine Politik, die den Lebensstandard für die Türken in Zypern dramatisch senken könnte und die, so Özgur, Nordzypern zu einem „Platz für Haschischhändler" machen würde.

Die Siedler haben ihre eigene Partei gegründet, auf die Denktasch jedoch in dem Pseudo-Parlament des Nordens angewiesen ist.

Papademas lobte gegenüber der WELT die feste Haltung der EG in der Zypern-Frage, um hinzuzufügen, „es steht uns nicht zu, die EG aufzufordern, stärkeren Druck auf die Türkei auszuüben, *aber jeder Druck ist* willkommen".

Auf eine positive Nachricht der EG wartet der Botschafter auch im Hinblick auf die Endberatung zur zweiten Phase des Assoziierungsabkommens der Insel mit der EG, welche die Zollunion bringen soll. Der gemeinsame Ausschuß trifft Mitte Dezember *zusammen, und ein erfolgreicher* Verhandlungsabschluß – so Papademas – „steht bevor".

Zyperns Vertreter lobte auch die Beziehung zur Bundesrepublik. Im Hinblick auf die bevorstehenden Ausstellungen in Bremen und Köln im Juni nächsten Jahres und die Präsentation „Nikosia" in Köln am 20. Juni sprach er davon, daß die Kontakte zwischen beiden Ländern in einem noch nie gekannten Ausmaß blühten. Mehr als 1000 Studenten sind an deutschen Hochschulen eingeschrieben, die von der Botschaft mit versorgt werden.

„Wir betreuen *natürlich auch*", sagt der Botschafter „viele türkische Zyprioten, die sich an uns wenden und die uns darauf hinwiesen, daß sie heute, nachdem die 200 000 vertriebenen griechischen Zyprer im Süden einen neue Heimat gefunden hätten, die einzigen seien, die wirklich litten."

H.-H. HOLZAMER

Deutscher Export wächst ständig

Wichtigster Handelspartner der Inselrepublik ist die Europäische Gemeinschaft

In Frankfurt am Main und in Hamburg fanden Anfang Dezember Informationsvernstaltungen zum Thema „Wirtschaftspartner Zypern" statt, und *Vertreter der Industrie- und* Handelskammern beider Städte, die das Programm organisierten, äußerten sich „überrascht und von großem Interesse" wie es der Geschäftsführer der Handelskammer Hamburg, Abteilung Außenwirtschaftsdienst, Schöne, formulierte.

Der Grund hierfür liegt naturgemäß in der „wirtschaftlichen und sozialen Erfolgsstory" der Insel, die Andreas Patsalides, der Gouverneur der Bank of Cyprus in Frankfurt, darin erblickte, daß es „Zypern gelungen ist, sich von einer unterentwickelten, armen lanwirtschaftlichen Wirtschaft in eine mit beneidenswertem Lebensstandard zu entwickeln und zu einer wachsenden exportorientierten Industrie und einem modernen Agrarbereich gefunden zu haben, ein attraktiver Standort für Investitionen und Offshore-Operationen und schließlich ein international anerkanntes Touristenzentrum geworden zu sein".

Tatsächlich hat Zypern heute trotz seiner Teilung im Jahre 1974 den höchsten Lebensstandard der Region. Ende 1985 betrug das pro-Kopf-Einkommen *4400 Dollar*. Trotz der weltweiten Rezession zu Beginn der 80er Jahre wuchs das reale Einkommen während der ersten Hälfte der 80er Dekade um 5,2 Prozent und lag bei 1985 bei 3,7 Prozent.

Die Gründe des Erfolgs

In dieser Zeit lag die Arbeitslosigkeit bei 3,3 und die Inflation bei 5,1 Prozent. 1986 aber sank die Inflation auf ein Prozent. Den wirtschaftliche Aufschwung hat die Verbesserung und Ausdehnung der sozialen Dienste ermöglicht. Der Gesundheitsstandard ist hoch, und die Relation Student pro 1000 Einwohner zählt zu den höchsten in der Welt. Die Infrastruktur im Verkehr und Telekommunikationsbereich läßt sich problemlos als die eines industrialisierten Landes bezeichnen.

Über die Gründe des Erfolgs gibt es viele Mutmaßungen. Patsalides *nannte als Gründe die* „alte Kultur, den hohen Bildungsgrad und ein hart arbeitendes, anpassungsfähiges, freundliches und gastfreies Volk". Die Insel schließlich liege geographisch an zentraler Stelle zwischen Europa, Asien, dem Nahen Osten, der Golfregion und Afrika. Dies lade geradezu zum Aufbau von Transithandel und Offshore-Geschäften ein.

Die milden Winter, der dauerhafte Sonnenschein, die hervorragenden Strände, moderne Hotels und eine geschichtsreiche Landschaft machten Zypern zu einem für die Touristen und Geschäftsleute interessanten Ort. Und schließlich verfolge die Regierung eine liberale Wirtschaftsphilosophie und -Politik.

Auch in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Zypern kommt dies zum Ausdruck. Der deutsche Export stieg von 347,8 Millionen Mark 1984 auf 358,3 Millionen Mark im Jahre 1985 und erreichte in den ersten sieben Monaten 1986 183,6 Millionen.

Aus Zypern wurden 1984 Waren im Gegenwert von 67,1 Millionen Mark, 1985 64,9 Millionen Mark und in den Monaten Januar bis Juli 47,2 Millionen Mark importiert, was auf eine deutliche Steigerung im Jahr 1986 hinweist. Gleichwohl hat die Bundesrepublik *auch in diesem Zeitraum* noch einen deutichen Ausfuhrüberschuß von 136,4 Millionen Mark aufzuweisen.

Während die Bundesrepublik überwiegend Südfrüchte, Gemüse, Konserven und Säfte importiert, treten aus deutschen Häfen vor allen Dingen Kraftfahrzeuge, Wasserfahrzeuge und elektrotechnische Produkte die Reise auf die Mittelmeerinsel an.

28 deutsche Firmen investierten auf Zypern mit einem ausgewiesenen Bestand an Investitionen in Höhe von 33 Millionen Mark.

Der Transithandel, der – wie es der Präsident der Handelskammer Zyperns, Avramides, formulierte – im Jahre 1971 noch bei „einem bloßen Nichts" lag, stieg im Jahre 1986 auf 1,2 Millionen Tonnen.

Moderner Binnenmarkt

Wichtigste Handelspartner für Zypern sind die EG, die 1985 mehr als die Hälfte der gesamten Importe des Landes ausmachten, während die EG mit 320 Millionen Mark 27 Prozent der Exporte aufnimmt. Es folgen dicht auf die arabischen Länder die mit 560 Millionen Mark im Berichtsjahr 48 Prozent der Exporte des Landes bezogen, dagegen nur zehn Prozent der Importe stellen.

Nicht in dieser Statistik tauchen auf die Offshore-Gesellschaften, die vor allen Dingen private Warenlager führen mit einem Depot an zollfreien Produkten für den Reexport.

Schließlich ist für das wirtschaftliche Leben des Landes noch die Industriefreizone bei Larnaka von Bedeutung, die mit direktem Zugang zum Flughafen und zum Hafen Produkte für den zollfreien Export fertigt.

Deutsche Firmen sind vor allem bei der Fracht aktiv. Avramides nannte auf dem Seminar 13 Linien, die regelmäßig Zypern mit deutschen Häfen verbinden. Diese 13 Linien hätten im Jahre 1985 mehr als 20 Container zwischen den beiden Ländern bewegt.

Das zyprische Tarifsystem ist an die Brüsseler Nomenklatur angepaßt, die Zypern gestattet, zur Güterklassifizierung ein internationales Codesystem zu benutzen.

E. Ioannou von der Zentralbank in Zypern: „Zypern ist ein kleines Land mit einem kleinen Binnenmarkt. Auf diesem modernen Binnenmarkt herrscht großer Wettbewerb, was auf den offenen Charakter unserer Wirtschaft, den Unternehmergeist und die Weltoffenheit unserer Bürger zurückzuführen ist."

MARIA MARX

Turbulenzen an der Südflanke der NATO

Die Situation ist einzigartig: Zwei Länder gehören der westlichen Verteidigungsallianz an und anstelle im Warschauer Pakt den gemeinsamen Gegner zu sehen, betrachten sie sich gegenseitig als sicherheitspolitisches Problem. Die Rede ist von Griechenland und der Türkei. Diese NATO-Länder liegen sich schon seit drei Jahrzehnten in den Haaren.

Gelegentlich hört man das Argument, der Zypern-Konflikt sei doch eigentlich seit der türkischen Invasion und der gewaltsamen Teilung *des Eilandes im Sommer 1974 vom* Tisch. Tatsächlich wird seit jenem Gewaltstreich nicht mehr geschossen auf Zypern. Doch angesichts der Vertreibung von 200 000 Zyprioten aus ihren Häusern, angesichts der vertragswidrigen Präsenz zigtausender Besatzungssoldaten vom anatolischen Festland und angesichts der nachhaltigen Zerrüttung der griechisch-türkischen Beziehungen sprechen selbst die Regierung in Ankara und die türkisch-zypriotische Volksgruppenführung nicht von einem Ende des Zypern-Problems.

Zypern ist in mancherlei Hinsicht ein Sonderfall: Zum einen ist die türkische Invasion der einzige konventionelle Krieg, der nach 1945 auf europäischem Boden ausgetragen wurde. Zum anderen – und dies betrifft unsere Interessen unmittelbar – hat sich die ungelöste Zypern-Frage als ein regelrechter Spaltpilz in der Südostflanke der NATO erwiesen. Denn die westlichen Verbündetn konnten bisher keiner Seite gerecht werden, haben sich mithin immer wieder zwischen die Stühle gesetzt. Als Reaktion auf die Passivität der NATO während der türkischen Invasion verließ die Athener Regierung – unter dem konservativen Staatsmann Konstantin Karamanlis – im August 1974 tief enttäuscht die militärische Integration der Allianz.

In der NATO hat die ungelöste Zypern-Frage schon für reichlich Unordnung und Turbulenz gesorgt. Und auch die EG-Europäer haben bereits einen Vorgeschmack bekommen. Denn Griechenlands Ministerpräsident Andreas Papandreou hat unmißverständlich zu Protokoll gegeben, daß er den Türken solange den Weg in die EG versperren will, bis die Generäle in Ankara zur Einsicht kommen. RONALD MEINARDUS

Wie Reeder Steuern sparen

Immer mehr deutsche Eigentümer lassen ihre Schiffe in Zypern registrieren

Rund 60 deutsche Schiffe mit zusammen über einer Million BRT wurden im Laufe dieses Jahres bereits aus dem Hamburger Schiffsregister gelöscht. „Der Kostendruck in Deutschland ist einfach zu groß", sagte der Präsident des deutschen Reederverbands, Henry de La Trobe, Anfang Dezember anläßlich der Jahresmitgliederversammlung der deutschen Reeder in Hamburg.

Unter den bevorzugten Flaggen, die gegen das Tuch mit den Bundesfarben am Heck eingetauscht werden, rangiert Zypern an vorderster Stelle. Über die Gründe sprach die WELT in Hamburg mit dem Stuererberater Demetris J. Ioannides von der Firma „Metaxas Loizides Syrimis" in Limassol und E. Ioannou von der Zentralbank der Inselrepublik.

Im Schiffsregister des kleinen Inselstaates sind heute 1550 Schiffe mit zusammen elf Millionen BRT eingetragen. Alle Nationalitäten sind vertreten, rund 200 deutsche Reeder befinden sich darunter. „Und es werden ständig mehr", wie Gerhard Zankel vom Hamburger Schiffsregister bestätigt. Er muß die deutschen Frachter aus dem Register austragen und erhält dann die neue Flaggenzugehörigkeit. Die Esparnis gegenüber der deutschen Flagge liege bei einem 40 000 Tonnen tragenden Schiff und einer deutschen Besatzung von 16 bis 18 Mann bei rund 50 000 Mark im Monat.

Die Registrierung in Zypern ist für die deutschen Schiffseigner von größten Interesse. Bisher gingen mehr als 100 Anträge in Nikosia ein. Der Vorteil liegt auf der Hand: Ein deutscher Reeder chartert (mietet) ein Schiff, das unter deutscher Flagge fährt. Nur für die Zeit der Charter wechselte er die Flagge und kommt so in den Genuß der vielfältigen Steuervorteile. Der zyprische Steuerberater Ionnides: „Die deutschen Heuern für die Seeleute zählen zu den höchsten in der Welt." In Zypern fallen keine Steuern für die Seeleute an."

Einzige Voraussetzung für die Flagge mit dem Inselsymbol und den beiden Zweigen: Es muß mit Genehmigung der Zentralbank von Zypern eine Gesellschaft gegründet werden. Der einzige und höchste Steuersatz auf die Gewinne beträgt 4,54 Prozent.

In der Bundesrepublik Deutschland variiert der Steuersatz bis zu 20 Prozent. Die Gehälter der Besatzungen, die auf Schiffen unter der Flagge Zyperns fahren, sind steuerfrei. Obwohl es ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der Bundesrepublik gibt, besteht nur dann eine Steuerpflicht in Deutschland, wenn Einkünfte durch den Transport von Gütern oder Personen zwischen deutschen Häfen oder von deutschen zu ausländischen Häfen erzielt werden."

Damit Zypern seinen guten Ruf als Schiffahrtsnation nicht verliert, gibt es hinsichtlich des Alters der Schiffe einige Beschränkungen. So müssen Frachter, die älter als 20 Jahre sind, bestimmte Dokumente vorlegen, die die Sicherheit des Schiffes bescheinigen. Bei Schiffen, die in Zypern registriert sind, muß die Besatzung zu einem Teil aus Zyprioten bestehen. Von dieser Vorschrift kann sich aber jeder Reeder durch einen Beitrag freikaufen. Rechtsanwalt Kypros Chrysostomides aus Nikosia: „Sie beträgt ein Pfund pro Moant für jedes nichtzyprische Besatzungsmitglied." US.

Immer wieder kamen fremde Eroberer

Zypern ist uraltes griechisches Siedlungsgebiet. Schon als die ersten hellenischen Stämme im zweiten vorchristlichen Jahrtausend in Bewegung gerieten und sich im heutigen Griechenland und an der kleinasiatischen Küste niederließen, wurde die Mittelmeerinsel von Griechen erobert, die die Ureinwohner unterwarfen. Dies geschah um 1500 v. Chr. Fest steht jedenfalls, daß schon damals in Kouklia (Alt-Paphos) in einem Tempel die „Cyprische Aphrodite" verehrt wurde.

Nach der frühen griechischen Mythologie soll die Liebesgöttin in grauer Vorzeit dem Schaum des Meeres vor der zyprischen Küste entstiegen sein. Dies beweist eindeutig, daß die Insel schon seit Jahrtausenden fest in den griechischen Kulturkreis einbezogen war. Archäologen haben dies jedenfalls zweifelsfrei nachgewiesen.

Es war jedoch auch das Schicksal Zyperns wie das anderer Mittelmeerinseln, daß sie im Verlauf ihrer langen Geschichte immer wieder von Eroberern heimgesucht wurden. Nach Ägyptern und Phöniziern kamen Assyrer, Perser, Makedonen, Römer, Byzantiner, Araber, Türken und Engländer. Erst seit 1960 ist die Insel unabhängig. Trotz jahrtausendelanger Fremdherrschaft nahm Zypern immer eine Mittlerrolle zwischen Ost und West ein. Sie war und ist eine Insel am Kreuzweg der Geschichte.

Alexander der Große hinterließ eine makedonische Garnison auf der Insel, die dann Schauplatz der Kämpfe der Diadochen wurde. Sieger blieb schließlich Pharao Ptolomaios von Ägypten, der Zypern als neue Provinz seinem Reich einverleibte. Die Insel erlebte ihre erste große Blütezeit, die auch später, unter römischer Herrschaft, andauerte. Während einer Missionsreise erlitt der Apostel Barnabas den Märtyrertod auf Zypern. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß die Insel später eine eigene, unabhängige Kirche erhielt.

Als im Jahre 653 arabische Eroberer kamen, konnte die christliche Kirche auf Zypern ihren starken Einfluß behaupten. Die Muselmanen wurden wenig später wieder vertrieben, die Insulaner kamen unter byzantinische Herrschaft.

Die Venezianer, die 1489 die Insel eroberten, mußten den Türken weichen, die die Insel von 1571 bis 1878 besetzten. Um die Christen auf der Insel besser kontrollieren zu können, leiteten die Osmanen eine Aktion ein, die bis heute nachwirkt: 30 000 Veteranen des türkischen Heeres wurden zwangsweise auf der Insel angesiedelt.

Friedlich kamen die letzten Eroberer, die Engländer, die 1878 Zypern von den Türken übernahmen. Zuvor hatten sie sich vertraglich verpflichtet, die Rechte der Inseltürken zu garantieren. Doch auch mit englischer Herrschaft wollten sich die Zyprioten nicht abfinden. Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg flackerten immer wieder Aufstände auf, mit denen die Kolonialherren schließlich nicht mehr fertig wurden. 1960 gewährte London der Republik Zypern die Unabhängigkeit. KLAUS BODEN

Blüte vor der Küste

Rund 4000 ausländische Unternehmen haben bereits die Republik Zypern als Sitz für ihre Off-shore-Aktivitäten gewählt. Voraussetzung ist, daß das Unternehmen von ausländischen Staatsbürgern gegründet wurde, deren Ziel „die Verfolgung geschäftlicher Transaktionen außerhalb Zyperns ist".

Gegenüber der WELT erklärte Evangelos Ioannou von der Zentralbank in Zypern die Gründe für die Zulassung derartiger Unternehmen: „Die Geburt dieses Systems, das nichts mit Zypern verbindet als die Abwicklung der Geschäfte außerhalb des Landes, geht auf die tragischen Ereignisse im Jahre 1974 zurück, als unsere Regierung nach neuen Beschäftigungs- und Devisenquellen zu suchen begann.

Zu dieser Zeit bemühten sich die meisten Zyprioten um einen Neuanfang im Ausland. Um seine Bürger dazu zu bewegen, ihre ausländischen Unternehmen von Zypern aus zu leiten, befreite die Regierung 90 Prozent der aus dem Ausland zurückgeführten Gewinne von der Einkommensteuer. Gleichzeitig bot die Regierung ausländischen privaten und juristischen Personen ähnliche Anreize für die Gründung von Off-shore-Unternehmen an."

Zu den Off-shore-Unternehmen zählen:

a) regionale Hauptquartiere;
b) regionale Büros, die von Zypern aus Verkaufsförderung betreiben;
c) Handels- und Transitgesellschaften;
d) Schiffahrtsgesellschaften;
e) Vertrags-, Bauunternehmen;
f) Beratungsunternehmen;
g) Dienstleistungsunternehmen;
h) Versicherungsgesellschaften;
i) Off-shore-Banken.

Das Einkommen der Off-shore-Unternehmen wird zu einem Zehntel der normalen Gewinnsteuersätze, das heißt zu nur 4,5 Prozent des Gewinns, versteuert. U.S.

ZYPERN
Redaktion: H.-H. Holzamer und Klaus Boden, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Erbe wird vernichtet

Vom Leidensweg der Jungfrau von Kanakaria

Der Handel ging schnell über die Bühne: Der Antiquitätenhändler in London war in den Besitz einer Terrakottafigur gelangt, die aus einer Privatsammlung in Amochostos stammte. Der Käufer hatte ein geschultes Auge. Doch die Figur war Diebesgut.

Im besetzten Nordteil wurden und werden Privathäuser, Kirchen, Museen und Klöster geplündert. Nur gelegentlich gelingt es, ein Stück in Sicherheit zu bringen, wie eine mykenische Bronzestatue aus dem 12. Jahrhundert, die 1978 dem Direktor des Pariser Louvre angeboten worden war, der daraufhin seine Kollegen in Nikosia informierte. Ein Lampenständer vorchristlicher Zeit, der einem Sammler in Famagusta gehörte, wurde bei einem Trödler in Lyon aufgefunden. Im britischen Harwich entdeckte der Zoll im Gepäck eines Türken 93 Antiquitäten. Die zyprische Polizei hat eine Spezialeinheit aufgebaut, die mit Hilfe von Interpol nach entwendeten Kunstgegenständen fahndet.

Die Archäologin Maria Anagnostopoulou aus Athen erhebt schwere Vorwürfe: „Die Verschleuderung unermeßlicher, antiker Kunstschätze geschieht im Rahmen der von der Türkei betriebenen Politik, das Kulturerbe Zyperns zu vernichten und die Spuren seiner Geschichte zu löschen." Als Beispiel führte Frau Anagnostopoulou die Kirche von Lysi an, die von den Türken en bloc in die USA verkauft worden sei. Michael Loulloupis, Kurator bei zyprischen Museen, berichtete, es seien schon mehr als 100 000 zyprische Pfund (über 400 000 Mark) aus Mitteln der Londoner Leventis-Stiftung ausgegeben worden, um aufgefundene Kunstschätze zurückzuerwerben. Unter anderem habe man für einen über 3000 Jahre alten mykenischen Kufperkessel 60 000 Mark ausgeben müssen.

Nicht alles wird verkauft, vieles wird aus blindem Haß zerstört. So sind die Mosaiken aus dem 6. Jahrhundert in der Kirche der Jungfrau von Kanakaria, auf der Landzunge von Karpass im Osten, herausgebrochen worden, ebenso wie die Fresken des Klosters Antiphonitis aus dem 10. Jahrhundert in der selben Gegend.

Nicht alle Schäden können erfaßt werden, vieles verschwindet über Basare und Händler in London, Frankfurt und anderswo. Sie wird man vergebens suchen ebenso wie die 1700 Menschen, darunter 24 Kinder, von denen man aus dem Norden seit 11 Jahren kein Lebenszeichen mehr erhielt. H.-H. HOLZAMER

Eine Sonate in der Gruft

Professor macht aus seinem Haus in Paphos ein Museum

In seinem schönen Haus in Paphos hat Professor George Eliades, ehemals Lehrer für alte Sprachen am hiesigen Gymnasium, ein privates ethnographisches Museum eingerichtet. Mit Fleiß hat er in jahrelanger Arbeit aus ganz Zypern zusammengetragen, was Jahrhunderte oder besser Jahrtausende zum täglichen Leben auf der Insel der Aphrodite gehörte. Außer Möbeln, Geschirr, Büchern und Bildern im ersten Stock des Hauses befinden sich in den Kellergewölben Mahlsteine, Fahrzeuge, Gerätschaften, antike Amphoren und Funde, die bis ins Neolithikum zurückreichen.

Der Professor und seine Frau erläutern den Besuchern dieses originellen Museums fließend in mehreren Sprachen – darunter in perfektem Deutsch – jeden Gegenstand.

Das wichtigste Exponat ist eine Familiengruft aus dem 3. Jahrhundert vor Christus mit in den Felsen gehauenen Grabkammern. Gleich nebenan befindet sich eine von Kerzen erhellte winzige Kapelle.

Während der Professor den Prolog im Himmel aus Goethes Faust zitiert, erklingt aus dem Haus eine Sonate von Schubert. Frau Eliades ist unter anderem eine sehr begabte Pianistin. Professor Eliades ist jedoch nicht nur Linguist und Sammler, sondern zudem ein großer Kenner der berühmten Mosaiken in Paphos. Über jene im „Haus des Dionysos" hat er bereits mehrere Bücher mit mythologischen Erläuterungen verfaßt.

Prof. George S. Eliades Ethnographical Museum – Paphos 1, Exo Vrysi St./Zypern. Täglich geöffnet von 8–13 Uhr und von 16–19 Uhr. Eintritt 50 Cent (ca. 2,20 DM). bu.

Aktien uneinheitlich

Schleppender Handel infolge Auftragsmangel

DW. – Wegen geringen Ordervolumens war die Kursbildung meist zufallsbedingt. Eine einheitliche Tendenz konnte sich nicht durchsetzen. Weder von der Zinsseite noch aus dem wirtschaftlichen Bereich gab es Anregungen. Ausländisches Interesse bestand für einige Spitzenwerte.

Rege gesucht waren AEG-Aktien, die sich um einige Punkte verbesserten. An der Börse macht man sich Gedanken darüber, ob und gegebenenfalls wie Daimler versuchen wird, die hohen steuerlichen Verlustvorträge der AEG für sich zu nutzen. Das führt immer wieder zu Meinungskäufen für AEG-Aktien. Die Stabilität der Papiere der Großchemie, von Siemens, Nixdorf und der Deutschen Bank läßt auf einige Kaufaufträge aus dem Ausland schließen. Gewinnmitnahmen gab es dagegen bei Schering. Autoaktien veränderten sich kaum. Erstaunlich stabil ist Porsche, wo sich der Kurs trotz der Dollarschwäche wieder deutlich oberhalb von 1000 DM angesiedelt hat. Kali + Salz erholten sich bemerkenswert kräftig. Unverändert lagen Versorgungswerte. HEW-Aktien reagierten auf die Ankündigung eines „angemessenen Ergebnisses" durch den Vorstand kaum. Warenhausaktien stoppten den Anstieg vom Vortag. Stagnation bei Stahl. Leicht erholt waren Mannesmann. Im Versicherungsbereich konnten AMB zulegen, während Allianz 20 DM einbüßten.

Nachbörse: behauptet

DW-Ak.Ind.: 280,42 (279,74)
DW-Ums.Ind.: 3438 (2519)
Adv.-decline-Zahl: 111 (74)
38-Tg-Linie: 272,96 (272,74)
200-Tg-Linie: 277,56 (277,54)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausland

Optionshandel

Rentenoptionen

Frankfurt: 9. 12. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): APR87-106/2,7G; APR87-108/0,8G; APR87-110/0,6B; OKT87-106/3,5G; OKT87-108/1,5B; 7 1/2 Bund 85 III (91): APR87-106/2,5B; APR87-108/0,8G; OKT87-106/3,5B; OKT87-108/1,5G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-110/2,7G; APR87-112/0,8G; OKT87-110/3,5; OKT87-112/1,5G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-112/2,5G; APR87-114/0,5G; OKT87-112/3,30; OKT87-114/1G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-106/3G; APR87-108/1,2G; OKT87-106/4B; OKT87-108/1,5; OKT87-110/0,3G; 8 Bund 85 (95): APR87-108/3G; APR87-110/1,2G; OKT87-108/4G; OKT87-110/2G; OKT87-112/0,3G; 8 1/8 Bund 85 V (95): APR87-110/3,2G; APR87-112/1,2G; OKT87-110/4G; OKT87-112/1,80; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-104/5,8G; APR87-106/4G; APR87-108/2G; OKT87-104/6,5G; OKT87-106/4,7G, OKT87-108/2,8G. 7 Bund 85 I (96): APR87-102/5G; APR87-104/3,2G. APR87-106/1,2G, OKT87-102/6G; OKT87-104/4G; OKT87-106/2G; 7 1/4 Bund 85 II (96): APR87-104/4,5G; APR87-106/2,8G; APR87-108/0,5G; OKT87-104/5,2G; OKT87-106/3,2G; OKT87-108/1,2G; 6 3/4 Bund 86 (96): APR87-100/5,5G; APR87-102/3,5G; APR87-104/1,8G; OKT87-100/6,5G; OKT87-102/4,7G, OKT87-104/2,8G; 6 1/2 Bund 86 (96): APR87-100/3,8G; APR87-102/1,8; APR87-104/0,3G; OKT87-100/4,8; OKT87-102/3B; OKT87-104/1,3B; 7 1/8 Bahn 85 (95): APR87-102/2,5G; APR87-104/0,5G; OKT87-102/3,5, OKT87-104/1,8; 7 Post 86 (97): APR87-100/5,2G; APR87-102/3,5; OKT87-100/6G; OKT87-102/4,2; OKT87-104/2,3B.

Devisenmärkte

Der US-Dollar wurde am 9. Dezember in einem recht engen Band zwischen 2,002 und 2,013 gehandelt. Allgemein wird sein Aufwärtspotential für sehr gering gehalten, wobei allerdings kommerzielle Einflüsse vorübergehend stärker bestimmend sein könnten. Von neuen US-Wirtschaftsdaten, die zum Ende der Woche erwartet werden, wird zur Zeit keine kursverändernde Wirkung erwartet. Von Interesse sind besonders die Einzelhandelsumsätze am Donnerstag. Die amtliche Notiz wurde mit 2,01 praktisch unverändert festgestellt. Unter den meist gut behaupteten Währungen fiel die Norwegische Krone mit einem Gewinn von 6,6 Promille auf. US-Dollar in: Amsterdam 2,2725; Brüssel 41,805; Paris 6,596; Mailand 1385,60; Wien 14,136; Zürich 1,6807; Ir. Pfund/DM 2,724; Pfund/Dollar 1,4229; Pfund/DM 2,86.

Devisen und Sorten

Junge Aktien

Die neuen 7er

Wenn Sie ihn das erste Mal fahren, hat er schon 6 Millionen Kilometer auf dem Tacho.

Vielleicht wird es Ihnen leid tun. Aber die Vorgänger des oben abgebildeten wunderschönen, neuen 7er haben wir geschunden, gehetzt und über 120 mal um den Erdball gejagt.

Keine Straße war uns zu schlecht. Keine Belastungsprobe zu hart. Der neue 7er wurde systematisch und berechnend kaputtgefahren, wurde überlastet, zerbrochen und verformt. 21 Versuchsträger, 39 Prototypen und 150 Vorserienfahrzeuge wurden auf den ersten 2,5 Millionen Testkilometern verschlissen.

Wenn Sie mehr über den neuen 7er BMW wissen wollen, senden Sie bitte diesen Coupon an die untenstehende Adresse. Sie erhalten dann:

☐ Videofilm VHS ☐ Beta ☐ 2000 ☐ V8 ☐ gegen Schutzgebühr von DM 16,50 incl. Nachnahmegebühr
☐ ausführliches Informationsmaterial
☐ einen Probefahrttermin.
(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Name:
Vorname:
Straße:
PLZ: Ort:

BMW AG, Kundeninformation CHC, Leuchtenbergring 20, 8 München 80

Wir haben die neuen Reihen-6-Zylinder-Motoren heißlaufen lassen, ihnen das Öl entzogen, sie gezielt platzen lassen und so tonnenweise Schrott fabriziert.

Wir haben den neuen 7er mit Betonmauern kollidieren lassen, sein Dach zerdrückt und auch seinem Fahrwerk keine Gnade erwiesen.

Erst dann wurden die ersten Fahrzeuge in die Alltagserprobung geschickt. In aller Welt. Zu allen Jahreszeiten. Bis weitere 3,5 Millionen Testkilometer von den Tachometern überrundet waren und damit auch alle Kinderkrankheiten.

Die Serienproduktion begann. Mit 400 Fahrzeugen, die ausschließlich zum Training unserer Mitarbeiter gebaut wurden. Wenn Sie also bald den neuen 7er mit der Seriennummer 401 fahren, seien Sie ganz sicher. Sie besitzen eines der ausgereiftesten Automobile, das sich je neu nennen durfte.

Die neuen 7er. Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.



Freude am Fahren

Rentenmarkt lustlos

Obwohl sich die Renditen der US-Bonds am Vortag etwas ermäßigten, blieb der deutsche Rentenmarkt ohne Anregungen. In Börsenkreisen will man wissen, daß die Jahresschlußdispositionen von den Großanlegern bereits getroffen worden sind und von dieser Seite kaum noch Order kommen. Öffentliche Anleihen hatten leichte Schwankungen zu verzeichnen, eine einheitliche Tendenz war nicht zu erkennen. Ähnliches gilt für die Pfandbriefe, wo die Kurse teilweise etwas abbröckelten.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	100,3G	100,3G
F 6 dgl. 77	9/87	100,95G	100,95
F 6 dgl. 78 II	7/88	101,65bG	101,6
F 6½ dgl. 77	5/89	102,95	102,95
F 8 dgl. 77 I	7/89	106,5	106,5
F 6 dgl. 78 I	2/90	102,55	102,2
F 8 dgl. 80 II	7/90	107,9	107,9

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PP = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Etwas schwächer gingen Kupfer und Kakao aus dem Markt. Zum Teil bis um das Limit niedriger notierte Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	8.12.	5.12.
Dez.	285,00-284,50	285,00
März	282,75-282,50	281,75-282,00
Mai	267,75-267,50	267,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	212,08	204,08

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

8.12.	5.12.
27,50	27,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

22,00	21,25

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	8.12.
Dez.	54,95
März	55,30-55,50
Mai	55,60-55,70
Juli	55,80-55,90
Okt.	56,35-56,45
Dez.	56,60

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

44,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	9.12.
Dez.	570-579
Jan.	570-573
März	576-578
Umsatz	2409

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Aufgrund zunächst steigender Tendenz für DM-Zinssätze schrumpften am 9. 12. die Dollar-Deports am Terminmarkt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,23-0,13	0,62-0,52	1,13-1,03
Pfund/Dollar	0,60-0,58	1,81-1,78	3,68-3,63
Pfund/DM	2,10-0,70	5,10-3,70	9,50-8,10
FF/DM	18-2	42-26	69-53

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9.12. : Tagesgeld 5,40-5,50 Prozent; Monatsgeld 4,90-5,10 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,80 Prozent.
Privatdiskontsätze am 9.12. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9.12. : 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9.12. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¼-6½	5⅛-5⅜	4⅛-4⅜
3 Monate	6-6¼	4⅞-5⅛	4⅛-4⅜
6 Monate	5⅞-6⅛	4¾-5	4-4¼
12 Monate	5⅞-6⅛	4¾-5	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Edelmetallmünzen

Dollar-Anleihen

Euro-Yen

Bundesschatzbriefe

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,87) – 8,00 (6,13) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75 , Kurs 100,60, Rendite 5,61 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 9.12.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,083	6,55
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,60	6,10
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,60	6,45
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	148,00	8,51
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,57	5,40
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,89	5,40
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,77	6,55
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	52,70	6,93
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,56	6,30
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,71	6,70
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,13	6,39
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,82	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,69	6,83

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)		Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70	(4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	4,90	(4,90)	100,2	101,9	103,7	105,6	107,5	109,3
3	5,23	(5,20)	99,40	101,8	104,5	107,3	110,0	112,7
4	5,50	(5,48)	97,90	101,4	104,9	108,4	111,9	115,4
5	5,70	(5,70)	96,60	100,9	105,1	109,3	113,6	117,8
6	5,93	(5,95)	94,95	100,4	104,8	109,7	114,6	119,5
7	6,25	(6,25)	92,55	98,60	105,6	109,1	114,6	120,2
8	6,53	(6,53)	90,15	96,20	102,3	108,3	114,4	120,4
9	6,65	(6,65)	88,50	95,05	101,7	108,3	114,8	121,4
10	6,70	(6,60)	87,25	94,35	101,4	108,5	115,6	122,7
15	7,00	(6,98)	81,00	90,05	100,0	108,2	117,2	126,5

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Kutsche und Einkäufer

gaz – Die Bonner Expertenanhörung der Sachverständigenkommission für das geplante Deutsche Historische Museum in Berlin hat einen alarmierenden Tatbestand zutage gebracht: Die Mittel, die der Bund für den Ankauf von Ausstellungsobjekten zur Verfügung stellt, sind total unzureichend. Ganze 250 000 Mark für das Jahr 1986, eine Million für das Jahr 1987 – das ist nicht einmal der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Damit kann man nicht einmal ein einziges der dem notwendigen Anspruch des Museums angemessenen Objekte erwerben.

Christoph Stölzl vom Stadtmuseum München, der offiziell bestallte Einkäufer, gab während der Anhörung deprimierende Beispiele für die Kleinkariertheit, mit der das Ganze bisher betrieben werden mußte. Da bucht man es schon als Erfolg, wenn eine römische Aschenurne aus Mainz und einige fränkische Fibeln an Land gezogen werden können. Nicht einmal für den Ankauf einer in Holland entdeckten Kutsche des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm IV. reicht das Geld. Auf diese Weise werden Jahrzehnte vergehen, bevor das Berliner Projekt Gestalt annimmt.

Wenn die Verantwortlichen in Bonn auf ein schnelleres Tempo Wert legen, müssen sie dafür sorgen, daß die Sache endlich in großzügigem Stil betrieben wird. Es kann nicht angehen, daß der Berliner Einkäufer bei Auktionen gewissermaßen am Katzentisch sitzt und das nimmt, was an Zweit- und Drittklassigem übrigbleibt. Das Evangeliar Heinrichs des Löwen – das ist das Niveau, auf dem die Einkaufspolitik betrieben werden muß. Mäzene sollten aufgetan, Wohlfahrtsbriefmarken und andere Aktionen gestartet werden, um das Projekt einem breiteren öffentlichen Bewußtsein einzuprägen.

Und warum denn keine Stiftung für das Museum einrichten? Stiftungen wie die des Peter Ludwig zeigen, welche Potenzen beim kurzfristigen Zusammenbringen von hochrangigen Museumsbeständen in unserem reichen Lande vorhanden sind. Es wäre ein eminentes Armutszeugnis, wenn ausgerechnet im Falle des Deutschen Historischen Museums Berlin die Quellen trocken blieben.

Über der Komik ein Schatten von Melancholie: Ein Porträt der Schriftstellerin Christine Brückner

Fürsprecherin sanfter Rebellinnen

Bei der Tagung des internationalen PEN in Hamburg im Sommer las Christine Brückner, die heute 65 Jahre alt wird, ein Kapitel aus ihrem Buch „Desdemona – Ungehaltene Reden ungehaltener Frauen". Sie verwandelte sich in Luthers Katharina, die dem sonst immer Redenden und Herrschenden eine Gardinenpredigt hält; aus weiblicher Sicht, wie man das heute nennen würde, keineswegs böse oder verbittert über ihr Hausfrauenlos an der Seite des großen Mannes, sondern anmutig, witzig, weise – mit einer erstaunlich jugendlichen Stimme und gesundem Selbstbewußtsein, gelassen, ohne Groll. Nichts von fanatischem Feminismus, aber doch eine Lektion in Frauenrecht.

Christine Brückner, das merkt man an dieser Lesung wieder einmal deutlich, ist mit beginnendem Alter nicht strenger und härter, sondern weiblicher und weicher geworden. „Desdemona" wurde in den letzten Jahren ganz zu Recht zur Lieblingslektüre vieler Frauen, die zwar allen Grund hätten, ungehalten zu sein – das etwas altmodische Wort paßt vortrefflich zu ihrer Seelenlage –, aber sanfte Rebellinnen sind, denen die Männer lieber zuhören als ihren vom Leben enttäuschten Partnerinnen.



Balanceakte zwischen ernster Literatur und Unterhaltung: Christine Brückner, die heute 65 wird FOTO: PETER PEITSCH

Was das Sprachliche und Kompositorische betrifft, so hat Christine Brückner jedoch nichts von ihrer Strenge gegenüber sich selbst verloren – im Gegenteil. Ihre menschlichen Tugenden der Aufrichtigkeit haben sich eher noch verstärkt. Was sie schreibt, wirkt nie verlogen, inszeniert und künstlich, wie das in der weiblichen Unterhaltungsliteratur so oft der Fall ist. Christine Brückner ist keine Unterhaltungs-Schriftstellerin, obgleich man ihre Bücher meist mit Freude und Vergnügen liest. Sie schreibt diszipliniert und gut, sie macht es nicht leicht, sie übertreibt nicht, sie schlägt auch kein literarisches Kapital aus ihren Depressionen. Es ist leichter, negativ als positiv zu schreiben, so ähnlich hat sie einmal gesagt; man wird dann für die zur Selbstanklage neigenden Literaten eher ernst genommen.

Christine Brückners Literatur ist ein Musterbeispiel für die „Zwischenlage" zwischen E- und U-Literatur, die uns in Deutschland fast völlig fehlt. Entweder Kolportage und Kitsch oder Experiment und Kunst, heißt hier die Devise. Kaum jemand beschreibt das Leben, wie es wirklich ist, eben in der Mittellage, weder von Wunschträumen noch von Suizidstimmungen verzerrt, sondern nüchtern und klar, in einer eigenwüchsigen, keineswegs klischeehaften Sprache.

Gewiß, die berühmte Maximiliane aus dem pommerschen Zyklus der Poenichen-Romane ist eine etwas zu perfekte weibliche Figur. Aber es fehlen bei Christine Brückner auch die Gegengestalten nicht, die Gescheiterten, die vom Unglück Verfolgten, die Schwachen. Es ist alles ausgeglichen, das gilt auch für die eigenen Lebensweisheiten, die man in den Romanen und Erzählungen findet. Der Fall Brückner ist deshalb so interessant, weil hier ein durchaus legitimes Bedürfnis der Leser nach einem „zweiten" Leben gestillt wird, das in Deutschland oft unbefriedigt bleibt. In England, auch in Amerika, findet man Beispiele genug für diese ehrliche und gute Literatur, die ein Spiegel der Gesellschaft und der Durchschnittsmenschen ist.

Ich möchte Christine Brückner einige britische Eigenschaften zuschreiben: Sinn für Komik und Ironie, für Anstand und Ehrlichkeit, für Anmut und Zärtlichkeit, mit einem Schatten von Melancholie. Als kenne sie ihre Grenzen, hat sie zunächst bescheiden angefangen mit Alltagsgeschichten, auch mit traurigen, wie dem Scheidungsroman „Das Jahr danach". Thematisch ist sie immer „mutiger" geworden. Quint und Fontane haben ihr dabei geholfen, das würde sie selbst zugeben.

Die Pfarrerstochter wurde in Schmillinghausen/Waldeck geboren. Sie ging als junges Mädchen noch durch die harte Schule des Krieges: Arbeit in einem Generalkommando, Hotelköchin, Gehaltsrechnerin in einem Flugzeugwerk. Sie wollte Bibliothekarin werden, aber Anfang der fünfziger Jahre fing sie zu schreiben an, erhielt mit ihrem ersten Roman „Ehe die Spuren verwehen" (der keineswegs ihr bester ist) einen Preis. Ein Leben ohne große Sensationen und Starallüren, seßhaft – sie hat noch heute dieselbe Adresse wie vor 30 Jahren.

Zwei Ehen, sehr glücklich die mit dem Schriftsteller Otto Heinrich Kühner, die sich zu einer heute selten gewordenen Liebes- und Arbeitsgemeinschaft entwickelt hat. Christine Brückner hat mir selbst einmal erzählt, daß die beiden sich nicht bei der Arbeit stören. Im Gegenteil, sie sitzen sich an einem Doppeltisch gegenüber. O. H. K. schreibt Eigenes, zum Beispiel seine Pummerer-Gedichte, früher ist er durch Hörspiele bekannt geworden. Zur Zeit schreiben die beiden zusammen ein Buch „Deine Bilder – meine Worte", das im Herbst 1987 erscheinen wird.

Im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" hat Christine Brückner einmal vor langer Zeit eine Reportage über einen Autounfall geschrieben, der für sie fast tödlich ausgegangen wäre – ein kleines Meisterwerk in der Kunst der Selbstbeobachtung. Ohne Klage, nüchtern und klar beschreibt die Autorin diesen Unfall und ihre körperliche und psychische Reaktion. Keine apokalyptischen Visionen tun sich auf, es geht wie bei einem ordentlichen Gericht zu: nichts wird dazugetan, nichts weggelassen, Aussagen wie unter Eid.

Eine journalistische Mutprobe, die mich mehr als all ihre früheren Arbeiten von ihrer schriftstellerischen Begabung überzeugte, auch von deren Entwicklungsfähigkeit. Seitdem ist Christine Brückners literarische Leistungskurve langsam aber unaufhaltsam gestiegen. Hierzu sind Glückwünsche für die Fünfundsechzigjährige wohl angebracht.

GENO HARTLAUB

Bonn: Tagung des „DDR"-Literatur-Arbeitskreises

Moderne von vorgestern?

Das Programm der 10. Tagung des „Arbeitskreises für Literatur und Germanistik der DDR" (bei der Karl-Arnold-Stiftung, Bonn) umgab ein gewisser Hauch von Sensation: Unter dem Arbeitstitel „Die Schuld der Worte. Sprachbewußtsein und neue Schreibweisen in der Literatur der DDR" las man eine Reihe von Namen, deren Teilnahme zwar angekündigt wurden – aber dem Interessenten kamen zuerst Erfahrungswerte hoch, kaum Hoffnungsbilder. Denn kommen sollten auch die in der „DDR" lebenden Schriftsteller Elke Erb und Gert Neumann sowie die Ostberliner Germanistin Ursula Heukenkamp, die sich zu Elke Erbs „Wortfeldtexten" äußern wollte.

Am Ende der Tagung war man schlauer, die Sensation perfekt: Elke Erb und Ursula Heukenkamp trafen pünktlich ein, Gert Neumann und seine Ehefrau Heide Härtel am späten Abend des vorletzten Konferenztages. Neumanns Lesung aus dem Manuskript „Die Klandestinität der Kesselreiniger" und sein freimütig-ironisches Reden über seine Situation gerieten so zum End- und Höhepunkt der Konferenz.

Die Tagung selbst ließ sich in ihrem Verlauf von solchen Zitterpartien am Rande nicht wesentlich beeinflussen. Die referierenden Literaturwissenschaftler bemühten sich redlich, dem Thema und damit der Avantgarde-Literatur der „DDR" auf die Spur zu kommen. Das gelang, wie konnte es anders sein, mit unterschiedlichem Erfolg. Und auch der kritische Diskurs zu den vorgetragenen Thesen geriet (aus ärgerlichen organisationstechnischen Mängeln) eher zur Marginalie, was nichts daran ändert, daß wir es hin und wieder mit Vermutungen zu tun hatten, die die Annäherung an den Gegenstand vorantrieben, nicht selten aber auch mehr umkreisten als trafen.

Das wurde besonders deutlich, als Genia Schulz (Gießen) Wolfgang Hilbigs Erzählungsband „Der Brief" interpretatorisch zu erfassen versuchte – ein beeindruckendes Unternehmen, mit Hilfe psychoanalytischer Kategorien und intertextueller Vergleichsmethoden dieser sprach- und bildmächtigen Dichtung auf den Grund zu kommen. Doch der Dichter, befragt nach der Wirkung solchen – von den konkreten Entstehungsbedingungen abstrahierenden – Bemühens, reagierte eher erschreckt als beglückt und bekannte das für ihn Bedrohliche derartiger Dechiffrierungsleistungen.

Günter Saße (Freiburg) versuchte, an Gert Neumanns Prosa „Elf Uhr" die „Systematik sprachthematisierender Literatur" aufzuzeigen. Er ortete die Literatur Neumanns auf seiner „idealtypischen Skala" sowohl in der Nähe der „sprachtraditionellen" als auch der „sprachdemonstrativen" Moderne und verknüpfte diese Einordnung mit der Begründung, daß Neumann zum einen „Positionen eines sprachtranszendenten Ichs" besetze, zugleich aber der Sprache eine „generative Kraft" zuweise. Diese Differenzierung stand im Zusammenhang mit Saßes provokantem Urteil, daß die literarische Avantgarde der „DDR" für dortige Verhältnisse sicherlich „erstaunlich", für uns aber eher „Moderne von vorgestern", „synkretistische Resteverwertung" sei.

Glänzende Vorträge hielten Alexander von Bormann (Amsterdam) und Helmut Lethen (Utrecht) sowie der Kunsthistoriker Diether Schmidt (Heidelberg). Von Bormann untersuchte am Beispiel der Lyrik von Heinz Czechowski die „Krise des dichterischen Bildes" in der Literatur der „DDR". Für ihn ist das Ende des (Natur-)Lyrik-Paradigmas gleichbedeutend mit dem Sieg des „kommunikativen" Ansatzes über den „imaginistischen".

Schließlich ist Helmut Lethens Bemühung um Karl Mickels Gedicht „Die Elbe" hervorzuheben. Lethen demonstrierte mit seinem Vortrag, daß die Interpretation von Literatur spannend und amüsant zugleich sein kann und daß eine solche Kombination oft mehr wissenschaftlichen Ertrag bringt als scholastische Spitzfindigkeit, von der auch diese Konferenz nicht verschont blieb.

ULRICH SCHACHT

Zur Verleihung der Nobelpreise: Elf Prozent mehr

Geld fließt aus aller Welt

Manchmal muß man es geradezu einen Glücksfall nennen, wenn der Nobelpreis mit einer Verspätung von fünfzig Jahren verliehen wird, wie es jetzt dem Erfinder des Elektronen-Mikroskops Ernst Ruska geschah. Die Schecks, die er und andere Preisträger heute in Stockholm entgegennehmen, werden einen um elf Prozent höheren Betrag ausweisen als im vergangenen Jahr. Die Stiftung, die der schwedische Chemiker und Industrielle Alfred Nobel nach seinem Tod im Jahr 1896 hinterließ, ist noch neunzig Jahre später ein grundsolides Unternehmen.

Seit 1972 wird die Nobel-Stiftung finanziell von dem früheren schwedischen Diplomaten und Großunternehmer Stig Ramel dirigiert, der im Aufsichtsrat von über einem Dutzend schwedischer Industrien und Investment-Gesellschaften vertreten ist. Die Verbindungen und Informationen, über die der führende Wirtschaftler verfügt, sind dem Erbe Alfred Nobels offenbar gut bekommen. Nicht immer stand die Stiftung auf so sicheren Füßen wie heute. Lange Zeit war sie in ihrer Anlagepolitik strikten Vorschriften unterworfen. Erst relativ spät ließ man die Bestimmung fallen, das 31 Millionen Goldkronen umfassende Fonds-Vermögen ausschließlich in festverzinslichen schwedischen Regierungsanleihen anzulegen, die als die am wenigsten riskante Investition galten.

Als Folge von zwei Weltkriegen zehrte die Inflation und später die inflationäre Politik sozialistischer Regierungen am Nachlaß Alfred Nobels. Bis 1953 war das Stiftungsvermögen auf ein Drittel seines ursprünglichen Wertes zusammengeschmolzen. Diese Verluste sind im Lauf der letzten fünfzehn Jahre unter der Direktion Stig Ramels ausgeglichen worden, so daß die finanzielle Basis heute wieder grundsolide ist. Der 59jährige Manager hat die Stiftung in eine moderne Investment-Gesellschaft verwandelt, die in ihren Anlage-Dispositionen beweglicher ist als früher. In der Praxis funktioniert sie nicht anders als die Börsen-Abteilung einer Bank, die je nach Marktlage Wertpapiere laufend abstößt oder dazu erwirbt.

Damit hat sich bei Nobel eine Tendenz durchgesetzt, zu der die meisten Stiftungen übergegangen sind. Anstelle der früheren Anlagepolitik, die ausschließlich auf festverzinslichen Anleihen beruhte, ist jetzt Diversifizierung gefragt. Das Nobel-Kapital besteht heute aus drei verschiedenen Anlageblöcken – schwedischen Aktien und Immobilien sowie internationalen Wertpapieren. Bei den Immobilien hat Ramel mit ausgezeichnetem Erfolg von Waldbesitz auf den Stockholmer Grundstücksmarkt umgeschaltet. Die schwedischen Wertpapiere werden von ihm selbst gemanagt. Das Management der internationalen Werte ist bei weiter steigender Tendenz Börsen-Fachleuten der schwedischen Banken überlassen.

Trotz der raschen Zunahme der internationalen Verflechtungen soll aber grundsätzlich nichts am Übergewicht der schwedischen Anlagen geändert werden. Noch weniger ist daran gedacht, die Regeln einer noch immer konservativen Anlagepolitik anzutasten, die auch in Zukunft nicht von der Verteilung des Risikos auf festverzinsliche Anleihen, hochwertige Aktien und Grundbesitz abweichen wird.

HEINZ BARTH

Augsburg: Brechts „Heilige Johanna" als Singespiel

Bis zum letzten Komma

Zu einem freundlichen Publikumserfolg wurde jetzt am Augsburger Theater die Uraufführung einer „Heiligen Johanna der Schlachthöfe", nicht wirklich von Brechts im Chicago der zwanziger Jahre spielender Arbeitslosenparabel, sondern von einem „Singespiel", in das der Züricher Komponist Victor Fenigstein Brechts Stück umgewandelt hat.

Diese Bezeichnung „Singespiel" ist nicht einmal eine kokette Untertreibung. Denn die kleine Instrumentalbesetzung (siebzehn Instrumente, wobei Bläser und Schlagzeug dominieren, unter der Leitung von Norbert Bihlmaier) sorgt tatsächlich dafür, daß die Gesangsstimme durchweg im Vordergrund steht und das Geschehen führt. Der 1924 geborene frühere Pianist Fenigstein hat sich übrigens des öfteren politischer und sozialkritischer Themen angenommen, zuletzt aber auch einen Zyklus von Shakespeare-Sonetten vertont. Aber kein Zweifel, er gehört zu jenen Künstlern, die das Epitheton „engagiert" gepachtet haben.

Im vorliegenden Fall widmete er sich dem Jugendstück Brechts mit derartig devoter Hingabe, komponierte „bis zum letzten Komma" alles aus, daß ein fünfstündiges Mammut-Opus entstand. Dies sei aber, so Fenigstein, „gar nicht für den Konsum bestimmt". Ihm schweben Darbietungen auf wechselnden Schauplätzen vor (in einer Fabrik, im Park, zuletzt in einem Theater), die das Publikum ja wandernd nacheinander aufsuchen könne, um dort das Geschehen auf sich wirken zu lassen. Mit dieser Arbeit wollte Fenigstein in erster Linie Brechts oft sprödes Stück einem breiteren Auditorium verständlich machen. Aber da hat er wohl doch die Langmut und Nachsicht des ersehnten „breiteren" Publikums überschätzt.

Die hatte nicht einmal der Regisseur Wolf Seesemann, der nämlich das Ungetüm bereits von fünf auf etwas über drei Stunden gekürzt hatte. Zusammen mit dem Bühnenbildner Rainer Sinell gelang ihm so zwar eine ansehnliche Aufführung, aber selbst die hatte noch reichliche Längen.

Das liegt zum einen an Brechts breit angelegter Dichtung, zum anderen daran, daß Fenigsteins behutsame Komposition sich über lange Strecken im Rezitativischen bewegt. Die begleitende Funktion einzelner Instrumente beschränkt sich häufig auf pointillistisches Akzentuieren, zitiert manchmal gar recht geistvoll und swingt dezent. Wirklich frei mit dem Stoff umzugehen, die Musik sagen zu lassen, was der Text verschweigt, wagt Fenigstein hingegen an keiner einzigen Stelle.

Sehr kantabel, trotz gelegentlich medodramatischer Sprechsequenzen, schreibt Fenigstein für die Stimme. Geschickt wurde die frühere Vertonung von Chorpassagen der „schwarzen Strohhüte" durch Hans Dieter Hosalla einbezogen.

In der Partie der Johanna erlebte man Verena Gohl, deren warm timbrierter Alt aufhorchen ließ. Sie überzeugte auch durch darstellerische Frische, Kraft und Spontaneität. Gleiches gilt für den Bariton Allan Evans, der stimmlich vor allem im Lyrischen bestach. Schauspielerisch bot er als Schlachthausmanager Mauler eine prägnante Leistung.

U. H.

Weitere Aufführungen: 11., 14., 19. Dezember; Karteninformation: 0821/36604

Bankräuber mit Fortüne: N. Tass' Film „Malcolm"

Wozu der Kopf gut ist

Man nehme ein fernlenkbares Auto, einen Sender nebst Empfänger und einen Lautsprecher, eine kleine Kamera – wiederum nebst Sender – und daheim einen Monitor-Bildschirm, schon hat man einen kleinen Roboter. Den kann man beispielsweise zur Milchfrau schicken, wenn man „einen Sprung in der Schüssel" hat und menschenscheu ist. Und auch sonst kann er sehr nützlich sein; man wird ja sehen. Malcolm (Colin Freils) ist auf die Idee gekommen; denn Malcolm ist ein Tüftler. Und er ist die Titelfigur in einem umwerfend komischen Film der Australierin Nadia Tass.

Malcolm ist Hausbesitzer, und ein Haus kostet nun mal Geld. Aber das kann man sich schließlich beschaffen; man muß nur einen Untermieter ins Haus nehmen. Man kann ja nicht ahnen, daß man den Kriminellen Frank bekommt (John Hargreaves), der immerfort von einem Banküberfall träumt. Dabei verläßt er sich allerdings lieber auf seine Fäuste und auf eine „Kanone" – und muß von Malcolm lernen, daß man dazu gegebenenfalls auch den Kopf benutzen kann.

Malcolm weiß zwar nicht recht, was er mit einem Mädchen anfangen soll; deshalb erzählt er ihm so lange von Straßenbahn-Modellen, bis es das Weite sucht. Aber er baut ein Auto, das sich in voller Fahrt in zwei Teile zerlegen läßt – und weiterfährt. Er baut eine Ein-Mann-Straßenbahn. Und was seine fernlenkbaren Autos bei der Milchfrau vermochten, das können sie, mit einer Pistole ausgerüstet, in jeder hergelaufenen Bank.

Natürlich geht das schief beim ersten Versuch. Es muß schon Franks Freundin Judith dazukommen (Lindy Davies), die nicht nur viel in der Bluse, sondern auch allerhand im Kopf hat, dann wird daraus ein Bankraub, wie man ihn so verrückt, so hirnrissig, so zwerchfellerschütternd und so perfekt in der Kinogeschichte noch nicht gesehen hat.

Malcolm hat seinen kleinen Robotern nämlich große Standaschenbecher übergestülpt. Und die schießen nicht nur: Sie speien Tränengas-Bomben und Handgranaten. In den Besitz der Millionen-Beute gelangt, schlagen sie die Fenster ein. Man muß nur einen genügend großen Sack darunter halten, dann ist man ein gemachter Mann, gegen den jede Polizei machtlos ist.

Keine Frage, Nadia Tass ist beim englischen Kino in die Schule gegangen. Darauf verweisen nicht allein die Autos mit dem Steuerrad rechts mitten in San Francisco, darauf verweist vor allem der hintergründige Humor ihres Films, für den die Briten das nicht zu übersetzende Wort „sophisticated" haben. Und weil das in Kameraführung und Schnitt ebenso perfekt gemacht ist wie Malcolms Bankraub, weil die Schauspieler, auch wenn sie hierzulande kaum bekannt sein dürften, keinen Wunsch offenlassen, ist ein ungemein lustiger und rundum unterhaltsamer Film dabei herausgekommen.

HORST ZIERMANN

„In Rembrandts Manier": Graphik und Zeichnungen in der Kunsthalle Bremen

Gleichklänge mit scharfen Kontrasten

Nach holländischem Vorbild: S. della Bellas „Frau mit Turban" FOTO: KATALOG

Die überragende Rolle, die Rembrandt als Vorbild für Künstler seiner Zeit und des 18. Jahrhunderts gespielt hat, wird derzeit von der Kunsthalle Bremen mit mehr als 200 Blättern aus eigenem Besitz und einigen Leihgaben in einer Ausstellung nachgewiesen, die unter dem Thema „In Rembrandts Manier" die vielfältigen Arten der Aneignung durch andere Graphiker untersucht. Mag uns heute die Auffassung, in der Art eines großen Meisters zu arbeiten sei nicht nur lehrreich, sondern sogar ein Qualitätsbeleg, auch suspekt sein, so ist das bis zum Ende des 19. Jahrhunderts durchaus positiv gesehen worden; das belegen Anne Röver, Leiterin des Bremer Kupferstich-Kabinetts, und Gerhard Gerkens, Direktor des Lübecker Museums für Kunst und Kulturgeschichte, in ihrem Katalogtext.

Die Ausstellung setzt mit einer kleinen Auswahl von Rembrandt-Graphiken ein, darunter so berühmte Blätter wie „Landschaft mit den drei Bäumen", „Christus in Emmaus" und das „Hundertguldenblatt". Dazu kommen einige Figurendarstellungen und Selbstbildnisse. Schon unter den niederländischen Zeitgenossen waren die Arbeiten der frühen und mittleren Schaffenszeit Rembrandts bekannt und gerühmt, wie die Aneignung von Motiven und Darstellungsweisen durch Ferdinand Bol und Jan Lievens zeigen. Besonders der zweite hat mit seinen Gestalten einen überraschenden Gleichklang zu Rembrandts „Orientalen" und „Philosophen" gefunden. Von den italienischen Zeitgenossen haben vor allem Stefano della Bella und Giovanni Benedetto Castiglione Rembrandts Kunst geschätzt, wie ihre Graphiken beweisen.

Relativ knapp werden die Aneignung und Nachahmung bestimmter Formelemente der Rembrandt-Graphik dargestellt: Die fabulierend zeichnerische Fülle hat besonders Giovanni Domenico Tiepolo in seinen Arbeiten zur „Flucht nach Ägypten" (1753), erprobt. Das magische Hell-Dunkel Rembrandts haben Valentin Daniel Preissler und Norblin de la Gourdaine verwandt; der zweite hat sich auch in vielen Themen Rembrandts versucht, die in einer fünften, umfangreicheren Ausstellungsgruppe ausgebreitet werden. Jeder ihrer sechs Untergruppen stehen einige Rembrandt-Graphiken voran, um das ikonographische Vorbild erkennbar zu machen.

Die Ausstellung belegt auch den Einfluß des Niederländers auf die englische Graphik im 18. Jahrhundert, aber auch deren Kritik: Hogarth hatte sich karikierend mit den Eigenheiten der Graphik Rembrandts beschäftigt.

JÜRGEN WEICHARDT

(Bis 4. 1. 1987, danach Lübeck, 15. 1.–22. 2. 87, Katalog 25 Mark)

JOURNAL

Die Suche nach Zadeks Nachfolger beginnt

war. **Hamburg**

Jetzt kann sich das Intendanten-Karussell also wieder drehen. Der Aufsichtsrat des Hamburger Schauspielhauses hat Kultursenatorin Helga Schuchardt offiziell den Auftrag gegeben, einen Nachfolger für den bereits nach einem Intendanten-Jahr amtsmüden Peter Zadek zu suchen. Zadek hatte in der Sondersitzung des Aufsichtsrats noch einmal den Wunsch vorgebracht, bereits mit Ende der laufenden Spielzeit, spätestens aber zum Ende der nächsten Saison, aus seinem Intendanten-Amt auszuscheiden. Für eine Nachfolge-Lösung, die einen kooperativen und Kontinuität wahrenden Übergang ermögliche, habe er, wie es aus der Hamburger Kulturbehörde heißt, seine Kooperationswilligkeit signalisiert.

Rilke-Stiftung in der Schweiz gegründet

AP, **Bern**

Kurz vor dem 60. Todestag des Dichters Rainer Maria Rilke (29. Dezember 1926) ist eine Stiftung ins Leben gerufen worden, welche die in Siders im Schweizer Kanton liegenden Dokumente des Poeten verwalten und der Öffentlichkeit zugänglich machen soll. Zum Präsidenten der Rilke-Stiftung wurde der Vizedirektor der Schweizerischen Landesbibliothek, Rätus Luck, gewählt. Die Rilke-Stiftung hat nach ihrer Gründung die im Besitz der Gemeinde Siders befindlichen Handschriften, Briefe und Originaldokumente des in Prag geborenen Dichters übernommen. Die Gemeinde stellte der Organisation dafür einen ersten Betrag von 20 000 Franken zur Verfügung.

Argentinien bietet Schulaufenthalt an

DW. **Hamburg**

Die gemeinnützige „Kommission für Bildungsaustausch" (2000 Hamburg 20, Hoheluftchaussee 145) bietet deutschen Oberschülern in der Altersgruppe zwischen 15 und 17 Jahren einen einjährigen Aufenthalt in Argentinien an. Die Unterbringung erfolgt in ausgewählten Familien. Die erforderlichen Spanisch-Kenntnisse können in Argentinien erworben werden. Zu entrichten ist von den Eltern ein Kostenbeitrag von 6500 Mark.

Dänemark stiftet Ballett-Preis

dpa, **Kopenhagen**

Einen internationalen Ballett-Preis hat das Königliche Theater Dänemarks unter dem Namen des dänischen Märchendichters Hans Christian Andersen gestiftet. Am 7. Mai 1988 sollen in Kopenhagen zum ersten Mal vier Preise für den besten weiblichen, den besten männlichen Tänzer, die beste Choreographie sowie ein Ehrenpreis für besondere Leistungen vergeben werden. Die Jury besteht aus dem Leiter des Moskauer Bolschoi-Balletts, Juri Grigorowitsch, dem Leiter des amerikanischen Joffrey-Balletts, Robert Joffrey, sowie dem Direktor des Königlichen Dänischen Balletts, Frank Andersen.

Der Museumsführer nun in dritter Auflage

DW. **München**

Das Wallraf-Richartz-Museum/Museum Ludwig in Köln ist noch nicht mit neuer Adresse verzeichnet, und auch die von Henri Nannen gestiftete Emdener Kunsthalle kommt noch nicht vor. Aber sonst verzeichnet „Der deutsche Museumsführer in Farbe" von Klemens Mörmann (W. Krüger Verlag, Frankfurt/M, 1056 S., 650 Abb., 58 Mark) getreulich in seiner dritten, wiederum erweiterten Ausgabe, was sich seit 1983 in der deutschen Museumslandschaft verändert hat. Rund 200 Häuser oder Sammlungen kamen dazu, so daß der Band jetzt Auskunft über rund 2200 Museen gibt.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Eine wohlfeile Weihnachtsgabe für Menschen mit Sinn für tiefsinnigen Nonsense ist die Gedichtsammlung, in deren Universum Palma Kunkel schwebt, jene Schwester des begnadeten Palmström, dem Erfinder des Theaters mit drehbarem Zuschauerraum, der resignierende Intendanten vielleicht länger an einem Haus hielte, als dies derzeit möglich zu sein scheint. Beim Immer-Wieder-Lesen dieser gereimten Kürzest-Grotesken stellt man fest, daß diese zum Immer-Wieder-Lesen verführen, weil Nonsense eben unergründlich ist und nur durch Immer-Wieder-Lesen einigermaßen begreiflich wird. Oder auch nicht. „Alles ist vielleicht nicht klar, nichts vielleicht erklärlich ...", heißt es in dem „Täuschung" überschriebenen Gedicht. Genau das ist der Kern von Fritz Kunkels Pudel. Wer aber ist Fritz Kunkel?

no

Christian Morgenstern: „Palma Kunkel. Gedichte". Serie Piper, 71 Seiten, 6,80 Mark



Ein Traum in Tüll für tausendundeinen Tag

Deutsche Brautmode Renner auf dem arabischen Markt

R. WILLNECKER, **Düsseldorf**

Die Tendenz ist steigend – die Tendenz zum Heiraten. 1985 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 364 206 Ehen geschlossen, ob im Himmel, wird sich erst bis zum neuerlich errechneten „verflixten dritten Jahr" herausstellen. Die Hochzeit ist immer noch ein Tag, an dem im allgemeinen nicht auf den Pfennig, ja nicht mal auf die Geldscheine geschaut wird. So wurden auch im vergangenen Jahr ungefähr 300 Millionen Mark für Brautkleider ausgegeben. Weiß ist wieder der ganz große Traum. Selten kann man so rührende Tränen vergießen wie bei einer romantischen Hochzeit.

Nach Dubai wird Riad zum zweiten Messeplatz

Doch mag die Tendenz einen noch so roséfarbenen Streifen am Heiratshimmel zeigen, die deutsche Braut- und Festmodenindustrie könnte nicht allein davon leben. Hätte sie nicht Kunden, die ihre märchenhaften Kleider zu oft märchenhaften Preisen in märchenhaften Stückzahlen kauften: die arabischen Staaten. Dort werden die Damen nicht nur zur Hochzeit in prächtige Gewänder gehüllt. Nicht der Anlaß ist hier entscheidend, sondern der Geldbeutel.

So müssen auch die Modemacher aus Deutschland trotz aller bereits vorhandenen Üppigkeit die Kleider für diesen Teil der Welt noch mehr dekorieren, ausschmücken, bestikken. Gold, Perlen und Lurex sind die Geheimwaffen, mit denen sie in den Gefilden von Tausendundeiner Nacht antreten – und gewinnen.

Der Kampf um die Gunst der dollarschweren Scheichs findet nicht etwa auf deutschen Messen statt. Dort erspäht man selten Einkäufer aus islamischen Ländern. Wie sagt schon das alte Sprichwort: „Kommt der Prophet nicht zum Berg, so muß der Berg zum Propheten kommen." Das geschieht bereits seit acht Jahren. Das Exportinstitut für deutsche Mode präsentiert regelmäßig auf dem vertrauten Messeplatz Dubai eine große Gruppe deutscher Hersteller.

Mit 50 Festmodenherstellern begann alles mal, heute sind es nur noch 30. Der scheinbare Rückgang trügt auf den ersten Blick. Er zeugt nämlich keineswegs von Mißerfolg, sondern ganz im Gegenteil von großem Erfolg. Viele Aussteller haben nämlich inzwischen so gute Kontakte und gute Kunden in der arabischen Welt, daß sich eine feste Agentur vor Ort lohnt.

Und obwohl man in diesem Jahr aufgrund des Dollar-Kursverfalls, des schlechten Ölgeschäftes und des nach wie vor Unsummen verschlukkenden iranisch-irakischen Krieges weniger zufrieden mit den Aufträgen ist, bringt Dubai dennoch steigende Exportzahlen. So berichtet der Geschäftsführer des deutschen Exportinstitutes, Reinhard Döpfer. Das Geschäft für deutsche, aber auch für andere europäische Brautmodenhersteller ist sogar so interessant und ausbaufähig, daß man im nächsten Jahr eine zweite Messe veranstalten will. Im März wird die erste Saudi-Fashion in Riad stattfinden.

Arabische Männer sind ganz wild auf europäische Damenmode – vorausgesetzt, man beachtet gewisse Spielregeln. Dazu gehören ganz klare Bekleidungsvorschriften, die die Frauen in islamischen Ländern nach wie vor – nach außen und Fremden gegenüber – einhalten müssen. Jede Art von Dekolleté ist verboten. Ärmellose und kurze Kleider, die Beine und Füße zeigen, sind verboten.

Auf diesen Messen sieht man sehr wenig Frauen. Wenn, sind es Europäerinnen, die durch ihre Ehemänner in diesen Ländern leben und für ihre meist gutgehende Boutique einkaufen. Islamische Frauen warten in einem separierten Teil der Messe. Geduldig und gespannt zugleich, was ihre Männer eingekauft und geordert haben.

Mannequins gar, wie sie auf unseren Messen üblich, ja sogar äußerst wichtig für den Verkauf sind, wird man vergebens suchen. Der Versuch der deutschen Ausstellergruppe am Anfang ihrer Aktivitäten, eine Informationsmodenschau zu veranstalten, scheiterte.

Modenschauen nur noch für weibliche Gäste

Einige Minuten ging es gut, bis ein Kleid mit einem leichten Anflug von Dekolleté über die Bühne ging. Was Europäer gar nicht gesehen hatten, veranlaßte die anwesenden Araber, mit gesenktem Blick die Veranstaltung sofort zu verlassen.

Inzwischen haben sich die Europäer an die Gepflogenheiten gewöhnt. Es werden nur noch Modenschauen für die weiblichen Gäste veranstaltet. Sie dürfen sich ihre Geschlechtsgenossinnen in aller Offenheit ansehen, denn auch im häuslich-intimen Kreis ist die Frau in arabischen Ländern nicht an ihre totale Verhüllung gebunden. Die arabische Männerwelt begnügt sich, nein reißt sich um Prospektmaterial mit europäischen Mädchen, da sie selten genug so etwas zu sehen bekommt. Allerdings ist es immer die Frage, ob diese – für uns höchst anständigen Modefotos – vorher schon durch den äußerst strengen arabischen Zoll ins Land gelassen werden.

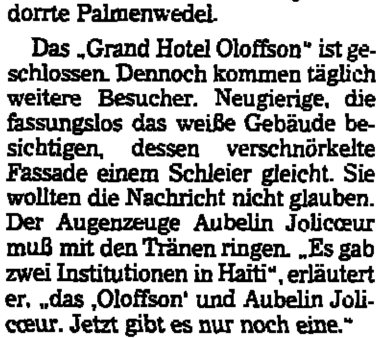


Ein Bild aus der Zeit, als das „Grand Hotel Oloffson" in Port au Prince die erste Adresse auf Haiti war. Heute ist der Pool leer FOTO: AP

Hinter der Fassade des Oloffson wohnt nur noch die Erinnerung

Der prächtige Palast in Port au Prince auf Haiti, in dem einst das Leben bis in die Nächte pulsierte, steht leer. Verschwunden sind die exotischen Bilder, die Korbmöbel, die Kunstschätze, die bizarren Spiegel. Staub bedeckt die massive Mahagoni-Bar, hinter der Joseph César kräftige „Rum Punches" mixte. Die besten der Karibik, wie seine prominenten Gäste sagten. Der Pool enthält kein Wasser mehr. Der tropische Garten wirkt verwahrlost. Auf der Zufahrtsstraße liegen verdorrte Palmenwedel.

Das „Grand Hotel Oloffson" ist geschlossen. Dennoch kommen täglich weitere Besucher. Neugierige, die fassungslos das weiße Gebäude besichtigen, dessen verschnörkelte Fassade einem Schleier gleicht. Sie wollten die Nachricht nicht glauben. Der Augenzeuge Aubelin Jolicœur muß mit den Tränen ringen. „Es gab zwei Institutionen in Haiti", erläutert er, „das ‚Oloffson' und Aubelin Jolicœur. Jetzt gibt es nur noch eine."





Graham Greene (r.) setzte dem „Oloffson" in seinem Haiti-Roman ein literarisches Denkmal. Nach Gästen wie Anne Bancroft und Marlon Brando wurden die 22 Zimmer benannt FOTOS: DPA/RÖHNERT/CAMERA PRESS

Das „Oloffson" gehörte zu den berühmtesten Herbergen der Welt. Graham Greene hat dem Haus ein Denkmal in der Literaturgeschichte gesetzt: „Die Stunde des Komödianten". Hinter dem Hotel „Trianon", einem der Schauplätze seines Haiti-Romans, verbirgt sich das „Oloffson". Der Journalist und Kunsthändler Jolicœur stand Modell für die Figur des Petit Pierre. Der schmächtige Mann, der stets helle, sommerliche Anzüge trägt, ein Seidentuch um den Hals gewunden hat und einen mit Gold besetzten Spazierstock trägt, verkündet „das Ende einer wunderbaren Ära".

Jolicœur, 62 Jahre alt und von amerikanischen Reisejournalisten „Mister Haiti" genannt, kannte alle Gäste, das „Oloffson" war sein zweites Zuhause. Er frühstückte in dem Hotel, erschien zum Mittagessen und unterhielt abends das Schickeria-Volk. Wenn er sich einmal langweilte, was in den guten Zeiten des „Oloffson" nur ganz selten der Fall war, spielte er mit den Gästen Backgammon an einem Ecktisch.

„Ich habe alles getan, damit sich die Touristen wohlfühlten", erzählt Jolicœur. Er begrüßte die Haiti-Besucher bereits auf dem Flughafen. Er erteilte Auskünfte und Ratschläge. Er mimte den Zeremonienmeister bei Folkloreveranstaltungen und übernahm zweimal die Rolle des stellvertretenden Fremdenverkehrsministers. Er lieferte der Zeitung „Le Nouvelliste" eine Klatschkolumne, die sich besonders auf die bekanntesten Gäste der Insel konzentrierte, vorwiegend Künstler und Intellektuelle.

Marlon Brando, James Jones, Truman Capote, Charles Addams, Sir John Gielgud, Anne Bancroft, Richard Burton, Graham Greene, Lillian Hellman, Barry Goldwater, Mick Jagger – alle wohnten im „Oloffson". James Jones feierte hier seine Hochzeit, Jolicœur fungierte dabei als Trauzeuge. Einige der 22 Zimmer trugen die Namen der prominentesten Gäste. Was zog die Prominenz ins „Oloffson"? „Eine einmalige Atmosphäre, die kein anderes Hotel der Karibik zu bieten vermochte", meint Jolicœur.

Sie wurde einst von dem Franzosen Roger Coster geprägt, einem früheren „Life"-Fotografen, der das Hotel während seiner Blütezeit in den fünfziger Jahren führte. Damals erschienen der Präsident Paul Magloire und seine Mätressen regelmäßig zum Mittagessen. François „Papa Doc" Duvalier, der sich dann als blutigster Diktator dieses Jahrhunderts erweisen sollte, ließ 1957 eine rauschende Amtseinführungs-Party veranstalten. „Wir vermieteten keine Betten, sondern eine Seele", erläuterte Coster. Er lebt heute in der Bergmetropole Pétionville als Pensionär.

Das 1898 von einem Präsidentensohn errichtete Gebäude, das später den amerikanischen Besatzungstruppen als Offizierskrankenhaus diente und dann nach einer norwegischen Hoteliersfrau namens Oloffson getauft wurde, spürte bereits seit Jahren einen Abstiegstrend. Der haitianische Tourismus, von der Aids-Angst beeinflußt, ging an dem Haus nicht spurlos vorbei. Aubelin Jolicœur mußte immer häufiger seine Abende im Grand Hotel mit einsamen Backgammon-Partien verbringen.

„Mick Jagger war Anfang 1985 der letzte berühmte Gast", berichtet er. Dann ließ die Amerikanerin Sue Seitz, die letzte Pächterin, das Anwesen verkommen. Als sie sich weigerte, eine Erhöhung der monatlichen Miete von 1000 auf 3000 Dollar zu zahlen, kündigte die Sam-Familie als ursprüngliche Besitzerin den Pachtvertrag.

Familiensprecher Max Sam informiert: „Wir suchen einen neuen Pächter, der keine Investitionen scheut. Das Haus soll ein Hotel bleiben." Wahrscheinlich wird es jedoch in Zukunft einen anderen Namen haben. Aubelin Jolicœur wäre damit einverstanden. „Das alte ‚Oloffson' ist tot", sagt er, „niemand kann es zu neuem Leben erwecken."

WERNER THOMAS

Schmuggler ließ Zöllner beim Umpacken zusehen

dpa, **Düsseldorf**

Zum dümmsten Rauschgiftschmuggler 1986 erkoren die Zöllner der Oberfinanzdirektion Düsseldorf (OFD) jetzt einen 19jährigen Bergmann aus Mülheim, der mit 185 Gramm Haschisch am Zollamt Lingsfort bei Straelen bei der Einreise aus den Niederlanden erwischt wurde. Der Kumpel war aufgefallen, als er sein Auto unmittelbar vor der Grenzstation wieder zurücksetzte, die Motorhaube öffnete und unter den Augen des Zolls den „Stoff" verstaute. Wenige Minuten später fuhr er wieder vor, und prompt wurden die Beamten im Luftfilter-Gehäuse fündig. Da der 19jährige bereits zehn Tage zuvor mit 221 Gramm Haschisch im selben Auto am Autobahn-Grenzübergang Niederdorf vor Venlo erwischt worden war, erließ ein Richter Haftbefehl.

BfA: Frist läuft ab

AP, **Berlin**

Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) erinnert alle freiwilligen Beitragszahler daran, daß am 31. Dezember die Frist für die Überweisung ihrer Rentenbeiträge abläuft. Wer diese Frist versäumt, verliert den „Versicherungsschutz und damit den Rentenanspruch bei eventueller Erwerbsminderung".

Genetische Beratung

dpa, **Moskau**

Angesichts der steigenden Zahl nervenkranker Kinder in der Sowjetunion hat jetzt das Gesundheitsministerium Gesetze zur medizinischen Kontrolle aller jungen Paare vor der Eheschließung verlangt. Die jungen Eheleute sollen sich künftig einer „vollständigen medizinischen Untersuchung und einer genetischen Beratung" unterziehen. Für Alkoholikerinnen und drogensüchtige Frauen solle die Schwangerschaftsverhütung zur Pflicht gemacht werden.

Erneut untersucht

AP, **Fulda**

Die des Mordes an ihren beiden Kindern verdächtigte Krankenpflegehelferin Monika Weimar, die seit dem 27. Oktober in Haft ist, wird erneut psychiatrisch untersucht. Es soll geklärt werden, inwieweit die 28jährige zum Zeitpunkt der Tat schuldfähig war, „auch unter Berücksichtigung ihres Verhältnisses" zu einem amerikanischen Soldaten, ließ die Staatsanwaltschaft wissen.

Falsche Diagnose

dpa, **München**

Vier Münchner Notärzte müssen sich seit gestern vor dem Landgericht München wegen fahrlässiger Tötung verantworten. Unabhängig voneinander hatten die vier bei einem 42 Jahre alten Patienten im April 1985 die Diagnose „schwere Bronchitis" gestellt. Der Mann war wenige Tage später an einer Malaria mit Hirnödem gestorben.

Massenmord ohne Motiv

dpa, **Oakland**

Ohne erkennbares Motiv sind ein Mann und eine Frau in Oakland (Kalifornien) in ein Wohnhaus eingedrungen und haben dort sechs Menschen erschossen und zwei schwer verletzt. Die mutmaßlichen Täter, ein 28jähriger Mann und eine 24jährige Frau, wurden gefaßt.

Urteil zu Wundermitteln

AP, **Karlsruhe**

Wer sogenannte Wundermittel zur Abmagerung, Verjüngung oder Raucherentwöhnung verkauft, obwohl er von deren Wirkungslosigkeit überzeugt ist, macht sich auch dann strafbar, wenn er bei Reklamationen den vollen Kaufpreis zurückerstattet. Das hat der Bundesgerichtshof in einem gestern *veröffentlichten Grundsatzurteil* entschieden. (Az.: 3 StR 226/86)

Serie von Angriffen

dpa, **Frankfurt**

Ohne ersichtlichen Grund hat ein 23jähriger Arbeitsloser in Frankfurt seit Samstag auf offener Straße mehrere Menschen angegriffen und fünf von ihnen mit Messerstichen verletzt. Wie die Polizei gestern mitteilte, wurde der Mann am Montag festgenommen und in einer psychiatrischen Anstalt untergebracht.

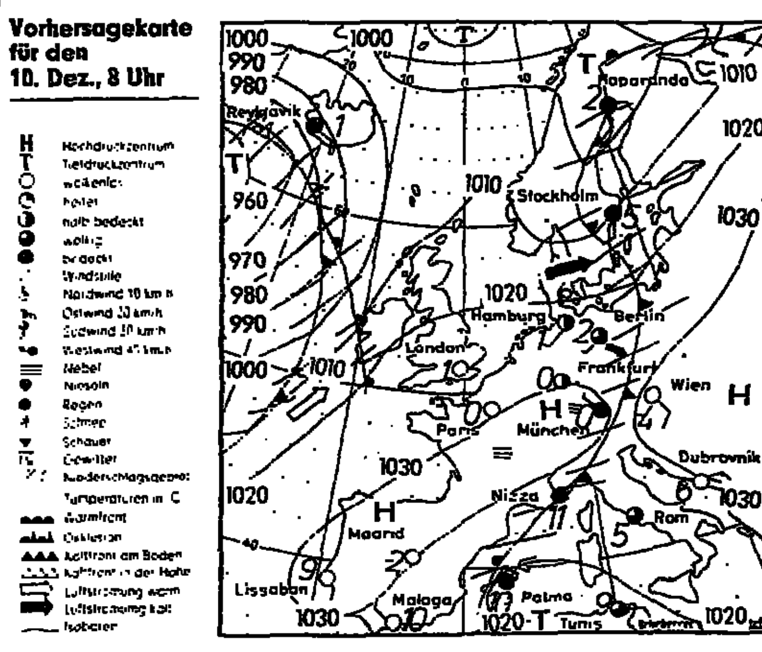
WETTER: Freundlich und trocken

Lage: Die nach Deutschland eingeflossene kühle Meeresluft gelangt erneut unter Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden heiter bis wolkig, nur an der Küste und in Schleswig-Holstein vereinzelt leichte Schauer, sonst niederschlagsfrei. Im Süden anfangs stark bewölkt, später Auflockerungen und weitgehend trocken. Höchsttemperaturen 3 bis 8, nachts im Norden bei 3 Grad. In der Mitte und im Süden plus 2 bis minus 3 Grad. Schwacher Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten: Im Norden freundlich und trocken, im Süden in den Niederungen zunehmend neblig-trüb. Verbreitet Nachtfrostgefahr.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.17 Uhr*, Untergang: 16.14 Uhr; **Mondaufgang:** 13.45 Uhr, Untergang: 3.04 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	4	wl
Bielefeld	10	bw
Braunlage	5	he
Bremen	10	he
Dortmund	9	bw
Dresden	3	wl
Düsseldorf	12	bw
Erfurt	6	he
Essen	10	bw
Feldberg/S.	1	Ne
Flensburg	9	wl
Frankfurt/M.	5	bd
Freiburg	12	bd
Garmisch	6	he
Greifswald	4	wl
Hamburg	10	wl
Hannover	10	bw
Kahler Asten	4	Ne
Kassel	5	bw
Kempten	9	he
Kiel	8	wl
Koblenz	10	bw
Köln-Bonn	11	bw
Konstanz	3	Ne
Leipzig	7	bw
List/Sylt	8	he
Lübeck	6	wl
Mannheim	9	bw
München	4	he
Münster	10	he
Norderney	9	bw
Nürnberg	4	bw
Oberstdorf	9	he
Passau	2	wl
Saarbrücken	9	bd
Stuttgart	5	bw
Trier	9	bd
Zugspitze	-5	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	13	bw
Amsterdam	9	Rs
Athen	12	he
Barcelona	10	R
Belgrad	4	he
Bordeaux	–	–
Bozen	1	bd
Brüssel	0	bw
Budapest	0	he
Bukarest	0	bd
Casablanca	15	bw
Dublin	8	bw
Dubrovnik	15	he
Edinburgh	5	he
Faro	15	he
Florenz	12	bw
Genf	5	R
Helsinki	1	bd
Hongkong	20	wl
Innsbruck	7	he
Istanbul	7	bd
Kairo	20	he
Klagenfurt	-3	bd
Konstanza	1	bd
Kopenhagen	5	he
Korfu	16	he
Las Palmas	20	bw
Leningrad	-6	he
Lissabon	13	he
Locarno	6	bd
London	9	he
Los Angeles	13	wl
Luxemburg	7	bw
Madrid	9	he
Mailand	4	R
Malaga	14	he
Mallorca	14	bw
Moskau	-6	he
Neapel	15	he
New York	1	S
Nizza	11	R
Oslo	6	R
Ostende	9	he
Palermo	17	he
Paris	9	he
Peking	8	wl
Prag	-1	bd
Rhodos	18	he
Rom	14	he
Salzburg	5	he
Singapur	29	bw
Split	15	bw
Stockholm	4	bd
Straßburg	6	bd
Tel Aviv	17	he
Tokio	16	bw
Tunis	16	bw
Valencia	14	he
Varna	2	bd
Venedig	8	he
Warschau	2	he
Wien	-3	bd
Zürich	4	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Honda-Rückruf mit Fragezeichen

wat. **Bonn**

Honda hat eine Rückrufaktion gestartet. Die Firma kündigte an, die alte Seitenständer-Konstruktion, die mit mehreren Todesstürzen in Verbindung gebracht worden ist, auszutauschen. 300 000 Halter von Honda-Motorrädern werden angeschrieben. Der Umbau soll kostenlos sein. Nur – die Umrüst-Termine wurden auf den Januar und Februar festgelegt, eine Zeit also, in der mehr als 90 Prozent aller Motorradfahrer ihre Maschinen abgemeldet haben. Glaubt man, daß die Betroffenen im Frühjahr dann den Umtausch auf eigene Kosten durchführen lassen?

„Affäre Gregory" bald vor Gericht

SAD, **Nancy**

In der „Affäre Gregory", die seit zwei Jahren Frankreichs Öffentlichkeit beschäftigt, ordnete die Strafkammer des Appellationsgerichts von Nancy gestern einen Schwurgerichtsprozeß an. Gegen Christine Villemin, die Mutter des ermordeten vierjährigen Gregory, dessen Leiche am 16. Oktober 1984 in einem Flüßchen in den Vogesen gefunden wurde, war im Juli 1985 Mordanklage erhoben worden. Der Ehemann der Angeklagten sitzt seit März 1985 wegen Erschießung seines Cousins ein. Villemin hatte diesen für den Mörder seines Sohnes gehalten.

Klausuren werden neu geschrieben

dpa, **Köln**

284 Polizeikommissar-Anwärter in Nordrhein-Westfalen müssen zwei Prüfungsarbeiten, die sie im Herbst vorgelegt hatten, neu schreiben. Diese Entscheidung gab das Verwaltungsgericht Köln gestern bekannt. 55 Polizeibeamte hatten geklagt, weil das Landesprüfungsamt insgesamt vier Klausuren annulliert hatte. An einem der fünf Prüfungsorte waren versiegelte Umschläge mit den Klausurfällen von Unbekannten geöffnet worden, bei einem der Prüflinge hatte man die Lösungsskizze einer Aufgabe gefunden. (Az.: 6 L 1583/86)

Mit Münz-TV und grimmigem Hund

Im Taxi ist der Fahrgast gegen Überraschungen nicht gefeit / Ein Welt-Vergleich

Geschäftsleute auf Reisen sind meist gezwungen, ein Taxi zu nehmen. Auf der Basis der jüngsten Untersuchung des amerikanischen Wirtschaftsmagazins „Fortune" gibt die WELT eine Übersicht über die Leistungen des Taxi-Gewerbes in sechs Metropolen.

London: Die Stadt an der Themse ist der Urboden der Taxifahrerzunft. Die Mehrzahl der 13 000 Fahrzeuge ist mit Leselampe und Extra-Heizung im Fahrgastraum ausgestattet. Für eine Fahrt von einem Kilometer bezahlt man umgerechnet 2,60 Mark, eine Fahrtstrecke von fünf Kilometern kostet etwa sieben Mark. Die Fahrer erwarten ein Trinkgeld von zehn bis 15 Prozent.

Paris: Weniger Beinfreiheit hat der Fahrgast in den Kompaktwagen der Marken Peugeot und Citroën in Frankreichs Metropole. Die Taxifahrer sind häufig mürrisch, und manchmal sitzt sogar ein grimmiger Hund auf dem Beifahrersitz. Taxen kann man in Paris herbeiwinken, oder man findet sie an einem der rund 600 Taxistände vor Luxushotels, Sehenswürdigkeiten oder großen Geschäfts- und Bürohäusern. Eine Fahrtstrecke von fünf Kilometern kostet etwa 6,40 Mark. Hinzu kommt ein obligates Trinkgeld von zehn Prozent.

Rom: Roms Taxifahrer legen bei ihrer Arbeit südlichen Schwung vor. Sie kennen Roms Straßen meist wie ihre Hosentasche und kutschieren ihre Fahrgäste souverän durch das Verkehrsgewühl der Innenstadt. Taxistände gibt es vor allem in der Innenstadt. Kurze Fahrtstrecken sind teuer, größere Distanzen sind eher preiswert. Eine Fahrt von fünf Kilometern kostet umgerechnet 7,20 Mark. Trinkgelder werden nicht erwartet.

Tokio: Die Taxis in Tokio zollen der Bequemlichkeit des Fahrgastes typisch japanische Aufmerksamkeit. Hydraulische Türen öffnen sich leicht und schließen automatisch. Die Sitze sind mit frischen weißen Schonbezügen bespannt, viele Taxis sind mit kleinen Münz-TV-Geräten ausgestattet. Man kann in Tokios Straßen ein Taxi herbeiwinken, es an einem der Taxistände besteigen oder sich ein Funktaxi rufen lassen. Nur wenige Taxifahrer in Tokio sprechen Englisch. Trinkgelder werden nicht bezahlt. Eine Fahrtstrecke von einem Kilometer kostet etwa neun Mark.

Singapur: In Singapurs Taxis trifft man auf den gleichen Komfort wie in Japan, der jedoch nicht so teuer bezahlt wird. Die Taxikosten liegen für einen Kilometer Fahrtstrecke bei umgerechnet etwa 1,50 Mark und 2,70 Mark für fünf Kilometer. Trinkgelder sind gesetzlich untersagt. Wie in Tokio kann man ein Taxi in Singapurs Straßen herbeiwinken, per Telefon rufen lassen oder an einem der Taxistände in der Innenstadt finden.

New York: Taxis in der Millionenmetropole sind knapp. Seit 49 Jahren liegt ihre Zahl konstant bei 11 787. Dafür sind ihre Dienste, dank einer Anweisung des Bürgermeisters Ed Koch, vergleichsweise billig zu haben. Eine Drei-Kilometer-Strecke kostet etwa 5,60 Mark. Preiswerter fährt man in den Vereinigten Staaten nur noch in Detroit Taxi. (DW.)

LEUTE HEUTE

Etikette

Der ehemalige französische Verteidigungsminister und Altsozialist **Charles Hernu** will bürgerliche Etikette auch bei seinen Genossen salonfähig machen. Den Angestellten des Rathauses von Villerbanne, wo er als Bürgermeister amtiert, verbot er, sich weiterhin zu duzen. Das würde ihre Autorität erheblich vermindern.

Memoiren

Unter dem Titel „Laterna Magica" veröffentlicht **Ingmar Bergman** im nächsten Herbst seine Memoiren. Für die Erinnerungen erhält der 68jährige schwedische Regisseur umgerechnet *1,1 Millionen Mark.* Wer allerdings Enthüllungen über seine fünf Ehen oder seine Partnerschaft mit **Liv Ullman** erwartet, wird enttäuscht sein. Bergman hält dicht.

Ehrentag

Wie einen normalen Arbeitstag beging der Dorfpfarrer von Abres in Asturien seinen Geburtstag: Er predigte von der Kanzel zu seinen Gläubigen. Daß es sich diesmal um einen ungewöhnlichen Ehrentag handelte, erfuhr die Gemeinde erst, als die Verwandten von **Alvaro Fernandez** sich nach der Messe zum Festessen mit dem nunmehr 106jährigen versammelten. Fernandez beschloß das Menü mit Cognac und einer Zigarre.

Umfrage

Gar nicht „charming" äußerten sich die Teilnehmer einer Telefonumfrage des britischen Boulevardblatts „Sun". Auf die Frage, ob die deutschstämmige **Prinzessin von Kent**, die frühere Baronesse Marie-Christine von Reibnitz, ihre offenbar kriselnde Ehe auflösen und England verlassen solle, antworteten angeblich 6975 von fast 10 000 Anrufern mit „Ja". Die 41jährige ist seit acht Jahren mit **Prinz Michael von Kent**, einem Vetter der Queen, verheiratet.

ZU GUTER LETZT

„Sie liebt lange Spaziergänge zu Lande und am Meer, mit Freund und ihrem unzertrennlichen Schnauzer-Terrier-Mischling ‚Biene'" – Es stand in der WELT.